



STADT, LAND IM FLUSS

planen – entwickeln – gestalten
Die Regionalverbände in Baden-Württemberg



Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände
Baden-Württemberg

Vorwort

Die Menschen identifizieren sich als erstes mit ihrer näheren Umgebung; sie entspricht ihrem Lebensgefühl, beeinflusst und prägt ihren Lebensstil: Familie und Freunde, Leben und Einkaufen, Arbeit und Freizeit – Vieles spielt sich im regionalen Radius ab. In einer globalisierten Mediengesellschaft bietet die Region, Heimat, Sicherheit, Lebensqualität.

Allerdings ist die Region als politische Institution und als Planungsebene weniger geläufig. Zum Landkreis oder zur Gemeinde etwa finden wir Kontakt bei der Kfz-Zulassung oder beim Hausbau, Regionalverbände sind einer breiteren Öffentlichkeit nicht so bekannt. Allenfalls den Gemeinderäten und den Bürgermeistern sind sie geläufig, z. B. wenn es um die Ausweisung von Standorten für Windkraftanlagen, für große Einzelhandelsvorhaben oder um den Verkehrswegebau geht.

Die vorliegende Publikation „Stadt, Land im Fluss“ will die Aufgaben der Regionalverbände präsenter machen, will die Arbeit für unser aller Zukunft, die Gedanken, die sich Planer z. B. um Demographie, Klimaschutz und Flächenverbrauch machen, einer breiten Öffentlichkeit vorstellen.

Erstmals haben die zwölf Regionalverbände im Land und die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg in Stuttgart in einem Kooperationsprojekt den Weg zueinander gefunden. Die Initiative zu einer gut verständlichen Informationsschrift über Regionen, Regionalverbände und Regionalplanung ging von der Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände in Baden-Württemberg aus. Die Landeszentrale für politische Bildung hat den Vorstoß gerne aufgegriffen.

Beide Herausgeber möchten die zwölf Regionen vorstellen und an Beispielen aus dem Alltag Bezüge zu regionalplanerischen Aktionsfeldern aufzeigen. Es sollen Herausforderungen an die regionale Planung und unmittelbare Auswirkungen dieser planerischen und politischen Entscheidungen auf das Leben der Menschen in Baden-Württemberg gezeigt werden. Für die Landeszentrale ist das ein Stück politische Bildung.

Die Vielfalt des Landes Baden-Württemberg drückt sich in lokalen, regionalen und überregionalen Identitäten aus, die sich wie konzentrische Kreise darstellen: Man kann sich durchaus als ehemaliger Reichsstädter verstehen, gleichzeitig aber auch als Südbadener, Kurpfälzer oder Oberschwabe, als Badener, Hohenzoller oder Württemberger, schließlich als Baden-Württemberger, Deutscher und Europäer. Aber ihren Alltag erleben die Menschen regional. Das schafft eine besondere Identität und damit ein gesteigertes Interesse an regionalen und landeskundlichen Informationen.

Planen – auf regionaler, wie auch auf Landesebene – heißt vorausdenken, Positionen für die Zukunft beziehen, Trends erkennen und dann Entwicklungen frühzeitig aufgreifen, diese beeinflussen und gestalten. Unsere Veröffentlichung – die Neuland betritt – möchte möglichst viele Leser an „unser aller Zukunftswerkstatt“ teilhaben lassen, möchte Neugier und Interesse wecken für die Diskussion über die Zukunft unseres regionalen Raumes.

Für die Landeszentrale für politische Bildung ergänzt dieser Band die erfolgreiche Reihe von landeskundlichen Publikationen über die verschiedenen (landespolitischen) Ebenen, auf denen sich Politik wie Alltag der Menschen abspielen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände in Baden-Württemberg hatte die Idee für die Broschüre und entwickelte die Konzeption. Ohne die engagierte Mitwirkung der zwölf Verbände, in erster Linie von deren Autorinnen und Autoren, wäre das Projekt in dieser Form nicht möglich gewesen. Für Redaktion und Lektorat konnten wir den Karlsruher Journalisten und Regionalwissenschaftler Stefan Jehle gewinnen, unterstützt durch ein kleines Redaktionsteam der Herausgeber. Unser Dank gilt allen, die zum Gelingen dieser Broschüre beigetragen haben, explizit auch Professor Hans-Georg Wehling für seinen Gastbeitrag.

Karlsruhe und Stuttgart, im April 2011



Josef Offele
Vorsitzender des Regionalverbandes
Mittlerer Oberrhein und Sprecher der
Vorsitzenden der baden-württembergischen
Regionalverbände



Karl-Ulrich Templ
stellvertretender Direktor
der Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Verwaltungskarte Baden-Württemberg

ZEICHENERKLÄRUNG

- Bundes- bzw. Landesgrenze
- Regierungsbezirksgr enze
- Regionsgrenze
- Stadt- und Landkreisgrenze

- Sigmaringen Stadt mit Sitz des Landratsamts
- Backnang Große Kreisstadt
- ⊙ Offenburg Große Kreisstadt mit Sitz des Landratsamts
- Mannheim Stadtkreis
- ▣ Heidelberg Stadtkreis mit Sitz des Landratsamts
- Stuttgart Landeshauptstadt

- TÜBINGEN** Name des Regierungsbezirks (Sitz des Regierungspräsidiums unterstrichen)

- NECKAR-ALB** Name der Region
- ● Sitz des Regionalverbandes

- REUTLINGEN** Landkreis



Inhalt

Vorwort	3		
Räume planen: eine stete Aufgabe – auch in der Zukunft	6		
(Stefan Jehle)			
Regionsbegriff: Mehr als nur regionale Geographie	16		
(Prof. Dr. Hans-Georg Wehling)			
Die zwölf Regionen im Land Baden-Württemberg stellen sich jeweils im Porträt und mit einem Aktionsfeld der Regionalplanung bzw. Regionalentwicklung vor.			
<i>Region Bodensee-Oberschwaben</i>		<i>Region Nordschwarzwald</i>	
Porträt: Eine Symbiose aus Hightech und Garten Eden	20	Porträt: Dort leben, wo andere Urlaub machen	56
Luft und Klima: Prima Klima? Die regionale Klimaanalyse	22	Flächenmanagement: Was brach liegt, wird fortan besser genutzt	58
<i>Region Donau-Iller</i>		<i>Region Ostwürttemberg</i>	
Porträt: Zusammen wachsen über Ländergrenzen	26	Porträt: Raum für Talente und Patente	62
Rohstoffsicherung: Mineralische Rohstoffe bleiben im Fokus	28	Standortplanung: Der Nutzung von Windenergie Raum geben	64
<i>Region Heilbronn-Franken</i>		<i>Region Schwarzwald-Baar-Heuberg</i>	
Porträt: Eine Region in Baden-Württemberg ganz oben	32	Porträt: Natur und Industrie erfolgreich vereint	68
Regionalmanagement: Demografischer Wandel hat einen langen Atem	34	Nahverkehrsentwicklung: Eine S-Bahn für das flache Land	70
<i>Region Hochrhein-Bodensee</i>		<i>Region Südlicher Oberrhein</i>	
Porträt: Über Grenzen denken und handeln	38	Porträt: Die Wohlfühlregion Südlicher Oberrhein	74
Einzelhandelssteuerung: Grenzenloser Konsum an der Landesgrenze?	40	Klimaschutz: Regenerative Energien und Energieeffizienz	76
<i>Region Mittlerer Oberrhein</i>		<i>Region Rhein-Neckar</i>	
Porträt: Exzellenz und Lebensart in Rheinkultur	44	Porträt: Dort wo Rhein und Neckar zusammenfließen	80
Grenzüberschreitende Arbeit: Die Region im Blick, Europa im Sinn	46	Regionalentwicklung: Drei Länder, ein Plan, eine Modellregion	82
<i>Region Neckar-Alb</i>		<i>Region Stuttgart</i>	
Porträt: Die Region in Mitten von Tradition und Innovation	50	Porträt: Als Region mobil, dynamisch und lebenswert	86
Interkommunale Kooperation: Im Team zu neuen Gewerbeflächen	52	Landschaft gestalten: Erholen und wohlfühlen vor der Haustür	88
		Impressum / Bildverzeichnis	92

Räume planen: eine stete Aufgabe – auch in der Zukunft





„Der kluge Mann baut vor.“
Aber: „Wer gar zu viel bedenkt,
wird wenig leisten.“

Zwei Zitate nach Friedrich Schiller
(aus: Wilhelm Tell)

Räume zu planen kann anspruchsvoll sein: und es ist eine bleibende Aufgabe. Regionalplaner müssen sich dabei immer wieder vergewissern, was sie tun, wie sie es tun – und was sie mit ihrem Handeln bewirken können. Es geht darum: „Die Zeichen neu zu stellen“, so wie in diesem Kontext dem Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg ein Zitat zugeschrieben wird (Klaus Selle 2006). Wichtig erscheint, gelegentlich auch vorausschauend die Weichen für scheinbar eingefahrene Gleise neu zu stellen.

Raum- und Regionalplanung handelt nicht nur davon, wo Industriezentren geplant werden. Auf welchem Areal ein Supermarkt gebaut wird. Oder wie dicht ein Verkehrsnetz sein soll. Im Mittelpunkt stehen dabei heute gute und gesunde Arbeits- und Lebensbedingungen. Eine gesunde Umwelt soll mit einer gedeihlichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung einhergehen. Immer wieder stoßen dabei, fast wie ein Naturgesetz, Interessenkonflikte aufeinander. Das zu moderieren, hier optimale Lösungen zu finden, sind wichtige Aufgaben der Raum- und Regionalplanung: in der Gegenwart und Zukunft. Davon, und von den Strukturen, die hinter Regionalverbänden und Regionalplanung erkennbar sind, wie Raumplanung geschichtlich entstand, wo heute Schwerpunkte liegen, handelt folgende Analyse.

Staat und Kommunen: Ohne Plan ist (fast) alles nichts, in Deutschland hat Planen eine lange Tradition

Bei dem Wort „Plan“ denkt man vielleicht zunächst an einen Stadtplan. Einem Gemeinderat kommt wahrscheinlich der Haushaltsplan in den Sinn. Wie auch einem häuslichen Familienvorstand, dann allerdings unter ganz anderen Vorzeichen. Jeder hat schon mal etwas „geplant“ – sei es das Studium, einen Urlaub, oder ein anderes Ereignis, das in der Zukunft liegt, das eine gewisse Vorbereitung erfordert und für das der Einsatz von Ressourcen koordiniert sein will.

Pläne werden auch erforderlich, wenn in die Zukunft gerichtete Regeln für das Zusammenleben einer Gesellschaft neu gefasst werden sollen: auch ein Gesetz will zuerst einmal entworfen sein. Wenn einzelne Mitglieder einer Gesellschaft und

der von ihnen genutzte Raum aufeinander treffen, müssen zudem Ziele definiert werden. Das Ziel ist dabei fiktiv, der Weg dorthin allerdings planbar. Was wollen wir, wohin wollen wir überhaupt? Planung ist – mit Blick auf die „räumlichen“ Zuständigkeiten von Kommunen und Staat – dabei ganz allgemein ausgedrückt „die gedankliche Vorwegnahme zukünftigen Handelns“: wo darf der Einzelne sein Haus bauen, wie sollen Straßen verlaufen, wo Parks und Ruhezonen liegen – und wo Arbeitsstätten und Fabriken.

Bezogen auf den Faktor „Raum“ (jenseits der Tätigkeitsfelder von Innenarchitekten, privater Bauherren oder privater Unternehmungen) sind bei Abstimmung der Interessenslagen in kom-

munalen und staatlichen Behörden ausgebildete Stadt- und Regionalplaner tätig. Ein Stadtplaner „plant“ Gemeindebezirke, plant Schulstandorte, legt Baugebiete fest. Ein Raumplaner auf Regionsebene koordiniert die Pläne einzelner Gemeinden, soweit das notwendig und erforderlich erscheint. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist Raumordnung demnach „übergeordnete, überörtliche und zusammenfassende Planung und Ordnung des Raumes“ (BVerfGE 3, 407/425 f. vom 16. Juni 1954; vergl. auch Christian Langhagen-Rohrbach 2010). Das Ergebnis eines Denk- und Planungsvorgangs in der räumlichen Planung ist in vielen Fällen, aber nicht immer, ein Planwerk – ein Bauplan für ein Haus oder ein öffentliches Gebäude, ein Bebauungsplan für ein Baugebiet, ein regionaler Fachplan, auch beispielsweise ein Planfeststellungsbeschluss für eine größere Infrastrukturmaßnahme.

Was ist Regionalplanung, wie entstand Raum- und Regionalplanung – auch deutschlandweit? Und wozu brauche ich Regionalplanung überhaupt?

Die unterschiedlichen Planungsebenen der Behörden und öffentlichen Einrichtungen – bezogen auf räumliche Veränderungen in baulicher, wirtschaftlicher, ökologischer oder sozialer Hinsicht:

Die Landesplanung

Als übergeordnete, überörtliche und zusammenfassende Planung definiert sie soziale, kulturelle und wirtschaftliche Erfordernisse für die Entwicklung des Landes. Diese werden im Landesentwicklungsplan verabschiedet.

Die Regionalplanung

koordiniert als Teilgebietsplanung innerhalb der Flächenländer die Fachplanungen, sie koordiniert zudem die kommunale Bauleitplanung, und bildet damit ein Bindeglied zwischen der örtlichen und der großräumigen Planung. Regionalpläne enthalten außerdem Festlegungen zu den generellen Zielen der regionalen Entwicklung. Das betrifft ökologische und soziale Aspekte ebenso wie Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die kommunale Bauleitplanung

mit den Bestandteilen Bebauungsplan und Flächennutzungsplan, betrifft nahezu ausschließlich zukunftsgerichtete Planungen (Ortsplanung) von Infrastruktur, Verkehrswegen, Bau- und Gewerbegebieten sowie Freihalteflächen in den Städten und Gemeinden.

Dabei gibt es seit jeher Zielkonflikte: Jede Gesellschaft strebt danach, ihren Lebensraum mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln so gut und so weitgehend wie möglich zu nutzen, und dadurch auch ihre Lebensbedingungen zu optimieren. Fast jede Gesellschaft stellt dabei aber Ansprüche an ihren Lebensraum, die auch Belastungen der natürlichen Lebensgrundlagen zur Folge haben können. Eine geplante Nutzung des gesamten Lebensraumes auf Grundlage allgemeiner Leitlinien hat sich gerade in dicht besiedelten Gesellschaften dabei als besonders wichtig – und soll die Nutzung nachhaltig sein, die Umwelt erhalten werden – gar als unumgänglich erwiesen (Ulrike Weiland/Sandra Wohlleber-Feller 2007). Ökologische und soziale Aspekte werden dabei zusehends wichtiger. Moderne Formen der Regionalplanung sind komplexer denn je.

Die Ursprünge der Regional- und Landesplanung in Deutschland

Die Industrialisierung Ende des 19. Jahrhunderts und das damit fast gleichzeitig einhergehende Bevölkerungswachstum brachte in Deutschland viele Umbrüche mit sich. Es gab Städte, deren Einwohnerzahl innerhalb weniger Jahrzehnte geradezu explosionsartig anwuchs: die Zahl der Bewohner in Düsseldorf beispielsweise stieg zwischen 1800 und 1910 von 10.000 auf 410.000 Menschen an – in Frankfurt wuchs die Einwohnerzahl im gleichen Zeitraum von 49.000 auf 415.000 Menschen. Stuttgart gehörte um 1800 noch nicht zu den größten deutschen Städten: zwischen 1849 und 1910 wuchs hier die Einwohnerzahl von rund 48.000 auf 286.000 Menschen. Die Bevölkerung in deutschen Mittelstädten und Großstädten über 20.000 Einwohnern stieg zwischen 1867 und 1885 im Jahr um durchschnittlich 23 bis 27 Prozent an (Bernhard Schäfers 1976/2004; eigene Recherchen).

Die entstandene Stadt-Umland-Problematik, Verstädterungsprozesse in schnell wachsenden Agglomerationsräumen, rief Planer auf die Bühne: Wohnungsnot, Bodenspekulation, Verkehrsfragen und drohende Zerstörung von Grünflächen zwangen – angesichts des Besiedelungsdrucks – zum Handeln. In Berlin und dem damaligen Regierungsbezirk Düsseldorf sprach man erstmals von Landesplanung, die in der Raumordnung der regionalen Planung übergeordnet ist. Stadt- und Regionalplanung kann man dabei im allgemeinen nicht voneinander trennen – sie bedingen einander als zwei Seiten der selben Raumplanungsmedaille. Im Raum Düsseldorf wurde 1910 eine „Grünflächenkommission“ einberufen, 1920 für die deutsche Landes- und Regionalplanung wegweisend der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk gegründet (Dietrich Fürst 1993).

Der erste Direktor des Siedlungsverbands, Robert Schmidt, setzte durch, dass Raumplanung nicht lediglich nur Bodenbevorratung darstellte. Der bekannte Hamburger Architekt und Stadtplaner Fritz Schumacher institutionalisierte 1928 zudem erstmals landesplanerische Funktionen über Staatsgrenzen hinweg. Der Verstädterungsdruck,

Armut und Bevölkerungswachstum führte auch zu ersten raumplanerischen Regelungen wie beispielsweise dem „Gesetz zur Erhaltung des Baumbestandes“ oder der „Kleingartenverordnung“. Der spätere deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer ließ beispielsweise in den 1920er Jahren als Kölner Oberbürgermeister die nach dem ersten Weltkrieg brachliegenden Bastionen und Festungsanlagen am Kölner Rheinufer nicht etwa schleifen und bebauen, sondern zum neuen „Kölner Grüngürtel“ umgestalten: mit einem „Generalbebauungsplan“ des Stadtplaners Fritz Schumacher, lange bevor Fragen der Ökologie überhaupt hoffähig wurden. Wenn man so will, waren das so etwas wie die ersten „Grünzäsuren“ – die heute noch wichtige Bestandteile in Regionalplänen sind.

Die Nachkriegsjahre: Aus Versorgungsdenken wird der Vorsorgegedanke

Nach dem 2. Weltkrieg, mit Gründung der Bundesrepublik, war zunächst Versorgungsdenken vorherrschend. Kriegszerstörung, Flüchtlingsströme, die Teilung Deutschlands – und nicht zuletzt die Schaffung neuer Bundesländer wie Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ließen regional- und landesplanerische Aspekte für einige Jahre eher etwas in den Hintergrund treten: Vorrangig schien ein beträchtlicher Integrationsbedarf. Städte mussten neu aufgebaut werden, Behausungen für Millionen von Flüchtlingen geschaffen werden. Gleichzeitig gab es in Zeiten des Wirtschaftswunders den Glauben an die totale Machbarkeit. Ein langjähriger Bundesverkehrsminister versprach jedem Bürger einen Autobahnanschluss, seine Idee war der so genannte „Leber-Plan“, dass kein Deutscher mehr als 20 km von einer Autobahnauffahrt entfernt wohnen sollte. Zunehmender Verkehr verlangte nach neuen Straßen. Das eingeschränkte Bewusstsein in der Wiederaufbauzeit für die natürliche Umwelt erklärt auch so manche „Bausün-



Arbeitsstufen der Regionalplaner: Am Beispiel der Filder-ebene zwischen Leinfelden-Unterriechen und dem Stuttgarter Stadtteil Mörchingen werden in der Raumnutzungskarte (oben) die Plankategorien aufgezeigt. Das Luftbild in der Mitte zeigt den Ist-Zustand. Das Bild unten die Grünflächen (schraffiert) und den übergeordneten Verkehrsweg (Autobahn A 8) aus der Raumnutzungskarte übertragen in die Luftaufnahme.

de“. Doch bald, ab den 1960er Jahren, etablierten sich neue, zusätzliche Regularien – die bis heute gelten.

Mit dem Bundesbaugesetz (Kasten A) und der übergeordneten Raumordnung wurde das lange vorherrschende Versorgungsdenken von einem neuen Vorsorgegedanken abgelöst. Auf Grundlage des Raumordnungsgesetzes des Bundes verabschiedeten die einzelnen Bundesländer nach und nach eigene – und auf Grundlage teils schon bestehender Gesetze – novellierte Landesplanungsgesetze (LplG): Nach einer Phase freiwilliger Planungsgemeinschaften wurde damit

die Regionalplanung flächendeckend als Pflichtaufgabe installiert (Rüdiger Voigt 1984/ 1998). Manche Skepsis tauchte immer wieder auf: Auch die anfangs der 1970er Jahre in Baden-Württemberg gegründeten, kommunal orientierten Regionalverbände – eigene, verfasste Planungsverbände auf regionaler Ebene – standen in den 1980er und noch in den 1990er Jahren immer wieder in der Diskussion: wozu man denn Regionalplanung überhaupt noch brauche? Die Regionalpläne seien längst erstellt worden. Damit sei es nun auch gut.

Die Entwicklungsgeschichte der Landes- und Regionalplanung in Deutschland, einem der nach Bevölkerung am dichtesten besiedelten Staaten in Europa, zeigt aber: Es hat in jeder Phase – ob am Ende der Industrialisierung im 19. Jahrhundert, den Problemen der Verstädterung, sei es zwischen den Weltkriegen, oder nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Zustrom von Flüchtlingen und dem Wiederaufbau der Städte – heute zudem mit den ökologischen Problemen und Umbrüchen – Fragestellungen gegeben, für die man Experten braucht. Experten, die sich mit den Faktoren räumlicher Entwicklungen auskennen – und Handlungsanleitungen erarbeiten (Christian Langhagen-Rohrbach 2010). Die Zuschnitte der dafür geschaffenen Planungsein-

richtungen haben sich immer wieder geändert; die Funktion der Regionalplaner blieb weiter nachgefragt. Und das bis heute.

Regionalplanung in Baden-Württemberg: das kommunal verfasste Modell

Verwaltungsexperten sprechen mit Blick auf die Struktur einer Behörde, und damit mit Blick auf ihre Funktionen von „Aufbauorganisation“ und „Ablauforganisation“. Das eine, hinsichtlich des „Aufbaus“, meint die Zuordnung der Aufgaben, Kompetenzen, (Human-)Ressourcen und Kommunikationsstrukturen. Das andere dagegen, mit Blick auf den „Ablauf“, fokussiert sich auf stattfindende Interaktionen und deren Regelung

– und damit auf die Einbettung in eine allgemeine Behördenstruktur. Das umfasst dann auch Kontroll- und Weisungsrechte. Sprich: Welchen Einfluss, welche Macht hat eine Behörde? Auch Regionalverbände – als eigene Planungseinheit – haben als Körperschaft des öffentlichen Rechts eine behördenähnliche Struktur. Mit Blick auf die Regionalplanung kann man konkret fragen: Wie funktioniert ein Regionalverband in Baden-Württemberg? Er ist ja schließlich nicht einfach nur so da ...

Das 1965 geschaffene, und später mehrfach novellierte Raumordnungsgesetz (ROG) bildet den organisatorischen Rahmen der Raumplanung über alle föderalen Ebenen und alle raumrelevanten Planungsträger hinweg. Das ROG wurde – ur-

A Rahmengesetzgebung nach dem Weltkrieg: das Bundesbaugesetz und das Raumordnungsgesetz

In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg entstand das Bundesbaugesetz (BBauG), welches das in seinen Grundzügen noch heute gültige System der Stadtplanung (Regularien für die Bauleitplanung – mit Bebauungsplänen und Flächennutzungsplänen) rechtlich verbindlich einführte. Es wurde 1960 verabschiedet. Das BBauG wurde sehr viel später, 1986, mit dem aus den 1970er Jahren stammenden Städtebauförderungsgesetz im neuen Baugesetzbuch (BauGB) zusammengeführt. Erst nach dem ursprünglichen Bundesbaugesetz – in zeitlicher Reihenfolge und damit auch Rangfolge nicht ganz zufällig – wurde das Raumordnungsgesetz (ROG) verabschiedet: 1965. Es konkretisierte die Vorstellungen einer modernen Regionalplanung.

Hierarchie und Planungsinstrumente der räumlichen Planung



sprünglich noch in Funktion als so genanntes Rahmenrecht – auf Landesebene ergänzt von den Landesplanungsgesetzen, und hat selbst auf die kommunale Ebene Einfluss: Einerseits hat sich die Bauleitplanung der Raumordnung anzupassen; andererseits ist die kommunale Planung an der Regionalplanung zu beteiligen. Genau dieses Wechselspiel – durch kommunal verfasste Regionalverbände, unter enger Einbindung der kommunalen Ebene – scheint derzeit in Baden-Württemberg sehr gut gelöst zu sein.

In Baden-Württemberg ist auf Landesebene (Kasten B) die Raum- und Landesplanung dem Wirtschaftsministerium zugeordnet.

Der Südwesten verfügt – durch die Verknüpfung mit den Städten und Landkreisen – zudem über eine bundesweit einzigartige Konstruktion der Regionalverbände: Die zwölf Verbände sind kommunal verfasst und zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht Teil der staatlichen Mittelbehörde sind, also dem, was man allgemein Regierungspräsidium nennt. Die regionalen Planungsstellen im Südwesten entstanden nach 1972 als Körperschaften des öffentlichen Rechts auf Grundlage des Regionalverbandsgesetzes vom 26. Juli 1971 (Peter Eichhorn 1985/ 2003). Diese eigenständigen Einheiten sind damit gleichzeitig starke Partner des Landesentwicklungsministeriums. Die Regionalverbände haben als Organe die Verbandsversammlung und den Verbandsvorsitzenden sowie jeweils eine Geschäftsstelle zur Erfüllung der Aufgaben (in der Region Stuttgart besitzt der Regionaldirektor/in ebenfalls Organfunktion). Sie finanzieren sich durch Landeszuschüsse, maßgeblich aber vor allem durch eine Umlage bei Gemeinden (bzw. indirekt über die Landkreise) im Verbandsgebiet. Damit ist auch bei der Finanzierung – mit einigen Besonderheiten in der Region Stuttgart – eine enge Anbindung an die kommunale Ebene gegeben. Diese zeigt sich auch in der Besetzung der Verbandsversammlung: ihre Mitglieder werden, außer in der Region Stuttgart, durch die Organe der Stadt- und Landkreise gewählt.

Was ist, was bedeutet Regionalplanung in Baden-Württemberg? Wie sind Regionalverbände aufgebaut, wie sieht das im Sonderfall Stuttgart aus? Welche typischen Aufgabenfelder gibt es?

Planung mit besonderen Aufgaben: Dazu zählt der Verband Region Stuttgart

Unabhängig von den noch im Detail zu beschreibenden Planungsverbänden – innerhalb der Planungsstruktur des Bundeslandes – gibt es auch Planungsverbände für besondere Aufgaben. Die ersten und gleichzeitig als Vorbild dienenden (Groß-)Verbände dieser Art ab den 1970er Jahren waren für die konstruktive Lösung besonderer Stadt-Umland-Probleme die so genannten Umlandverbände Hannover (nach 1962 als „Großraum Hannover“, seit 2001 als „Region Hannover“) und Frankfurt (nach 1974 als „Umlandverband“, seit 2001 als „Planungsverband Frankfurt Rhein-Main“), – analog dem Ur-Vorbild „Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk“ aus dem Jahr 1920.

Seit 1994 gibt es eine teilweise vergleichbare derartige organisatorische Sonderlösung auch in Baden-Württemberg mit dem Verband Region Stuttgart, der sich nach Aufbau und Legitimation vom übrigen Planungssystem des Landes unterscheidet (Christian Langhagen-Rohrbach 2010). Eine Besonderheit in Baden-Württemberg stellt zudem der über drei Bundesländer hinweg – aufgrund eines eigenen Staatsvertrags – agierende Verband Region Rhein-Neckar in Mannheim dar, der seit 2005 als Metropolregion Rhein-Neckar firmiert (Vergleiche Aktionsfeld Rhein-Neckar, S. 82 f.; der Verband Region Stuttgart ist seit den 1990er Jahren Metropolregion). Grenzüberschreitend tätig ist auch der Regionalverband Donau-Iller, denn schließlich macht der Verflechtungsbereich an der Donau-Grenze rund um Ulm nicht halt. Zu der Region am Ostrand des Landes gehören auf baden-württembergischer Seite der Stadtkreis Ulm, der Alb-Donau-Kreis sowie der Landkreis Biberach.

Regionalplanung und ihre Komplexität:

„Meine Tochter hat mich vor zehn Jahren schon mal gefragt, was ich als Regionalplaner mache. Was konkret meine Aufgaben sind. Auch heute kann sie es nur schwer verstehen“
Quelle: Ein leitender Regionalplaner in einer Großstadt in Baden-Württemberg.

B

Die institutionelle Zuordnung der Landesplanung – als Teil der Raumplanung – in den einzelnen Bundesländern

Die Raum- und Landesplanung ist in Baden-Württemberg dem Wirtschaftsministerium zugeordnet. Damit wird das Fachressort faktisch ein Landesentwicklungsministerium (noch bis 1992 ressortierte die Landesplanung in Baden-Württemberg im Innenministerium). Das macht derzeit faktisch wenig Unterschied zu anderen Flächenländern in der Bundesrepublik: In Bayern – mit dem erstmals bundesweit ersten Ministerium für Umweltschutz und Landesplanung – wechselte die Landesplanung inzwischen ebenso zum Wirtschaftsminister wie in Nordrhein-Westfalen. Auch in Hessen wechselte die Landesplanung – unter dem Stichwort „Flächennutzungspolitik“ – vom einstigen Ministerium für Landwirtschaft und Naturschutz zum Wirtschaftsressort. In Rheinland-Pfalz war die Landesplanung lange Zeit Teil der Staatskanzlei und ist heute dem Innenminister zugeordnet. (Dietrich Fürst 1993/2005, eigene Recherchen). Planung ist als Querschnittsaufgabe auf Landesebene also durchweg einem Ministerium zugeordnet.

C

Verband Region Stuttgart

Der Verband Region Stuttgart, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, ist als einer von zwölf Regionalverbänden in Baden-Württemberg die politische Ebene der Region Stuttgart. Sein Vorläufer ist der 1973 gegründete Regionalverband Mittlerer Neckar, der 1992 in Regionalverband Stuttgart umbenannt wurde. Dieser wurde durch das Gesetz des Landes Baden-Württemberg über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart vom 7. Februar 1994 schließlich in den Verband Region Stuttgart überführt. Der neue Verband hat als einziger Regionalverband in Baden-Württemberg ein direkt gewähltes „Parlament“ und weitreichende Kompetenzen. Die Regionalversammlung wird von den Bürgerinnen und Bürgern auf fünf Jahre gewählt. Die Region Stuttgart unterhält auch ein Büro in Brüssel. Der jährliche Etat des Verbands Region Stuttgart liegt bei knapp 300 Millionen Euro.

Die Verbandsversammlung ist das wichtigste Organ der Regionalverbände

Zwölf Regionalverbände im Land, ihre Aufgaben und ihre organisatorische Gestalt

In Baden-Württemberg sind es aktuell zwölf Regionalverbände, die jeweils mehrere Stadt- bzw. Landreise umfassen und deckungsgleich sind mit den zwölf – gesetzlich umrissenen – Regionen (vergleiche Gastbeitrag „Regionen“ Seite 16). Die Regionalverbände – auch die beiden grenzüberschreitend tätigen Einheiten – sind im wesentlichen auf Planungsaufgaben, im Rahmen der übergeordneten Landesplanung, beschränkt. Die jeweilige Regionalplanung wird von der Verbandsversammlung beschlossen, in die Vertreter der Gemeinden delegiert sind.

Eine Ausnahme stellt der 1994 geschaffene Verband Region Stuttgart dar, mit eigenen Kompetenzen und Befugnissen zur Aufgabenumsetzung, namentlich in den Bereichen Infrastrukturpolitik, Siedlungsentwicklung, Regionalverkehrsplan, Öffentlicher Personennahverkehr (beispielsweise die S-Bahn-Trägerschaft), Umweltschutz, Müllbeseitigung (teilweise), Wirtschaftsförderung, Tourismus, Messen. Er besteht aus der Stadt Stuttgart und fünf Landkreisen. Insgesamt gehören dem Verband 179 Städte und Gemeinden an. Rund 25 Prozent der Einwohner des Landes leben

hier. Hauptorgan des Verbandes ist die (mindestens) 80-köpfige Regionalversammlung, die gleichzeitig zum Termin der Kommunalwahlen mit den jeweiligen Gemeinderäten und Kreistagen von der Bevölkerung direkt gewählt wird.

Die Verbandsversammlung ist bei allen Regionalverbänden das Hauptorgan und entscheidet über alle Angelegenheiten des Regionalverbandes. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden in den übrigen Regionen, außerhalb Stuttgarts, von den Stadträten der Kreisfreien Städte und den Kreistagen der jeweiligen Landkreise gewählt. (Kasten C)

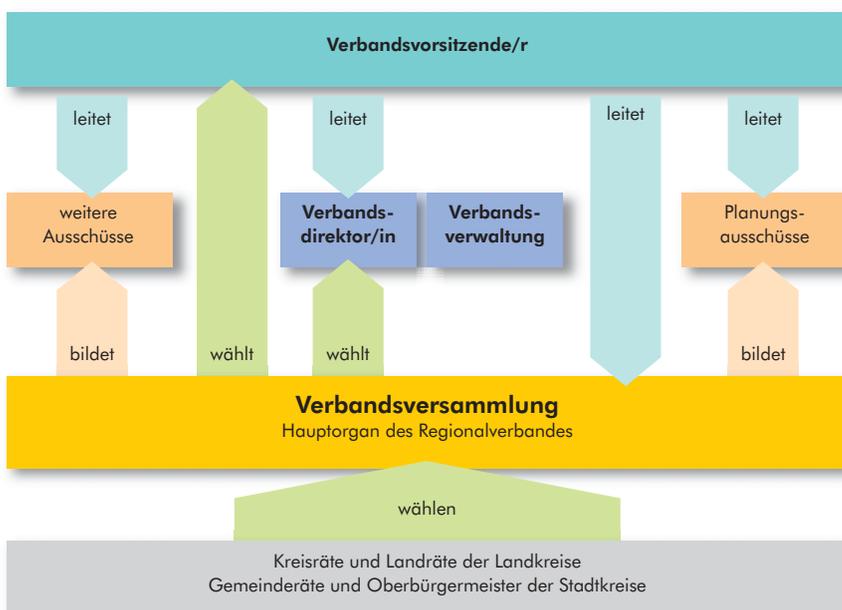
Gesetzliche Kernaufgabe eines Regionalverbandes ist die Erstellung des Regionalplans. Zugleich ist er für die Landschaftsrahmenplanung sowie für die Erstellung regionaler Entwicklungskonzepte zuständig. Der Regionalverband wirkt auch bei regionalbedeutsamen Aufgaben und in regionalen Organisationen mit. Darüber hinaus wirkt er bei staatlichen Fachplanungen mit und arbeitet mit Partnern angrenzender Regionen oder benachbarten Ländern in Deutschland, Frankreich, der Schweiz und Österreich zusammen. Durch die kommunale Ausrichtung der Verbandsversammlung berät der Regionalverband über die Planung hinaus Städte und Gemeinden in der Region. Der



Regionalverband – mit jeweils eigener Geschäftsstelle und einem Direktor/einer Direktorin an der Spitze – ist damit auch eine kommunale Service-Einrichtung und versteht sich auf Grundlage dieser politischen Legitimation gegenüber Bund und Land als „Sprachrohr der Region“.

Die Inhalte der Regionalplanung: Der Regionalplan als Pflichtaufgabe

Die wichtigste Aufgabe eines Regionalverbandes ist die Aufstellung des Regionalplans: als Pflichtaufgabe. Das geschieht etwa alle 15 bis 20 Jahre. Der Regionalplan zählt zu den „harten Instrumenten“ der Planung, weil rechtlich normiert: Durch die Verbindlichkeit, die er mit Verabschiedung durch die Regionalverbände, Genehmigung durch die oberste Landesplanungsbehörde und die anschließende Veröffentlichung erhält, müssen sich Städte und Gemeinden an die dort oft in langwierigen Abstimmungsverfahren verabschiedeten Festlegungen halten. Neben dem Regionalplan gibt es auch Teil-Fortschreibungen (für bestimmte Themenbereiche) und eigens erstellte so genannte „Teil-Regionalpläne“. Der älteste Plan dieser Art ist der Bodenseeuferplan, der gemeinsam von den Regionalverbänden Bodensee-Oberschwaben (Ravensburg) und Hochrhein-Bodensee (Waldshut) erstellt wurde. Er soll den Schutz der Uferzonen am deutschen Bodenseeufer gewährleisten. Neuere Teil-Regionalpläne bzw. Teil-Fortschreibungen befassen sich beispielsweise mit Energiefragen (wie etwa die Nutzung von Windkraft; (Vergleiche Aktionsfeld Ostwürttemberg, S.64 f.).



Das Modell der kommunal verfassten Regionalverbände in Baden-Württemberg



Die Region Donau-Iller hat eine eigene Teil-Fortschreibung zum Thema Rohstoffsicherung (Vergleiche Aktionsfeld Donau-Iller, S. 28 f.). Ein wichtiger Teil der Regionalplanung ist zudem der Landschaftsrahmenplan (eine Art Grünordnungsplan), der dem eigentlichen Regionalplan zugeordnet ist.

Das älteste, lange Zeit weitgehend unveränderte Instrument im Regionalplan – zugewiesen über den Landesentwicklungsplan (LEP), nachrichtlich im Regionalplan eingefügt – ist die Festlegung von Raumkategorien: Dazu zählen Verdichtungsräume bzw. ländliche Räume. Die von der Systematik her durchaus in Ansätzen vergleichbare Einteilung nach dem Konzept der „zentralen Orte“ (Kasten D) – ein grundlegendes Handwerkszeug der Regionalplaner – gibt zudem feste Hierarchien vor: Unterzentren (auch gelegentlich Kleinzentren) sind Orte, in denen es möglich ist, den täglichen Bedarf zu decken. Dazu gehört beispielsweise eine Hauptschule, der Arzt, die Apotheke, Sportstätten. Ein Mittelzentrum verfügt über Einrichtungen zur Deckung des „gehobenen Bedarfs“, zum Beispiel ein Gymnasium oder ein Krankenhaus. Ein Oberzentrum bietet quasi alles vom Einkauf, über die soziale Versorgung bis zu Hochschulen. An der Einwohnerzahl kann man die Kategorisierung nicht ablesen. Die Funktion hängt ab von der Ausstrahlung auf das Umland der jeweiligen Stadt: Die knapp 50.000 Einwohner zählende Stadt Rastatt (Mittelbaden) ist ebenso Mittelzentrum wie Esslingen mit 100.000 Einwohnern, während beispielsweise Konstanz mit 70.000 Einwohnern als Oberzentrum firmiert. Damit steht Konstanz in der Raumplanungskategorie als Oberzentrum auf einer Stufe mit Karlsruhe (290.000 Einwohner) und Ulm (122.000 Einwohner)

Zu den Festlegungen bei der Siedlungsstruktur gehören auch so genannte Entwicklungsachsen, festgelegte Schwerpunkte „für weitere Entwicklungen“, sowie die Standorte von Gewerbe und Industrie – daneben umfangreiche Planvorhaben für Straßen, Verkehr und Infrastrukturvorhaben. Auch das sind sozusagen „Basics“.

Freiraumplanung mit Bedeutung: Ökologische Aspekte werden wichtiger

Immer wichtiger werden in den Regionalplänen die Kapitel für die „Regionale Freiraumstruktur“ (wie es etwa in dem 2003 verabschiedeten Regionalplan Mittlerer Oberrhein heißt). Dort werden Regionale Grünzüge beschrieben und Grünzäsuren festgelegt – gleichzeitig schutzbedürftige Freiräume, die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege, die Funktionen Land- und Forstwirtschaft, Erholung, Wasserwirtschaft und oberflächennahe Rohstoffe (zum Beispiel Kies- und Kiesabbau) planerisch eingeordnet. Allein im genannten Fallbeispiel des Regionalverbands in Karlsruhe macht dieses Kapitel einen Umfang von rund 90 Seiten aus – bei einem Regionalplan mit insgesamt 180 Seiten. Hier kommt auch der – bereits erwähnte – stärker präzente Vorsorgegedanke zum Vorschein, der schon die Schöpfer des „Ruhrkohlenbezirks“ in den 1920er Jahren beseelte. Ein wichtiger Aspekt ist zudem die koordinierende Funktion der Regionalplanung für die Bauleitung: Die Kommunen sind quasi „Adressaten“ des Regionalplans – die örtlichen Flächennutzungspläne und Bebauungspläne müssen mit den Zielen der Regionalplanung abgestimmt sein. Zudem wird der jeweilige Regionalverband als „Träger öffentlicher Belange“ bei der Aufstellung örtlicher Bauleitpläne angehört.

D Das Konzept der „Zentralen Orte“ nach Walter Christaller – als grundlegendes Handwerkszeug

Von der Systematik her durchaus vergleichbar zur Abgrenzung der Verdichtungsräume gibt es das Konzept der „Zentralen Orte“. Das raumordnerische Konzept geht auf den Geographen Walter Christaller zurück.

Es versuchte zu erklären, warum bestimmte Städte bestimmte Versorgungsfunktionen innehaben – andere nicht. Kurz gefasst lässt sich sagen, dass eine größere Stadt mit ihren Versorgungsinfrastrukturen auch ein größeres Umland versorgt. Das Konzept der Zentralen Orte ist seit Jahrzehnten nahezu unverändert – und ist vor allem dem schon erwähnten „Versorgungsdienken“ der 1950er und 1960er Jahre geschuldet. Es unterteilt Städte und Gemeinden in Unter-, Mittel- und Oberzentren.

Raumordnungsverfahren, wie sie etwa beim großflächigen Einzelhandel zuweilen stattfinden oder beim Bau großer Infrastruktureinrichtungen, sind nicht unmittelbarer Bestandteil der Regionalplanung. Diese Form von Steuerungsverfahren obliegen den Mittelbehörden, den Regierungspräsidien. Die Regionalverbände werden beteiligt als Träger öffentlicher Belange. Dasselbe, auch bei der Zuordnung zur umsetzenden Mittelbehörde, gilt für Planfeststellungsverfahren bei großen Infrastrukturvorhaben: Die Bauvorhaben „Stuttgart 21“ in der Landeshauptstadt, und die „Kombilösung“ in Karlsruhe (also der Bau eines Straßenbahntunnels in Karlsruhes Innenstadt), oder vor ein paar Jahren die neue Landesmesse auf den Fildern – vor den Toren Stuttgarts – wurden jeweils vom zuständigen Regierungspräsidium durchgeführt und genehmigt.

Neu an Bedeutung gewannen in der Regionalplanung in Baden-Württemberg unterdessen in den vergangenen Jahren so genannte „Zielabweichungsverfahren“. Ein solches Verfahren ist immer dann erforderlich, wenn eine Planung nicht den im Regionalplan festgelegten Zielen entspricht, und dies ab einer bestimmten Größe der tatsächlichen Abweichung. Das Instrument findet immer wieder Anwendung etwa bei gewerblichen Bauvorhaben, in jüngerer Zeit auch mehrfach bei der Ausweisung von Sondergebieten für Einzelhandelsgroßvorhaben. Ein Regionalverband legt beispielsweise im Regionalplan fest, in welchen Gebieten Gewerbe- oder Einzelhandelsflächen errichtet werden dürfen und welche Bereiche freigehalten werden müssen. In begründeten Einzelfällen muss aber – nach einschlägigen Vorschriften des Landesplanungsgesetzes – von den rechtsverbindlichen Zielen abgewichen werden

können: immer vorausgesetzt, die Grundzüge der Planung werden nicht verletzt. Die „Zielabweichung“ baut hier die Brücke zu Planungen, an die man bei Aufstellung des Regionalplans (noch) nicht gedacht hat, die aber als regionalplanerisch sinnvoll gelten.

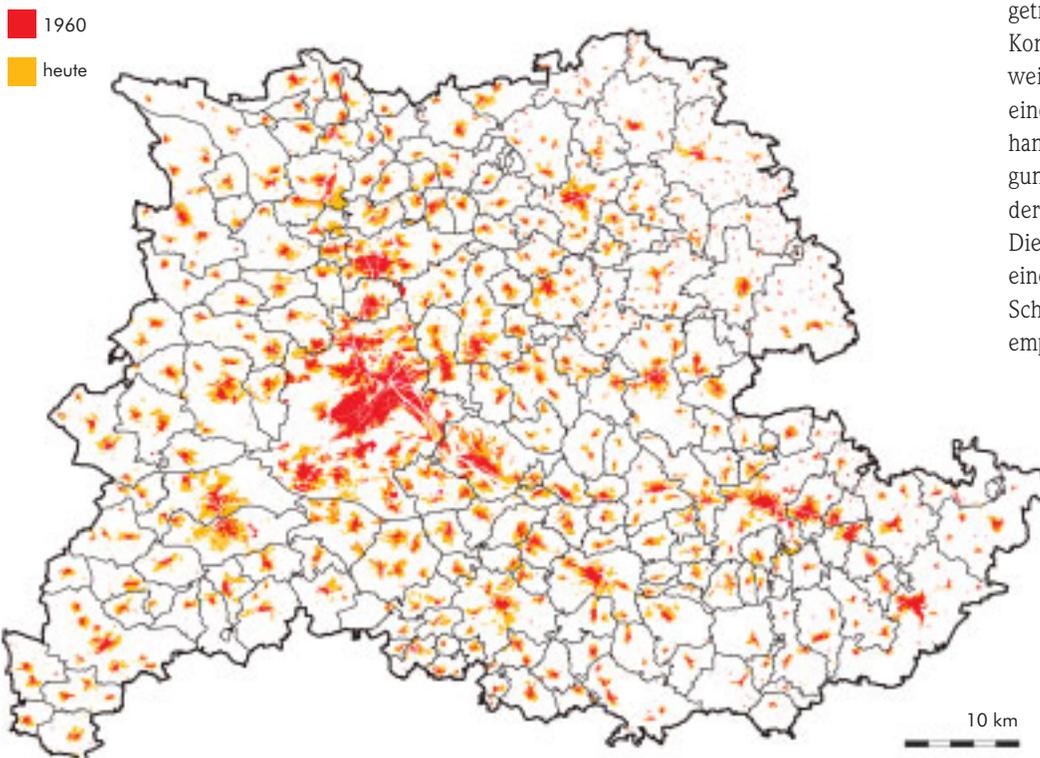
Neu sind auch verschiedene Formen von Anhörungsverfahren. 2004 wurde in einer Novellierung des Raumordnungsgesetzes verfügt, dass die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Aufstellung der Landes- und Regionalpläne verpflichtend sei – und so früh wie möglich erfolgen solle. Die bis dahin „unverbindliche Option“ geht zurück auf die EU-Richtlinie 2001/42/EG (bekannt geworden als „SUP-Richtlinie“, die auch Umweltprüfungen regelt – vergl.: Christian Langhagen-Rohrbach 2010).

Kür und Zukunft der Regionalplanung: so genannte „weiche“ Planverfahren

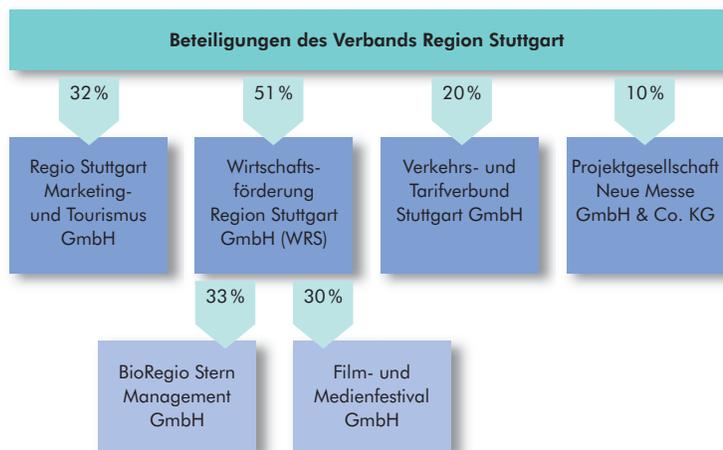
Immer wichtiger werden in der Regionalplanung so genannte „weiche“ Planungsverfahren, bei denen sehr viel von den kommunikativen Fähigkeiten der Planer – und von deren Überzeugungskraft – abhängt. Sie sind, neben den Pflichtaufgaben, gewissermaßen so etwas wie die „Kür“. In dieser Richtung geht auch das 2003 novellierte Landesplanungsgesetz. Diese Verfahren, von denen hier einige beschrieben werden sollen, sind eine Ergänzung rechtlich normierter Verfahren. Sie können die Akzeptanz geplanter Maßnahmen erhöhen, zur Konfliktvermeidung beitragen und helfen, Planungszeiten zu verkürzen. Sie sind auch geeignet, allgemeine Entwicklungsziele zu definieren. Wesentlich ist die Beteiligung aller relevanten Akteure in einem offenen, transparenten und fairen Verfahren (Christian Langhagen-Rohrbach 2010).

Mit Regionalkonferenzen und Regionalen Entwicklungskonzepten beispielsweise können von Regionalplanern Entwicklungsprozesse vorangetrieben werden – sie können helfen, regionale Konflikte zu bewältigen. In Karlsruhe beispielsweise wurde erst zu Beginn des Jahres 2011 eine Konferenz über die Zukunft des Einzelhandels, und die Ausgestaltung der Nahversorgung, abgehalten – veranstaltet zusammen mit der örtlichen Industrie- und Handelskammer. Die Region Donau-Iller veröffentlichte kürzlich eine Studie „Perspektive 2030“, die Stärken und Schwächen der Region analysiert, und Handlungsempfehlungen ableitet – vergleichbar dazu: die

Siedlungsentwicklung Region Stuttgart



Die Siedlungsentwicklung im Vergleich des Jahres 1960 und heute zeigt am Beispiel des Verbands Region Stuttgart die stetig gewachsene Flächeninanspruchnahme



Der Verband Region Stuttgart nimmt seine Aufgaben auch über die Beteiligung an unterschiedlichen Gesellschaften wahr

„Zukunftsinitiative Ostwürttemberg“. Raumordnerische Entwicklungskonzepte (Vergleiche Aktionsfeld Stuttgart, S. 88 f.), Teilraumgutachten, können zudem die Zusammenarbeit lokaler und regionaler Gebietskörperschaften verbessern. Regionalplanern kommt dabei auch eine Moderatorenfunktion zu. Als Regionales Entwicklungskonzept präsentierte 2010 beispielsweise die Metropolregion Rhein-Neckar das „Biomasse-Stoffstrommanagement“, und erarbeitet aktuell ein „Regionales Energiekonzept“.

Im Bereich des Regionalmanagements können Regionalverbände Standortmarketing betreiben, sich aber auch in der Wirtschaftsförderung einbringen. Auch Tourismusförderung ist denkbar. In grenznahen Berei-

chen am Oberrhein entstanden seit den 1990er Jahren mehrere Zweckverbände zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die in Zusammenarbeit etwa mit Frankreich (Elsass) und der Nordwestschweiz Projekte über die EU-Interregfördermittel abwickeln (Vergleiche Aktionsfeld Mittlerer Oberrhein, S.46 f.). Die Regionalverbände wirken daran mit und haben oft entscheidende Impulse gesetzt. Durch vielfältige Kompetenzen auch im operativen Bereich (Trägerschaft, regionales Marketing, Wirtschaftsförderung) sowie die Vernetzung mit zahlreichen Akteuren ist etwa der Verband Region Stuttgart seit vielen Jahren auch im Bereich des Regionalmanagements aktiv.

Regionalplanung hat Pflichtaufgaben, aber auch Küraufgaben. Es gibt dabei unterschiedliche Herangehensweisen einzelner Verbände.

Die auf regionaler Ebene angewandten „weichen“ Formen der Steuerung regionaler Entwicklung werden mitunter auch als Ansätze der „regional governance“ bezeichnet, „Governance“ steht dabei mitunter im Kontrast und als Gegenstück zu „Government“. Man kann das auch als Netzwerke umschreiben, informelle Strukturen, die sich mit der Aufgabe von Regionalentwicklung befassen: organisiert beispielsweise in Fördervereinen, in Gesellschaften. Solche „Governance“-

Strukturen gab es erstmals im Raum Frankfurt; und jetzt auch im Rhein-Neckar-Dreieck Mannheim (Vergleiche Aktionsfeld Rhein-Neckar, S.82 f.)

Was die erweiterte Beteiligung der Öffentlichkeit angeht, haben sich besonders bei Großprojekten seit jeher „Runde

Tische“ oder „Zukunftswerkstätten“ bewährt. Unter Mitwirkung der Regionalverbände, allerdings bei Federführung der Regierungspräsidien geschah dies zum Jahreswechsel 2010/ 2011 in den Städten Basel, Straßburg und Karlsruhe etwa bei der Umsetzung der im Dezember 2010 neu ausgerufenen Trinationalen Europäischen Metropolregion Oberrhein mit Bürgerforen/Forums Citoyens unter dem Slogan „rendezvous regional“. Inhaltlich vergleichbar dem Modell Runder Tisch nutzt auch der Verband Region Stuttgart regionale Initiativen – eine eigenständige Institution – als Plattform zum regionalen Austausch, beispielsweise bei den Themen „SportRegion“, „JugendRegion“, „KulturRegion“ oder „Forum Region Stuttgart“; und ganz aktuell im Rahmen des laufenden Landes-Projekts „Modellregion nachhaltige Mobilität“

Buchhinweise/Literaturverzeichnis (beispielhaft)

- **Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL): Regionalplanung in Baden-Württemberg**, Weiterentwicklung der 12 Regionen und ausgewählte Handlungsfelder, Verlag der ARL, Hannover 2002
- **Peter Eichhorn (Hrsg.): Verwaltungslexikon**, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1985/2003
- **Dietrich Fürst/Ernst-Hasso Ritter: Landesentwicklungsplanung und Regionalplanung**. Ein verwaltungswissenschaftlicher Grundriss, 2. Auflage, Werner-Verlag, Düsseldorf 1993
- **Dietrich Fürst: Raumplanung**, Herausforderungen des deutschen Institutionensystems, Verlag Dorothea Rohn, Detmold 2010
- **Christian Langhagen-Rohrbach: Raumordnung und Raumplanung**, 2. Auflage, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2010
- **Bernhard Schäfers: Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland**, UTB-Verlag, München 1976/2004
- **Klaus Selle (Hrsg.): Planung neu denken – Zur räumlichen Entwicklung beitragen**. Konzepte. Theorien. Impulse, Verlag Dorothea Rohn, Dortmund 2006
- **Rüdiger Voigt (Hrsg.): Handwörterbuch der Kommunalpolitik**, Westdeutscher Verlag/VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Opladen 1984/1998
- **Ulrike Weiland/Sandra Wohlleber-Feller 2007: Einführung in die Raum- und Umwelplanung**, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2007
- **Regionalverband Mittlerer Oberrhein: Regionalplan Mittlerer Oberrhein 2003**, Karlsruhe März 2003
- **Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg: Landesentwicklungsplan 2002 Baden-Württemberg (LEP 2002)**, Stuttgart September 2002
- **Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg in der Fassung vom 10. Oktober 2003** (Das aktuelle LplG ersetzt die Gesetze vom 8. April 1992, 10. Oktober 1983 und 25. Juli 1972)

Mehr als nur regionale Geographie

REGION (entlehnt aus lateinisch ‚regio‘; Gebiet, Gegend) – ist ein durchaus mehrdeutiger Begriff, mitunter auch ein Politikum

Ein Gastbeitrag von Prof. Hans-Georg Wehling

Der nachfolgende Beitrag des Tübinger Politikwissenschaftlers versucht, sich dem Begriff „Region“ aus unterschiedlichen Blickwinkeln anzunähern. Der Autor ist Vorstandsmitglied im Europäischen Zentrum für Föderalismusforschung an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen und Honorarprofessor mit den Schwerpunkten Landeskunde, Landespolitik und Kommunalpolitik am dortigen Institut für Politikwissenschaft.

Jedes Land besteht aus Regionen, oder legt sich solche zu – und es sind dabei doch mehr als Allerweltsregionen. Wichtig ist und bleibt es, zu unterscheiden zwischen Planungs- und Bewusstseinsregion(en).

Der Begriff Region ist mehrdeutig, im politischen wie im alltäglichen Sprachgebrauch, insbesondere aber auch, je nachdem aus welcher Perspektive man ihn wahrnimmt, mit welcher Zielsetzung, mit welcher Absicht man ihn gebraucht. Vor allem kann Region je nach Staat etwas anderes bedeuten.

Aus der Perspektive der EU beispielsweise sind Regionen, zumindest teilweise, mit unseren Bundesländern gleichzusetzen. Für sie gibt es als Vertretungskörperschaft, wengleich nur in beratender Funktion, den Rat der Gemeinden und Regionen Europas. Da Brüssel über einen gut bestückten Regionalfonds verfügt, haben sich alle Mitgliedsländer der EU, mehr oder weniger ausgeprägt, Regionen zugelegt, um an diese Mittel heranzukommen; auf diese Weise ist ein Regionalismus der offenen Hand entstanden. Um sich von solcherart Allerweltsregionen abheben zu können, schlossen sich, unter tatkräftiger Beteiligung deutscher Länder, die Regionen mit Gesetzgebungsfunktion (REGLEG) zu einem eigenen Netzwerk zusammen, als Regionen de luxe.

Innerstaatlich kann Region zweierlei bedeuten: Planungsregion oder Bewusstseinsregion

Innerstaatlich kann in Deutschland Region hauptsächlich zweierlei bedeuten: Planungsregion oder Bewusstseinsregion. Planungsregionen versuchen, innerhalb einzelner Bundesländer optimale Planungseinheiten zu schaffen, die insbesondere überlokale ökonomische Verflechtungsbereiche zu erfassen suchen: Verdichtungsräume, die Gemeindegrenzen – ja sogar Landesgrenzen – überschreiten und für die eine koordinierte Flächen-, Siedlungs-, Verkehrsplanung vonnöten ist, mit der Ausweisung von Wohn- und Gewerbeflächen, Erholungsräumen, mit gemeinsamen Lösungen für die Abfallwirtschaft, für Versorgung mit Wasser und Entsorgung von Brauchwasser usw. – das alles auch, um einen Wildwuchs, um Zersiedlung zu vermeiden.

Das kann aus kommunaler Eigeninitiative entstehen (ein frühes Beispiel ist das Ruhrgebiet mit Ruhr-Siedlungsverband, Ruhrtalesperrenverband, Emschergenossenschaft – heute teilweise im Kommunalverband Ruhr zusammengefasst; auch die RWE als Stromversorger beruhen auf einer solchen lokalen Initiative), oder aber durch den Landesgesetzgeber verordnet bzw. nachträglich gesetzmäßig gestaltet. Inzwischen weisen alle Flächenländer der Bundesrepublik, auf der Grundlage des Bundesraumordnungsgesetzes von 1997, solche Planungsregionen auf, die durchaus auch exekutive Funktionen per Gesetz übertragen bekommen können.

In Baden-Württemberg sind es aktuell zwölf solcher Regionalverbände, die jeweils eine bestimmte Anzahl von Stadt- und Landkreisen umfassen. Mit dem Gebiet des Regionalverbandes Donau-Iller wird sogar die Landesgrenze nach Bayern überschritten; denn schließlich macht der Verflechtungsbereich an der Donau-Grenze rund um Ulm nicht halt. Vom Verband Region

Stuttgart abgesehen, sind die Regionalverbände auf reine Planungsaufgaben, im Rahmen der übergeordneten Landesplanung, beschränkt. Die jeweilige Regionalplanung wird von der Verbandsversammlung beschlossen, in die Vertreter der Stadt- und Landkreise delegiert sind.

Europäische Metropolregionen mit neuem Zuschnitt

Die Planungsregionen haben neuerdings zudem gewissermaßen „Zuwachs“ bekommen durch den Vorstoß der Ministerkonferenz für Raumordnung von 1995, sogenannte Europäische Metropolregionen zu identifizieren, die im globalen Wettbewerb die Standorte besser vermarkten können. Denn die Planungsregionen sind weltweit betrachtet dafür eher klein, selbst der Verband Region Stuttgart greift dazu weiter aus. Vor allem länderübergreifend machen solche Metropolregionen Sinn, wie sich leicht an der Region Rhein-Neckar zeigen lässt, die auch hessische und insbesondere rheinland-pfälzische Gebiete umfasst. In diesen Räumen sind eben auch länderübergreifende Planungen unbedingt notwendig.

Ähnliches gilt für Regionen, die Staatsgrenzen überschreiten, nach Frankreich und zur Schweiz; diese stoßen aber auch im wörtlichen Sinn an Grenzen, wenn bereits für eine Fußgänger- und

Fahrradbrücke von Weil am Rhein nach Hüningen ein Staatsvertrag zwischen Berlin und Paris erforderlich ist. Die „Vordenker“ von Metropolregionen bemühen sich durchaus, solche Planungen mit Rückgriff auf Geschichtsräume zu unterfüttern.

Was geschieht mit dem „Rest“? Wirtschaftlicher Erfolg der Unternehmen hat andere Ursachen

Inwieweit solche Überlegungen deutschland- oder gar europaweit Zukunft haben, bleibt abzuwarten. Denn was geschieht mit dem „Rest“, der sich in die angesprochenen elf gesamtdeutschen Metropolregionen nicht einordnen lässt? Bislang jedenfalls war der wirtschaftliche Erfolg deutscher Unternehmen ziemlich unabhängig von solcherart Metropolregionen: In Oberschwaben und Hohenlohe z. B. gibt es eine beträchtliche Zahl von Weltmarktführern, „hidden champions“, deren Standorte selbst vielen Deutschen wenig sagen (z. B. Laupheim, Biberach, Ravensburg, Künzelsau, Mulfingen).

Bezogen auf die real existierenden Planungsregionen gab es immer wieder Überlegungen, aus den zwölf Regionen des Landes zwölf Regionalkreise zu machen. Man verspricht sich davon eine „Entrümpelung“ einer als „übermöbliert“ empfundenen Verwaltungslandschaft, zugleich aber auch eine stärkere Rückkopplung an die Bevölkerung, zumal wenn die Verbandsversammlungen direkt gewählt würden. Diese Vorhaben wurden stets ad acta gelegt, aus vielerlei Gründen, nicht zuletzt aber auch, weil eine solche Neustrukturierung des Landes einen allzu tiefen Einschnitt in regionale Identitäten und Loyalitäten bedeuten könnte.

Denn die bestehenden Planungsregionen, die durchaus die sozio-ökonomischen Verflechtungen widerspiegeln können, entsprechen nicht unbedingt, nicht in jedem Fall oder nicht in vollem



Umfang den Bewusstseinsregionen des Landes, die sich in einem jeweiligen Wir-Bewusstsein manifestieren. Grob gesagt sind Bewusstseinsregionen ein Reflex früherer politischer Zugehörigkeiten mit ihren spezifischen Kommunikationsstrukturen (auf den jeweiligen Herrschaftssitz bezogen), mit ihren wirtschaftlichen Gegebenheiten, mit ihren konfessionellen Zugehörigkeiten, mit den konkreten historischen Erfahrungen (Schlüsselerlebnissen).

Bewusstseins-Grenzen aus der Zeit deutscher Kleinstaaterei sind noch nicht verschwunden

Bewusstseinsregionen haben ihre erkennbare Grenze, innerhalb derer man als zugehörig empfunden wird, innerhalb derer man geprägt worden ist. Für den deutschen Südwesten, für Baden-Württemberg nachwirkend ist hier die Zeit der deutschen Kleinstaaterei, die dann aber um 1800 in drei Staaten mündete, deren Grenzen Napoleon gezogen hat: mit Baden, Württemberg und den beiden kleinen Hohenzollern, die 1850 preußisch wurden. Die alten Grenzen aus der Zeit davor sind damit nicht verschwunden, zumindest nicht in den Köpfen. Als Kurpfälzer (Mannheim, Heidelberg), als Ortenauer (Offenburg), Breisgauer (Freiburg) fühlt man sich anders denn als Karlsruher. Die Kurpfalz ist reformiert, der Karlsruher Raum wie das Markgräflerland lutherisch; Ortenau, Breisgau, Hochrhein und Bodenseeland sind katholisch – eine Folge des Herrschaftsrechts, die Konfession der Untertanen zu bestimmen (Augsburger Religionsfriede von 1555).

Die Grenzlage spielt eine weitere Rolle, mit ihren Einflüssen bis hin zu den Essensgewohnheiten: zu Frankreich oder zur Schweiz. Baden, mit seiner schwierigen Integrationsproblematik kannte als einziger deutscher Staat 1848/49 in Deutschland eine erfolgreiche Revolution. Zwischen 1860 und 1876 tobte in Baden zudem zwischen aufgeklärtem, protestantisch dominierten Staat und neu formierter, auf Rom ausgerichteter, antimoderner katholischer Kirche ein heftiger Kulturkampf, wie ihn später nur noch Preußen kannte.



Napoleons Flurbereinigung, die Badische Revolution und eine Kluft bei Kluffern ...

Beides, Revolution und Kulturkampf, hat in der badischen politischen Kultur deutliche Spuren hinterlassen, hat zu einem hohen Maß an Politisierung und Streitbarkeit geführt – Gegebenheiten, die wir von Württemberg nicht kennen. Zwar hatte der Bodenseeraum vor 1800 eine gemeinsame Geschichte, doch die beiden genannten Großereignisse haben eine mentale Grenze zwischen württembergisch und badisch gewordenen Gebieten aufgeworfen, eine Kluft bei Kluffern.

Die Napoleonische Flurbereinigung Deutschlands hat aber auch neue Regionen entstehen lassen, ungeplant: Durch die Einverleibung in Württemberg und der Begegnung mit der ganz anderen Mentalität der neuen württembergischen Herren wurde den Menschen südlich der Donau ihre Andersartigkeit bewusst, die über die vorherige kleinstaatliche Zersplitterung hinwegführte. Man einigte sich in Abwehrhaltung auf der gemeinsamen Basis des katholischen Glaubens in Absetzung zu den neuen protestantischen Herren

im fernen Stuttgart, eine Regionsbindung, die durch die Gründung der Diözese Rottenburg 1821 organisatorisch unterstützt wurde, auch mit der Orientierung des sich neu bildenden umfassenden Vereinswesens an den kirchlichen Strukturen.

Dazu gehörte schließlich auch die Gründung der Zentrumsparterie als politischem Arm des Katholizismus: Sie zu wählen, war zugleich Bekenntnis zu Religion und Region – und ist es in Hinblick auf die CDU in abgeschwächter Form immer noch. Ähnliche „Protestregionen“ kennen wir aus Bayern (Franken) oder aus Preußen (Rheinland, Westfalen).

„Wir-Bewusstsein“ entsteht nicht unbedingt entlang alter – oder neuer – Grenzen ...

Hier zeigt sich zweierlei: Regionen entstehen auch ungeplant, aber durch Politik verursacht (Oberschwaben, Hohenlohe). Regionen können auch durch neue Verwaltungsstrukturen geplant entstehen, langfristig (Baden). Wenn sich neue Strukturen darüber legen – wie beispielsweise durch Gründung des Südweststaates 1952 –, können neue Gemeinsamkeiten, sogar ein Landesbewusstsein entstehen, jedoch ohne dass die alten mentalen Loyalitäten aufgegeben werden: Das neue Wir-Bewusstsein kann sich durchaus über frühere Eigen- wie Fremdefinieren legen.



Man kann also zugleich weiterhin Badener, Kurpfälzer, ja sogar Mannheimer bleiben. Es handelt sich um eine Art Gemengelage; die jeweilige Identität kann je nach Umstand hervorgekehrt werden.

Meine abschließende These: Verwaltungsregionen, aber auch Planungsregionen können sich am besten behaupten und am effektivsten arbeiten, wenn sie sich mit überkommenden Regionen – Bewusstseinsregionen – weitestgehend decken, zumindest aber an historische Einteilungen anknüpfen, die im Bewusstsein der Menschen nach wie vor verankert sind. Dann können sie stark und zukunftsfähig sein. Das gilt vor allem dann, wenn Regionen mehr sein sollen als Planungseinheiten.

Reine Planungsregionen haben kaum Chancen auf Verankerung im Bewusstsein der Menschen

Bayern ist da mit seiner, auch in der Verfassung verankerten, Verwaltungseinteilung in sieben Bezirke als dritter kommunaler Ebene über Gemeinden und Kreisen vorangegangen, mit einer Einteilung, die seit rund zweihundert Jahren nahezu unverändert geblieben ist. Die zeitliche Dauer spielt also durchaus eine Rolle. Das Gegenbeispiel stellt Frankreich dar, das bereits in der Großen Revolution nach aufgeklärter Manier das Land in mathematisch abgezeichnete und durchnummerierte Départements eingeteilt hat, zuletzt dann 1982 zusätzlich in größer geschnittene Planungsregionen, die ebenfalls bewusst histori-

sche Bezüge zu überwinden suchen – trotzdem fühlen sich die Menschen nach wie vor als Elsässer, Bretonen, Normands, Savoyarden usw.: Die alten Provinzen aus der Zeit des Ancien Régime haben im Bewusstsein der Menschen bis heute überlebt.

Die aktuell gegebene Einteilung Baden-Württembergs in zwölf Regionen mag zu überdenken sein, Korrekturen im Einzelfall mögen sich anbieten. Für die Zukunft wird die Hauptfrage sein, wie sie sich im Bewusstsein der betroffenen Menschen verankern können.



Eine Symbiose aus Hightech und Garten Eden

Am Bodensee und in Oberschwaben begegnen sich Tradition und Moderne

Die Geschichte der Region Bodensee-Oberschwaben und ihrer drei Landkreise Bodenseekreis, Ravensburg und Sigmaringen ist eine Erfolgsgeschichte. Im Vergleich der baden-württembergischen Regionen belegt sie regelmäßig Spitzenplätze. Sei es wegen der niedrigen Arbeitslosenquote, wegen des hohen Innovationspotenzials ihrer Unternehmen oder der bemerkenswerten Patentdichte.

Diese Spitzenposition wird auch durch alle seriösen Ratings der letzten Jahre bestätigt. Und es nimmt daher kein Wunder, wenn sich die Menschen in dieser Region zu den glücklichsten Menschen Deutschlands zählen – so das Ergebnis der weltweit größten gesellschaftspolitischen Online-Umfrage („Perspektive Deutschland“).

Diese Region ist mehr als Bodensee, Linzgau, Schwäbische Alb und Westallgäu, mehr als Obst, Wein, Käse und Milch, und auch mehr als nur Luft- und Raumfahrttechnik, Maschinenbau, Tourismus- und Gesundheitsdestination. Sie ist in gewisser Weise „Hightech im Garten Eden“.

Es ist ein seltsames, etwas unentdecktes Land ... (Theodor Heuss)

Diese Beurteilung, die der spätere Bundespräsident Heuss noch im Jahr 1918 über das heutige Regionsgebiet abgeben konnte, ist natürlich längst überholt. Die Region wird als wichtiger Teil einer der ältesten Kulturlandschaften Mitteleuropas wahrgenommen. Sie ist reich an kulturhistorischen Sehenswürdigkeiten und touristischen Attraktionen. In Verbindung mit der landschaftlichen Schönheit hat dieser Reichtum der Region dazu verholfen, dass sie zu den Zugpferden unter den Tourismusdestinationen Baden-Württembergs zählt.

Naturräumlich gesehen steinreich

Naturräumlich weist die Region eine große Vielfalt auf. Als landschaftsprägend zeigt sich insbesondere der eiszeitlich überformte Voralpenraum mit vielen Seen, Mooren, Moränenwällen und Drumlinfeldern. Die Ablagerungen, die der Rheingletscher auf dem Rückzug in seinen Abflussrinnen hinterlassen hat, sind ursächlich dafür, dass die Region heute eines der wichtigsten Kiesabbaugebiete des Landes ist.

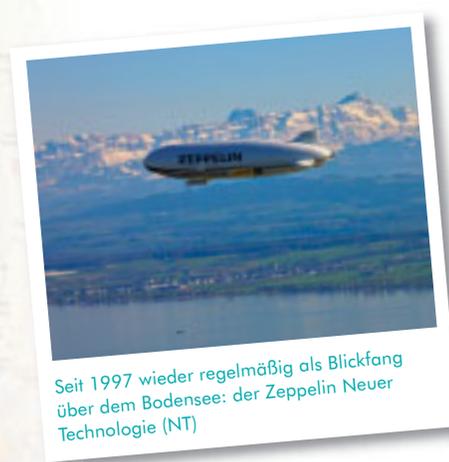
Große Teile der Region Bodensee-Oberschwaben, besonders das Bodenseebecken mit dem nördlich angrenzenden Schussenbecken sowie die Täler der Donau und ihrer Zuflüsse, gehören zu den besonders klimakritischen Bereichen Ba-

den-Württembergs. Häufige Inversionswetterlagen und relativ hohe Wärmebelastungen in Verbindung mit schlechter Durchlüftung entwickeln sich zunehmend zur Herausforderung für die Planung (vgl. Themenartikel S. 22–25).

Die Region und ihr Verdichtungsraum

Seit etwa einhundert Jahren durchlaufen das nördliche Bodenseeufer und das Schussenbecken eine ausgesprochen dynamische, deutlich über dem Regionsdurchschnitt liegende Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung. In den vierzehn Städten und Gemeinden, die raumordnerisch als Verdichtungsraum mit Randzone eingestuft sind, lebt inzwischen gut ein Drittel der Regionsbevölkerung, obwohl ihre Gemarkungen gerade einmal 12,5% der Regionsfläche ausmachen. Gleiches gilt auch für die Bevölkerungsdichte: Zählt die Region mit durchschnittlich 176 Einwohnern je Quadratkilometer zu einer der am dünnsten besiedelten Regionen des Landes, so leben im Verdichtungsraum über 450 Einwohner auf derselben Fläche.

Obwohl auch im vitalen ländlichen Raum der Region Industrieunternehmen von Rang angesiedelt sind, zeigt sich der Verdichtungsraum mit seinem markanten industriellen Kern als ihr wirtschaftliches Herzstück. Strategische Kooperationen von Unternehmen mit Partnern aus Forschung, Wissenschaft und Verbänden (sog.



Seit 1997 wieder regelmäßig als Blickfang über dem Bodensee: der Zeppelin Neuer Technologie (NT)



Der Bodenseeraum ist eines der wichtigsten Obstanbaugebiete Europas



Die Rotachmündung in Friedrichshafen

Cluster) sind nicht nur im Automotive-Sektor (Antriebs- und Fahrzeugtechnik) entstanden. In der Tradition des Luftschiffpioniers Ferdinand Graf von Zeppelin und seines kongenialen Mitarbeiters Claude Dornier hat sich am nördlichen Bodenseeufer auch der einzige Branchenschwerpunkt der Luft- und Raumfahrtindustrie in Baden-Württemberg etabliert. Mit dem Flughafen und der Messe in Friedrichshafen sind hier darüber hinaus zwei Infrastruktureinrichtungen von landesweiter Bedeutung angesiedelt.

Immer häufiger schränkt der Siedlungsdruck durch kontinuierliches Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum, der Flächenbedarf intensiver landwirtschaftlicher Produktion und die Unterschutzstellung wertvoller Landschafts- und Lebensräume die Verfügbarkeit der Flächen im Verdichtungsraum ein und löst Kontroversen zwischen den unterschiedlichen Standortansprüchen aus. Zusammen mit den anderen Gebietskörperschaften erarbeitet der in Ravensburg ansässige Regionalverband Bodensee-Oberschwaben daher interkommunale Konzepte zur Entwicklung des Verdichtungsraums und der Region.

Im Verkehrsschatten gelegen

Gemessen an der wirtschaftlichen Bedeutung und Prosperität der Region ist ihre Verkehrsinfrastruktur eher unzureichend entwickelt. Sieht man einmal von der A 96 München-Lindau am östlichen Regionsrand ab, so wird die Hauptlast der Erschließung und Anbindung an das überregionale Straßennetz von Bundesstraßen getragen, die in ihrem jetzigen Ausbaustand zumeist nicht ausreichend leistungsfähig und daher überlastet sind. Beim Schienenverkehr gehört die Region zu den wenigen Räumen Deutschlands, in denen kein einziger Bahnkilometer elektrifiziert ist. Dies führt dazu, dass die Region als sogenanntes „Dieselloch“ teilweise vom durchgehenden überregionalen Schienenverkehr abgeschnitten wird.

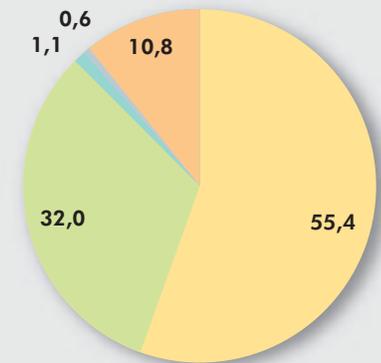
Sechs Richtige in der Wissenschaft!

Die sechs Hochschulen der Region tragen mit insgesamt 10.000 Studierenden an fünf Standorten nachhaltig zur Stabilisierung und zum Ausbau des (Wirtschafts-)Standorts Bodensee-Oberschwaben bei. Im Netzwerk der „Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH)“ kooperieren sie durch das Angebot gemeinsamer Studiengänge grenzüberschreitend mit Hochschulen in Liechtenstein, Österreich und der Schweiz.

Zu einer guten sozialen Infrastruktur gehört auch, dass Menschen mit Handikap einen angemessenen Platz und die erforderliche Unterstützung und Förderung erhalten. Als Standort bedeutender sozialer Dienste und Einrichtungen (z. B. Stiftung Liebenau, Marienberg e.V.) kann die Region hier eine lange und lebendige Tradition vorweisen. Sie gehört sogar im europäischen Vergleich zu den Räumen mit der höchsten Dichte von Plätzen für die Betreuung von Menschen mit Behinderung.



Flächennutzung in %



- Siedlung und Verkehr
- Wald
- Landwirtschaft
- Wasser
- Sonstige

Regionsfläche (qkm)	3.500
Gesamtzahl der Städte und Gemeinden	87
Einwohnerzahl*	
Stand 12/2009	615.132
Einwohner/qkm*	176
Anteil unter 18 Jahre*	18,7%
Anteil 65 Jahre und älter*	19,2%
Stand 12/2009	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte*	
Stand 06/2009	208.553
Anteil am BIP des Landes*	
Stand 2008	5,7%

*Quelle: Statistisches Landesamt B.-W.



Regionalverband Bodensee-Oberschwaben

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben
 Hirschgraben 2
 88214 Ravensburg
 Telefon: 07 51 / 3 63 54-0
 Telefax: 07 51 / 3 63 54-54
 www.rvbo.de
 info@rvbo.de

Prima Klima? Die regionale Klimaanalyse

Temperaturanstieg und Luftschadstoffe sind eine Herausforderung für die Planung

Der Regionalverband hat zusammen mit den Landkreisen die klimatische Situation in der Region analysiert. Eine daraus abgeleitete „Klimafibel“ bietet den Planern konkrete Handlungsanleitungen für ihre Arbeit.

Wetter und Klima können das Wohlbefinden, die Leistungsfähigkeit und letztlich auch die Gesundheit des Menschen stark beeinflussen. Besonders belastend sind Wetterlagen mit hohen Temperaturen und Schwüle. Dann kommt es zu Wärmebelastung und Hitzestress, unter deren Folgen vor allem Menschen mit Herz-Kreislauf- oder Atemwegsproblemen leiden. Dies zeigt sich unter anderem in Statistiken, die bei besonders hohen „gefühlten Temperaturen“ eine erhöhte Sterblichkeitsrate zeigen.

Durch den globalen Klimawandel ist davon auszugehen, dass die Belastungssituationen in Zukunft noch zunehmen werden. Die bereits heute sichtbaren Auswirkungen des Klimawandels verdeutlichen seinen Stellenwert als zentrales Zukunftsthema, nicht nur auf globaler und nationaler, sondern auch auf regionaler und kommunaler Ebene.

Der Nebel: ein häufiger Begleiter des Alltags im Schussentalbecken bei Weingarten

Für die regionale und kommunale Planung stellt neben dem durchschnittlichen Temperaturanstieg auch die erhöhte Anreicherung von Luftschadstoffen in dicht besiedelten Räumen eine große Herausforderung dar. Bei der zukünftigen Siedlungsentwicklung und Stadtplanung muss daher vor allem eine ausreichende Durchlüftung durch die Erhaltung und Aufwertung der vorhandenen Frisch- und Kaltluftströme sichergestellt werden.

In Baden-Württemberg gibt es drei großflächige Bereiche, in denen von relativ hoher Wärmebelastung und häufigen Inversionswetterlagen, verbunden mit schlechten Durchlüftungssituationen ausgegangen werden muss. Neben der Oberrheinebene und dem Mittleren Neckartal zählen auch große Teile der Region Bodensee-Oberschwaben, insbesondere das Bodenseebecken samt dem nördlich angrenzenden Schussenbecken sowie die Täler der Donau und ihrer Nebenflüsse zu den schlecht durchlüfteten Bereichen.

In der Region Bodensee-Oberschwaben war die Berücksichtigung von klimatischen und lufthygienischen Aspekten bei Planungsvorhaben aufgrund einer unbefriedigenden Datengrundlage in der Vergangenheit nicht in angemessener Weise möglich. Zur Erarbeitung einer fundierten Entscheidungsgrundlage für die räumliche Planung beauftragten der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben und die Landkreise Bodenseekreis, Ravensburg und Sigmaringen in den Jahren 2008/2009 den Fachbereich Geographie der Pädagogischen Hochschule Weingarten mit der Durchführung einer „Regionalen Klimaanalyse Bodensee-Oberschwaben (REKLIBO)“.

Die Ergebnisse der unter der Leitung von Prof. Dr. Andreas Schwab und seines Mitarbeiters Denis Zachenbacher (Pädagogische Hochschule Weingarten) bearbeiteten Studie sind in Form eines dreibändigen wissenschaftlichen Abschlussberichts dokumentiert. Darauf aufbauend wurde eine Klimafibel als praxisnahe Handreichung für die Regional-, Stadt- und Ortsplanung sowie für die interessierte Öffentlichkeit publiziert (PDF-Dokument zum Herunterladen unter www.rvbo.de/60_Projekte.RVBO).



Ergebnisse der regionalen Klimaanalyse und Klimafibel

In klimakritischen Gebieten, insbesondere in Bereichen mit erhöhter Wärmebelastung und schlechten Durchlüftungsverhältnissen sind lokale Kaltluftbewegungen (Hangwindssysteme, Berg-Tal-Windsysteme, Flurwindssysteme, Land-See-Windsysteme) für die Lebensbedingungen der Menschen in Siedlungen von großer Bedeutung, da sie die belasteten Bereiche mit frischer und kühler Luft versorgen können.

Im Rahmen der regionalen Klimaanalyse wurden daher folgende zentrale Themenbereiche gezielt untersucht: Lage und Eigenschaften von bedeutenden Kaltluft- oder Frischluftströmen, deren Wirkungen auf besonders klimakritische Gebiete sowie daraus abzuleitende Handlungsstrategien für die räumliche Planung.

Zur Untersuchung dieser Themenbereiche wurde ein zweiteiliger Ansatz entwickelt und verfolgt.

Teil 1 – Messprogramme: In ausgewählten Teilgebieten der Region wurden umfangreiche Messprogramme durchgeführt, um Aussagen zur lokalen Durchlüftungssituation, insbesondere in den klimakritischen Gebieten machen zu können.

Dabei wurden folgende Messmethoden angewandt: Messungen mit festen Wetterstationen an 23 Standorten zur Erfassung der bodennahen Lufttemperatur und der bodennahen Windver-



Rauchfahne nach Sonnenuntergang: im Baidter Ortsteil Friesenhäusle werden Windbewegungen untersucht

hältnisse, ergänzende Handmessungen zur Bestimmung von Reichweiten der Kaltluft- und Frischluftströme insbesondere in Siedlungsbereichen, Temperaturmessfahrten zur Bestimmung von Kaltluftstaugebieten sowie Vertikalsondierungen zur Bestimmung der Struktur von Kaltluft- bzw. Frischluftströmen.

Teil 2 – Modellrechnungen: Eine flächendeckende Analyse der klimatischen Situation in der Gesamtregion wurde durch die Anwendung verschiedener Rechenmodelle erreicht, mit deren Hilfe nächtliche Kaltluftbewegungen und potenzielle Kaltluftstaugebiete bestimmt werden können. Dabei kam das Kaltluftabflussmodell KLAM_21 des Deutschen Wetterdienstes (DWD) zum Einsatz.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass innerhalb des Untersuchungsraumes nächtliche Kaltluft- oder Frischluftströme als weitverbreitetes Phänomen zu beobachten sind. Sowohl

Hangabwinde als auch Talabwinde treten mit beeindruckenden Regelmäßigkeiten auf. Die Windgeschwindigkeiten und vertikalen Mächtigkeiten der Kaltluftbewegungen sind wegen der Reliefverhältnisse (relativ geringe Höhenunterschiede) jedoch nicht mit solchen in Mittelgebirgs- oder Hochgebirgstälern zu vergleichen. Gerade deshalb dürften sie besonders sensibel auf entsprechende Nutzungsänderungen reagieren.

Um die zentralen Aussagen der Modellergebnisse und Messergebnisse in möglichst übersichtlicher Form zusammenzufassen, wurde ein Konzept zur Erstellung einer Klimaanalysekarte (siehe Abb. 1) entwickelt. Die Karten enthalten unter anderem Informationen zu potenziellen Kaltluftstaugebieten und zum Luftaustausch durch nächtliche Kaltluftbewegungen bei windschwachen Strahlungswetterlagen.



Abb. 1: Klimaanalysekarte für den Raum Gehenberg-Friedrichshafen

Die Anwendung in der Planung

Auf der regionalen Planungsebene kommen die Ergebnisse der Klimaanalyse bei der Aufstellung und Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans und des Regionalplans zum Tragen.

Dabei sind die aus dem Zielkonzept „Klima und Luft“ des Landschaftsrahmenplans abgeleiteten Handlungsansätze (siehe Abb. 2) auch Grundlage für die Festlegungen zur regionalen Freiraumstruktur im Regionalplan. Zur Integration der Ziele für Klima und Luft in den Regionalplan sind verschiedene Instrumente möglich. Im Mittelpunkt stehen die Regionalen Grünzüge und Grünzäsuren, die weitestgehend von einer Bebauung freizuhalten sind.

Auch im Rahmen der kommunalen Planungsebene (Flächennutzungspläne, Bebauungspläne) sind die Auswirkungen auf Klima und Luft zu berücksichtigen.

Anwendungssituationen, in denen klimatisch-lufthygienische Gesichtspunkte eine wichtige Rolle spielen, sind beispielsweise: Ausweisung eines Neubaugebietes in Hanglage am Stadtrand, zentrumsnahe Siedlungsverdichtung, Siedlungserweiterung, die zu einem „Zusammenwachsen“ bisher noch räumlich getrennter Siedlungen führen würde, Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes am Rande einer Siedlung in Tallage, bioklimatische Mängel oder lufthygienische Belastungen in bestimmten Stadtgebieten.

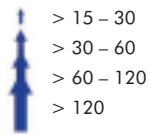
Die Klimafibel für die Region Bodensee-Oberschwaben bietet eine konkrete Handlungsanleitung, um klimatische Aspekte bei der Bauleitplanung angemessen berücksichtigen zu können. Anhand von Leitfragen und Ankreuz-Formularen werden Aussagen zur thermischen und lufthygienischen Situation im betrachteten Planungsraum abgeleitet.

Zusammen mit einer allgemeinen Ortskenntnis können damit die folgenden Fragen geklärt werden: Wo tritt vermehrt Wärmebelastung auf?

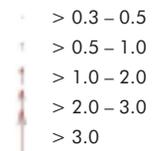
Klimaanalysekarte

Luftaustausch

Bergwindssystem: Intensiver Kaltluftstrom
Volumenstromdichte [$m^3/(ms)$]
nach 2 Stunden Simulationszeit



Hangwindssysteme: Windgeschwindigkeit
in 2 m über Grund [m/s]
nach 1 Stunde Simulationszeit



Potenzielle Kaltluftstaubereiche

- Kaltluftstau reliefbedingt
- Kaltluftstau an Wald- und Siedlungsrändern
- Kaltluftstau an Siedlungsrändern



Datengrundlage

Digitales Geländemodell (DGM5): Copyright Landesvermessungsamt Baden-Württemberg (www.lv-bw.de) Az.: 2851.9-1/19 (28.3.2007).
Digitales Geländemodell (SRTM90): frei verfügbare Fernerkundungsdaten Shuttle Radar Topography Mission – SRTM, 2000.
Landnutzungsdaten: Landsat TM5, Ebene 3, 1996/1997.
Kaltluftbewegungen: Modellierung mit KLAM_21, Version 2.008, DWD.
Bearbeitung und Kartographie: Schwab, 2009

Landnutzung

- Siedlung (dicht bebaut)
- Siedlung (locker bebaut)
- Wald
- Große Wasserfläche
- Industrieflächen
- Gleisanlagen
- Unversiegelte Freiflächen
- Versiegelte Flächen
- Gewässer



Wo ist mit schlechten Durchlüftungsverhältnissen zu rechnen? Wo liegen Gebiete hoher lufthygienischer Belastung? Wo gibt es lokale Frischluftströme?

Eine Bewertung von Kaltluftströmen kann insbesondere über die Kriterien Schadstoffbelastung, Empfindlichkeit und Belüftungsfunktion erfolgen. Über einen Entscheidungsbaum bietet die Klimafibel die Möglichkeit, Aussagen zur Bedeutung der Kaltluftzufuhr und zur Erhaltung und Verbesserung der lufthygienischen Situation zu treffen.

Handlungsstrategien für die Planung

Mit einer positiven Wirkung von lokalen Windsystemen ist dort zu rechnen, wo die angezeigten Luftleitbahnen und Kaltlufteinzugsgebiete weitestgehend frei von Emittenten sind. Diese positive Wirkung kann erhalten werden, wenn auf den entsprechenden Flächen keine Emittenten angesiedelt und die Entstehungsgebiete der Kaltluft weiterhin freigehalten werden. Darüber hinaus sollten durch die Vermeidung von Strömungshindernissen die Luftbewegungen nicht gebremst werden.

Durch eine offene Gestaltung der Ortsränder wird eine möglichst hohe Eindringtiefe der Kaltluft und Frischluft in die Siedlungskörper hinein erreicht. Verstärkt wird dieser Effekt durch eine Anordnung der Gebäudekörper und Straßenfluchten längs zu den Ausgleichsströmungen sowie durch Grünzüge innerhalb der Siedlungsflächen. Auch geringere Gebäudehöhen und Bebauungsdichten an den Siedlungsrändern im Vergleich zu den Siedlungskernen begünstigen die Frischluftzufuhr.

Ausblick: sommerliche Wärmebelastung wird zunehmen

Unter der Annahme eines sich fortsetzenden Klimawandels ist selbst bei einem unveränderten räumlichen Nutzungsmuster davon auszugehen, dass die bereits jetzt in der Region Bodensee-Oberschwaben auftretenden Belastungssituationen, insbesondere die sommerliche Wärmebelastung, in den kommenden Jahrzehnten eher noch zunehmen werden.

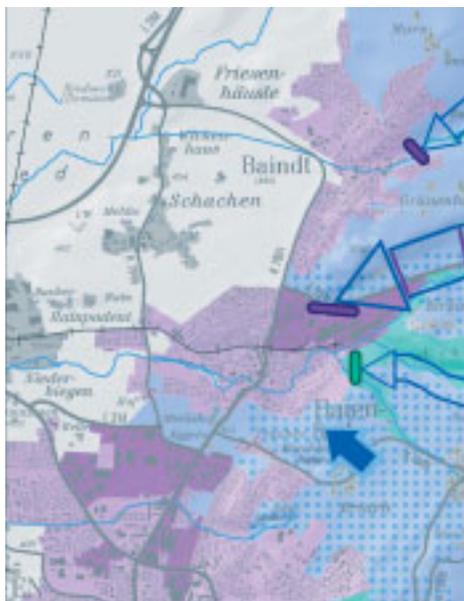
In Zukunft können jedoch durch markante Nutzungsänderungen neue klimatisch-lufthygienische Belastungsräume entstehen – vermutlich

auf einem insgesamt höheren thermischen Belastungsniveau. Klimatische Ausgleichsprozesse wie nächtliche Kaltluftströme erlangen dann eine noch größere Bedeutung.

Es wird daher verstärkt darauf ankommen, die Handlungsmöglichkeiten der räumlichen Planung sinnvoll auszuschöpfen, um eine klimatologisch verträgliche räumliche Steuerung der weiteren Siedlungsentwicklung zu erreichen.

Exkurs: Föhnlage – ein ganz besonderes Klima

Wenn Planer sich mit den Einflüssen von Wind und Wetter befassen, spielt die Föhnlage kaum je eine Rolle: und doch ist es ein Faktor im Süden des Landes. Der Föhn, der als Windbewegung im Alpenvorland, und damit auch am Bodensee zuweilen prägend ist, sorgt immer wieder für Wetterkapriolen. Föhnwinde können bizarre Himmelsbilder erzeugen: Wolkenfetzen, das verfärbte Firmament – vor der Kulisse des Bodenseeraums, oder der Bergkette der Alpen. Typisch für die Föhnlage ist eine markante Wolkenwand – die Föhnmauer – vor fast blauem Himmel, dem Föhnfenster – mit ausgeprägter Fernsicht. Der Föhn oder Föhnwind ist ein warmer, trockener Fallwind. Charakteristisch ist die deutliche Erwärmung und Trocknung der herabströmenden Luft, die zu gesundheitlichen Beschwerden führen kann. Die Definition der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) lautet wie folgt: „Ein Föhn ist in der Regel ein Wind auf der Leeseite (der abgekehrten Seite) eines Gebirges, der beim Abstieg eine Erwärmung und Trocknung erfährt. Die treibende Kraft sind entweder synoptische Strömungen oder ein Druckgradient über dem Gebirge, aber keine katabatischen (Abwinde, Fallwinde) Effekte.“



Erhaltung und Aufwertung der Luftaustauschsysteme

-  Erhaltung und Aufwertung regional bedeutsamer Luftleitbahnen
-  Erhaltung lokal bedeutsamer Luftleitbahnen
-  Erhaltung regional bedeutsamer Hangwindssysteme
-  Aufwertung der Luftleitbahnfunktion durch langfristige Umgestaltung des Siedlungsrandes
-  Aufwertung der Luftleitbahnfunktion durch langfristigen Waldrückbau

Erhaltung und Aufwertung der klimaökologisch wirksamen Ausgleichsräume

-  Kaltluftentstehungsgebiet – Flur – (allgemeine/besondere Bedeutung)
-  Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiet – Wald –

Sanierung und Aufwertung der bioklimatisch und lufthygienisch belasteten Räume > 1 km²

-  Gewerbe und dicht bebaute Siedlungsbereiche

Abb. 2: Zielkonzept für das Schutzgut Klima und Luft – Landschaftsrahmenplan Bodensee-Oberschwaben (Entwurf)

Zusammen wachsen über Ländergrenzen

An Donau und Iller sind sich Württembergs und Bayerns Schwaben schon lange einig

Am 18. Mai 1810 wurde hunderte Kilometer weit entfernt eine gewichtige Entscheidung getroffen: mit dem Pariser Vertrag wurden die Gebiete links der Donau dem Königreich Württemberg zugeschlagen, die rechte Seite des Flusses blieb beim Königreich Bayern. Besonders für das damalige Ulm bedeutete dies die Abtrennung des heutigen Neu-Ulm, schließlich floss schon damals die Donau mitten durch die Stadt.



Der Blautopf (Blaubeuren, Alb-Donau-Kreis) ist die zweitwasserreichste Karstquelle Deutschlands – und gleichzeitig Ausgangspunkt eines ausgedehnten Höhlensystems



Der Federsee bei Bad Buchau: vermutlich ältestes Naturschutzgebiet in Baden-Württemberg

Napoleon konnte die Menschen nicht trennen

Trotz dieser napoleonischen Grenzziehung blieben die Menschen beiderseits von Donau und Iller auch während der letzten 200 Jahre stark verbunden. Besonders gilt dies für den östlichen Teil des Landkreises Biberach und Memmingen sowie für den Raum zwischen Illertissen und Ulm/Neu-Ulm. Die Überquerung der Grenze zwischen den beiden Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern gehört bis heute für viele zum täglichen Ritual. Mehr als 44.000 Menschen aus der Region Donau-Iller pendeln täglich über die Landesgrenze hinweg zur Arbeit.

Aber nicht nur die Menschen pflegen einen regen Austausch über die Landesgrenze, auch Wirtschaft und Verwaltung sind eng miteinander verknüpft. Besonders deutlich wird dies an der Doppelstadt Ulm/Neu-Ulm. Bereits seit Jahren existiert ein Stadtentwicklungsverband mit einheitlichem Standortmarketing und gemeinsamer Wirtschaftsförderung. Auch der öffentliche Personennahverkehr und die Stadtwerke sind gemeinsame Sache.

Staatsvertrag zwischen Bayern und Baden-Württemberg seit 1973

Kein Wunder also, dass man sich früh entschloss, auch in der Regionalplanung über die Ländergrenze hinweg zusammenzuarbeiten. Bereits im Jahr 1973 wurde die Region Donau-Iller durch einen Staatsvertrag zwischen Bayern und Baden-Württemberg gegründet und war damit die erste Ländergrenzen überschreitende Region in Deutschland. Seitdem bilden der Alb-Donau-Kreis, der Landkreis Biberach und der Stadtkreis Ulm den baden-württembergischen Teil sowie die Landkreise Günzburg, Neu-Ulm, Unterallgäu und die kreisfreie Stadt Memmingen den bayerischen Teil der Region Donau-Iller.

Bei Gründung des Verbandes wurde auf ein ausgewogenes Stimmenverhältnis in der Versammlung zwischen bayerischem und baden-württembergischem Teil geachtet, um kein Ungleichgewicht aufkommen zu lassen. Es hat sich aber herausgestellt, dass es stets ein Miteinander statt ein Gegeneinander war: seit Bestehen des Verbandes kam es kein einziges Mal zu einer Kampf Abstimmung zwischen den Vertretern der beiden Bundesländer.

Der gemeinsame Regionalplan als zentrales Instrument

Das zentrale Instrument der gemeinsamen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bildet der Regionalplan. Darin werden die fachplanerischen Zielsetzungen bestimmt, räumlich ausgeformt sowie die landesplanerischen Vorgaben konkretisiert und umgesetzt. Dazu zählen Verkehrs-, Umwelt- und Siedlungsplanung genauso wie eine einheitliche Vorgehensweise bei der Suche von regionalbedeutsamen Standorten wie beispielsweise für Windkraftanlagen, Rohstoffabbau oder für große Wirtschaftsbetriebe und Einzelhandel.



Über die Kernaufgabe des Regionalplans hinaus wird in der Region Donau-Iller in zahlreichen weiteren Themenfeldern grenzüberschreitend gedacht und gearbeitet. So gab der Verband im Jahr 2009 eine Zukunftsstudie in Auftrag, welche sich mit den Chancen und Risiken der Zukunft in der Region auseinandersetzt.

Die gewachsene Struktur aus gesunden mittelständischen Betrieben und zahlreichen Unternehmen, manche davon Weltmarktführer in ihren Bereichen, lassen die Region Donau-Iller als attraktiven Arbeitsmarkt dastehen. Die Region Donau-Iller hat stets äußerst geringe Arbeitslosenzahlen zu vermelden und rangiert deswegen im deutschlandweiten Vergleich immer ganz oben. Der Maschinenbau und die Metallverarbeitung mit insgesamt mehr als 61.000 Beschäftigten bilden zusammen mit der pharmazeutischen Industrie (über 11.000 Beschäftigte) die drei Leitbranchen der Region und stellen besonders viele krisenfeste Arbeitsplätze. Zahlreiche alteingesessene Unternehmen aus dem Nutzfahrzeugbau und dem Holzgewerbe tragen zur Branchenvielfalt bei.

Produkte aus der Region in aller Welt

Viele Produkte aus der Region Donau-Iller sind in ganz Deutschland und auf der Welt zu finden. Herausragend sind Kräne und Baufahrzeuge der Firma Liebherr sowie Verschaltungen von Peri, die auf Baustellen weltweit zu finden sind. Auch die Metallwarenfabrik Wanzl, welche jährlich 1,8 Millionen Einkaufswagen produziert, ist einer dieser Weltmarktführer. Aus dem Pharmabereich sind bedeutende Unternehmen in der Region ansässig: Ratiopharm, Boehringer Ingelheim und Rentschler bieten Arbeitsplätze für hochqualifiziertes Personal und tragen zum wirtschaftlichen Erfolg der Region bei.

Die Flüsse Donau und Iller als Namensgeber

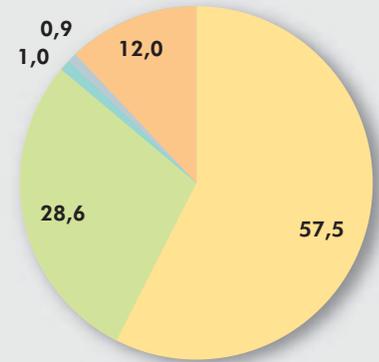
Namensgebend für die Region waren die Donau, welche von Riedlingen über Ehingen nach Günzburg fließt, und die Iller, welche aus dem Allgäu kommend an Memmingen vorbeifließt und in Ulm in die Donau mündet. Diese zwei Flüsse und die letzte Eiszeit prägten die heutige Landschaft in besonderer Weise.

Zwei große Naturräume gliedern die Region Donau-Iller in abwechslungsreiche, einem ständigen Wandel der Oberflächenformen unterworfenen Landschaften. Im Nordwesten der Region ragt die Schwäbische Alb mit ihren Kalkschichten im Untergrund bis auf eine Höhe von über 800 m. Die Lösung des Kalks im Untergrund bildete eine Vielzahl von ober- und unterirdischen Formen, den so genannten Karsterscheinungen. Die Vielzahl von Klüften und Höhlen, Trockentälern und bewaldeten Hügeln macht den rauen Charme der Schwäbischen Alb aus und bildet so eine reizvolle Landschaft. Der Bereich der Schwäbischen Alb ist eher dünn besiedelt und bis auf wenige Ausnahmen noch stark von Land- und Forstwirtschaft geprägt.

Den zweiten großen Naturraum im gesamten Süden und Südosten der Region bildet die Donau-Iller-Lech-Platte. Dieser Teil des Voralpenlands war im Tertiär vom Meer bedeckt, in das die Alpenflüsse ihre Sedimentfracht ablagerten. So entstanden die Molasseschichten, die im Untergrund als Sandsteine, Kalke und Mergel bis in Tiefen von vier Kilometer reichen. Die heutige Oberflächenstruktur entstand hauptsächlich durch die Gletscher, die sich in den verschiedenen Kaltzeiten von den Alpen bis an die Donau erstreckten. Diese Gletscher überfuhren mehrfach den Untergrund und hinterließen so den glazialen Formenschatz mit zahlreichen Grund- und Endmoränen, Seen, Mooren und Kuppen. Die Gletscher lagerten in großen Mengen Gerölle, Kiese und Sande ab, die heute der Rohstoffindustrie als Grundlage dienen.



Flächennutzung in %



- Siedlung und Verkehr
- Wald
- Landwirtschaft
- Wasser
- Sonstige

Regionsfläche (qkm)	5.464
Gesamtzahl der Städte und Gemeinden	205
Einwohnerzahl Stand 06/2010	963.862
Einwohner/qkm	176
Anteil unter 18 Jahre	18,9%
Anteil 65 Jahre und älter	18,8%
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	352.626
Anteil am BIP des Landes (nur baden-württ. Teil der Region Donau-Iller)	5,2%



Regionalverband Donau-Iller
 Schwambergerstr. 35
 89073 Ulm
 Telefon: 07 31 / 1 76 08-0
 Telefax: 07 31 / 1 76 08-33
 www.rvdi.de
 sekretariat@rvdi.de

Mineralische Rohstoffe bleiben im Fokus

An Donau und Iller wird nachhaltig mit Kies, Sand und Kalkstein umgegangen

Mit einer strategischen Umweltprüfung wurde der Teilregionalplan Rohstoffsicherung auf nachvollziehbare Datengrundlagen gestellt. Ziel war auch die bessere Akzeptanz der zu sichernden Abbaugebiete.

Die nachhaltige Sicherung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen ist ein wichtiges Ziel der Regionalplanung. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Ein regionalplanerisches Instrument zur Erreichung dieses Anspruches ist die Strategische Umweltprüfung, die auf einer EU-Richtlinie basiert.

Wer den Begriff „oberflächennahe mineralische Rohstoffe“ hört, denkt sicherlich zuallererst an Kiese und Tone, die in der Bauindustrie Verwendung finden. Aber auch Rohstoffe wie Sande finden sich in Glasprodukten, Reinigungsmitteln, Farben und sogar in Mikrochips. Kalk in gebrochener und gemahlener Form wird zur Düngung und Bodenverbesserung in der Forst- und Landwirtschaft verwendet und findet sich auch in Zahnpasta, Radiergummis und Gummibärchen.

Wo kommen diese Rohstoffe her? Auf der Schwäbischen Alb im Nordosten der Region haben urzeitliche Ablagerungen im Molassemeer des Tertiärs einen großen Vorrat an Kalkgesteinen gebildet. Die Schmelzwasserflüsse der Gletscher lagerten im Laufe der letzten Eiszeit südlich der Donau alpine Kiese und Sande ab. Der Untergrund in der Region hat also viel zu bieten. Beim Abbau dieser Rohstoffe können sich aber durch Eingriffe z. B. in Natur und Landschaft z. T. erhebliche Konflikte ergeben.

Für die wirtschaftliche Weiterentwicklung unseres Landes gilt eine gesicherte Versorgung mit oberflächennahen mineralischen Rohstoffen als unverzichtbare Voraussetzung. Deshalb werden auch in Zukunft die in der Region Donau-Iller in großem Umfang vorkommenden Rohstoffe wie z. B. Kies und Sand, Kalkstein sowie Ton oder Lehm trotz der damit teilweise verbundenen ökologischen Risiken zur Rohstoffversorgung benötigt.

Der oberflächennahe Rohstoffabbau wurde bisher vor allem von Konflikten mit anderen Flächenansprüchen wie z. B. Naturschutz, Erholung, Land- und Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft oder Siedlung geprägt. Die vom Abbau ausgehenden Belastungen der Umwelt werden durch die Gewinnung, die Verarbeitung und den Transport verursacht und können durch eine Rekultivierung oder Renaturierung nur zum Teil wieder ausgeglichen werden. Dies erweckt zunehmend die kritische Aufmerksamkeit der Bevölkerung. Die Steine- und Erdenindustrie beklagt hingegen die anhaltend schwieriger werdende Erschließung von Rohstofflagerstätten. Das Ziel der Regionalplanung ist es deshalb, einen fairen und für alle Seiten akzeptablen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen frühzeitig herbeizuführen.

Die Siedlungsentwicklung und der Kiesabbau stehen häufig miteinander im Konflikt.





Kies- und Lehmabbau greifen stark in die Landschaft ein und stehen oft im Konflikt mit Natur- und Landschaftsschutz

Strategische Umweltprüfung im Planungsprozess

Die regionalplanerische Sicherung von Bereichen für den oberflächennahen Rohstoffabbau wird in Zukunft aufgrund der sich rasch verändernden Flächenansprüche und der damit einhergehenden zunehmenden Konfliktintensität noch schwieriger werden. Die bisher geübte Praxis, nur eher willkürlich abgegrenzte Flächen wie z. B. Interessengebiete der Rohstoffindustrie zu prüfen, kann bereits seit geraumer Zeit den Anforderungen nicht mehr genügen. Eine flächendeckende bzw. gesamtträumliche Planung unter Einbeziehung der Strategischen Umweltprüfung war deshalb auch Grundlage der 2006 in Kraft getretenen 3. Teilfortschreibung des Regionalplans Donau-Iller zur „Gewinnung und Sicherung von Bodenschätzen“.

Das methodische Vorgehen

Nach der EU-Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung (SUP-RL), die durch Änderung des Raumordnungsgesetzes in nationales Recht umgesetzt wurde, ist parallel zur Erarbeitung des Regionalplans ein Umweltbericht zu erstellen. Darin werden die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen, welche die Durchführung des Plans auf die Umwelt hat, sowie vernünftige Alternativen, welche die Ziele und den geographischen Anwendungsbereich des Plans berücksichtigen, ermittelt, beschrieben und bewertet.

Zur Frage nach den vernünftigen Alternativen gibt das Raumordnungsgesetz insofern Antwort, als eine nachhaltige Raumentwicklung die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringen soll. Eine nachhaltige Sicherung von Rohstoffen im eigentlichen Sinne gibt es allerdings nicht, da diese Rohstoffe im Zeitraum des Abbaues nicht regeneriert werden können. Deshalb konnte es im regionalen Rahmen nur um einen möglichst sparsamen und haushälterischen Umgang mit den Bodenschätzen bei weitgehender Schonung der übrigen Ressourcen gehen. Dies ist nur mit einem flächendeckenden Planungsansatz möglich, bei dem zunächst alle möglichen Alternativen ermittelt werden.

Zur Konzeption eines flächendeckenden Planungsansatzes waren im Rahmen der Teilfortschreibung des Regionalplanes Donau-Iller die in einem ersten Schritt zu prüfenden Kriterien unter Berücksichtigung des Prinzips der Nachhaltigkeit zu strukturieren: in Tabuflächen und die Schutzgüter wie Pflanzen und Tiere, Wasser oder Landschaft. Neben den ökologischen Aspekten war im Rahmen der regionalen Rohstoffsicherung auch der ökonomische Aspekt, d. h. alle erfassten Lagerstätten einzubeziehen, damit im Umweltbericht eine Abwägung aller abbauwürdigen Flächen sowie aller den Rohstoffabbau ausschließenden Belange durchgeführt werden konnte. Dazu waren allerdings lückenlose und

„Rohstoffsicherung“ – Teil-Regionalpläne behandeln Kiesabbau, Sande und Stein

Rohstoffsicherung ist in den Mittelgebirgs-lagen der Schwäbischen Alb und den Kiesabbaugebieten der Flussebenen von Donau und Rhein ein besonderes Thema für die Regionalverbände. Lange schon befassen sich in Baden-Württemberg u. a. die gewässerreichen Regionen Bodensee-Oberschwaben, Donau-Iller, sowie der Südliche und der Mittlere Oberrhein mit flussnahe Kiesabbau. Die Teil-Regionalpläne „Rohstoffsicherung“ in Sachen Kies – exemplarisch – im Überblick:

Region Bodensee-Oberschwaben:

Der Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe ist seit August 2003 verbindliche Planungsgrundlage für den Abbau von Rohstoffen in der Region. Er legt 56 Schutzbedürftige Bereiche und 19 Sicherungsbereiche für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe fest.

Region Donau-Iller: Die 3. Teilfortschreibung des Regionalplans zur Gewinnung und Sicherung von Bodenschätzen ist seit Juli 2006 in Kraft. Für den Abbau von Kies und Sand wurden im baden-württembergischen Teil der Region 34 Abbaugelände mit einer Gesamtfläche von 660 ha (107 ha Nassabbaufläche) gesichert.

Region Hochrhein-Bodensee: Der Teilregionalplan „Oberflächennahe Rohstoffe“ für die Region Hochrhein-Bodensee ist mit der Veröffentlichung Mai 2005 verbindlich geworden. Zur Sicherstellung der Versorgung mit oberflächennahen Rohstoffen werden 38 Abbaugelände und zusätzlich 25 Gebiete festgesetzt.

Region Mittlerer Oberrhein: Im Regionalplan Mittlerer Oberrhein 2003 sind 186 ha als Schutzbedürftige Bereiche für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (Abbaugelände) festgelegt. Hiervon sind 82 ha bereits abgebaut, konzessioniert oder befinden sich im Verfahren. Es handelt sich vor allem um Kies- und Sandabbau.

Region Südlicher Oberrhein: Der Oberrheingraben ist das bedeutendste Gewinnungsgebiet für Kies und Sand in Baden-Württemberg. Seit 1998 ist der Teilregionalplan „Nachtrag Kies und Sand“ rechtskräftig – Kies und Sand werden derzeit an insgesamt 44 Standorten des Verbandsgebietes gewonnen.

flächendeckende Informationen gleicher Qualität für die gesamte Region erforderlich. Diese Tatsache bildete in der Ländergrenzen überschreitenden Region mit seinen in den baden-württembergischen und bayerischen Landes-teilen sehr unterschiedlichen Herangehensweisen der einzubeziehenden Fachbehörden eine besondere Herausforderung.

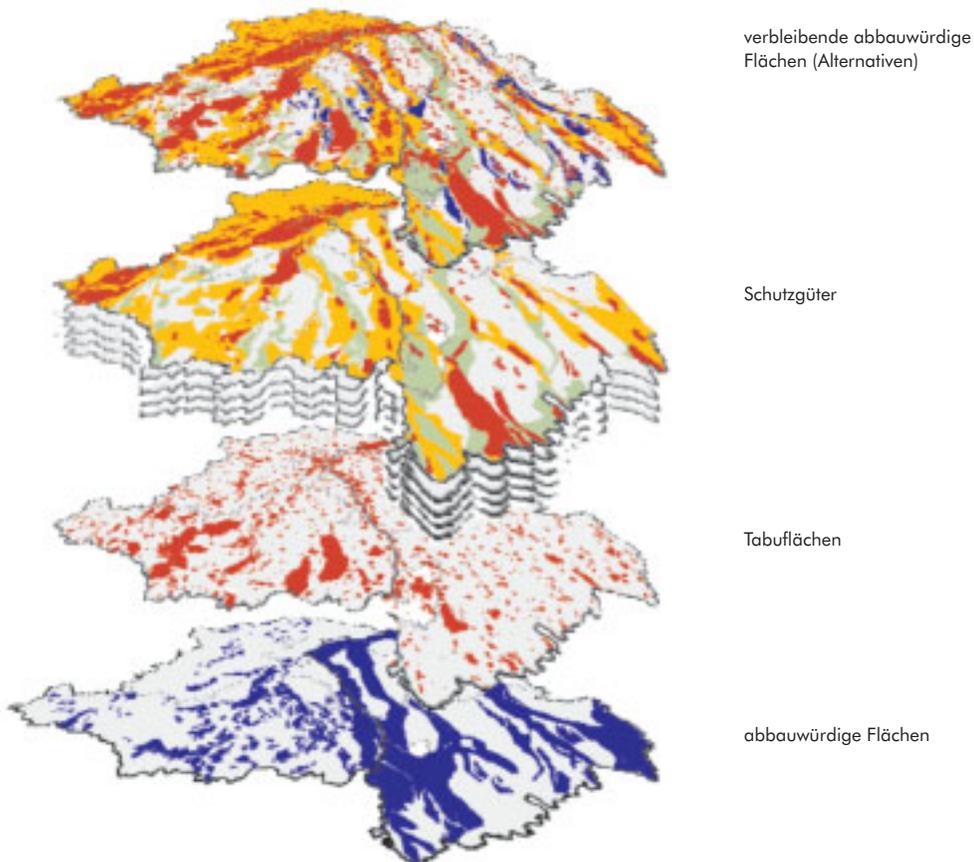
Wie in der untenstehenden Abbildung der praktischen Umsetzung ersichtlich, wurden die zu prüfenden Schutzgüter und abbauwürdigen Gebiete flächendeckend in verschiedene Wertstufen bewertet. Dadurch war z. B. beim Massenrohstoff „Kies“ zunächst eine stufen- bzw. wechselweise Abwägung zwischen positivem und negativem Bewertungsansatz – das heißt zwischen den Belangen der Ökonomie und Ökologie – unter Berücksichtigung jeweils gleicher Beurteilungsmaßstäbe sowie einer die Prinzipien der Nachhaltigkeit berücksichtigenden Rohstoffbedarfsprognose möglich.

Zur Umweltverträglichkeit der Planung

Bei der praktischen Umsetzung der Planungsmethode ergab sich nach Überlagerung der Tabuflächen und aller in drei Stufen der Schutzwürdigkeit bewerteten Flächen der Schutzgüter über die abbauwürdigen Flächen kein dem prognostizierten Rohstoffflächenbedarf entsprechendes Ergebnis. Erst nach dem Verzicht auf die nachrangige Wertstufe aller Schutzgüter bestand ein im Hinblick auf die bedarfsgerechte Rohstoff-sicherung ausreichender Abwägungsspielraum.

In der Abbildung rechts sind nur noch die Schutzgüter der beiden höchsten Wertstufen berücksichtigt und dargestellt. Die verbleibenden abbauwürdigen blauen Flächen (Alternativen) gehen jetzt weit über den prognostizierten Flächenbedarf hinaus. Eine Auswahl zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten konnte nun unter Berücksichtigung weiterer Kriterien sowie der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Beteiligungsverfahren getroffen werden.

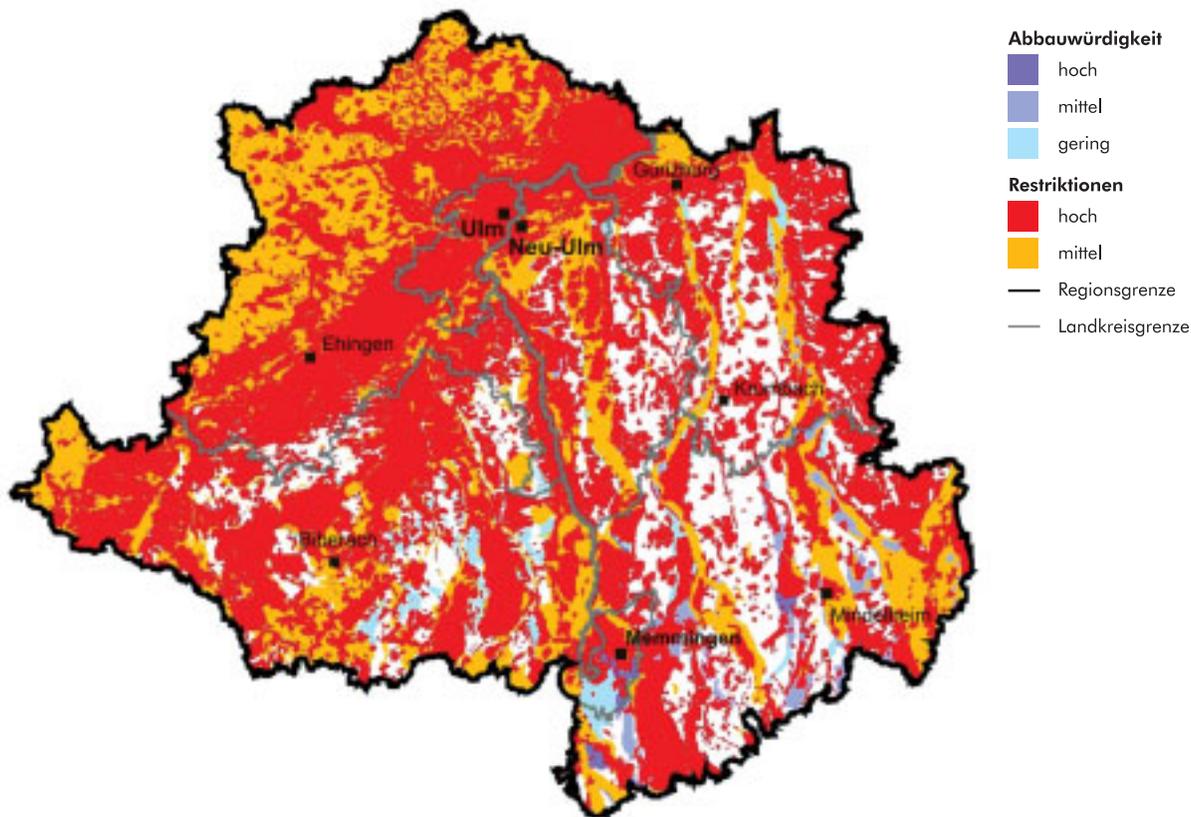
Praktische Umsetzung der Planungsmethode



Zur Nachhaltigkeit der Planung

Wie auch im Vergleich zu den nachträglich geprüften Beeinträchtigungen durch die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete im Regionalplan von 1987 im aktuellen Umweltbericht (www.rvdi.de -> Projekte -> Umwelt -> SUP) dokumentiert, wurde trotz der jetzt umfangreicheren Flächensicherung der 3. Teilfortschreibung des Regionalplans eine insgesamt geringere ökologische Gesamtbelastung erreicht. So wurde im Vergleich zu den entsprechenden Festlegungen im vorausgehenden Regionalplan die Inanspruchnahme z. B. von Natur- oder Wasserschutzgebieten (damals ca. 8 %, jetzt 2 % der Gesamtfläche), Biotopflächen (damals ca. 8 %, jetzt 4 %) und Flächen des Schutzgutes Grundwasser (damals ca. 35 %, jetzt ca. 30 %) z. T. erheblich reduziert.

Verbleibende restriktionsarme abbauwürdige Kies- und Kalkvorkommen (Alternativen)



Der Grund dafür lag u. a. in der größeren räumlichen Flexibilität des jetzt praktizierten flächendeckenden Ansatzes sowie in den im Vergleich zu den bisher berücksichtigten Schutzgebieten (ca. 2.000 km²) erheblich umfangreicheren Flächen der jetzt im Rahmen der SUP bewerteten Schutzgüter (ca. 5.200 km²). Die damit auf eine breitere Basis als bisher gestellte Abwägung und mögliche Optimierbarkeit aller planerischen Belange führte zur Schonung der von der Abbaubranche begehrten Bereiche der Region wie z. B. dem Federseegebiet bei Bad Buchau, dem Donautal nordöstlich von Ulm, dem Mindeltal oder dem Donaumoos bei Günzburg und die Konzentration des zukünftigen Abbaus auf die aus ökologischer Sicht vertretbaren Bereiche.

Als weiterer wichtiger Aspekt der Nachhaltigkeit kommt hinzu, dass auch die ökonomischen und sozialen Aspekte einer nachhaltigen Planung im Vergleich zu den entsprechenden Ergebnissen des Regionalplans von 1987 verbessert werden konnten. Wie im Umweltbericht nachvollziehbar

dokumentiert wurde, liegt inzwischen nicht nur die insgesamt ausgewiesene Fläche der Abbaubereiche höher, sondern es nahm auch die Anzahl der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete zu. Damit wurde – soweit dies auf regionalplanerischer Ebene möglich ist – die Wahrscheinlichkeit von Betriebsstilllegungen und die damit verbundene Gefahr des Verlusts von Arbeitsplätzen verringert.

Schlussfolgerung aus dem Beispiel Donau-Iller

Bei der Rohstoffsicherungsplanung gilt die Besonderheit, dass sich hier im Gegensatz zu anderen sektoralen, raumbedeutsamen und umwelterheblichen Vorhaben keine eigene Fachplanung gebildet hat und deshalb die Regionalplanung in diesem Bereich an die Stelle einer Fachplanung tritt. Dementsprechend wirkt sich der Druck einer Vielzahl von Akteuren aus, das Planungsergebnis jeweils in ihrem Sinne zu beeinflussen. Wie jedoch die umfangreichen Vorabstimmungen und später die Auswertung der Beteiligung der

Planungsträger gezeigt haben, führte der gewählte flächendeckende Planungsansatz zu einer weitgehenden Akzeptanz bei allen vom Rohstoffabbau betroffenen Kommunen und Fachbehörden sowie der Rohstoffwirtschaft.

Ein weiterer Vorteil des flächendeckenden Planungsansatzes lag z. B. darin, dass die nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der Europäischen Union festgelegten FFH-Gebiete im Rahmen der Abwägung ausgeschlossen werden konnten, d. h. sie überschneiden sich nicht mit den festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Abbau von Rohstoffen. Das beschriebene Vorgehen war in der Folge auch Grundlage für die 4. Teilfortschreibung des Regionalplans zur „Nutzung der Windkraft“. Der flächendeckende Planungsansatz wird auch der Gesamtfortschreibung des Regionalplans Donau-Iller zu Grunde gelegt.

Eine Region in Baden-Württemberg ganz oben

Wie sich der Main-Tauber-Raum und Heilbronn heute in regionaler Vielfalt ergänzen

Die Region Heilbronn-Franken liegt im Norden Baden-Württembergs und schiebt mit dem Main-Tauber-Kreis ihre ‚Spitze‘ in das benachbarte Bayern. Die gemeinsame Grenze mit Bayern beträgt 342 Kilometer. Der Main lässt auch heute noch Grenzen spüren, gibt es doch entlang der nördlichen Regionsgrenze zwischen Freudenberg und Wertheim nur drei Brücken über den Fluss in das Nachbarland. Auch administrativ sind Grenzen wirksam, überlagern sich hier doch Gemeinde-, Kreis-, Regions-, Regierungsbezirks- und Landesgrenze. Über Grenzen hinaus zu schauen fällt so oft schwerer als der Blick nach innen.

Die Wertheimer blicken eher nach Bayern

Die Menschen jedoch nehmen Grenzen heute kaum noch wahr. Persönliche Freiheit und Mobilität lassen Grenzen schwinden. Über Jahrhunderte gewachsene historisch-traditionelle Beziehungen bleiben tief verwurzelt. So ist der Main-Tauber-Raum bis heute stärker auf das nahe bayerische Würzburg ausgerichtet als auf das entfernte Oberzentrum Heilbronn der Region Heilbronn-Franken.

Heilbronn liegt im Südwesten der Region und nimmt als Oberzentrum zahlreiche überörtliche Funktionen wahr – wie Arbeitsplätze, Gesundheitsversorgung, Ausbildung, Versorgung/Einkaufen usw. Gut 120.000 Einwohner leben hier, knapp doppelt so viel sind es im Verdichtungsraum Heilbronn. Der Landkreis Heilbronn und die Stadt Heilbronn, der Hohenlohekreis und der Landkreis Schwäbisch Hall bilden den großen

übrigen Teil der Region Heilbronn-Franken, deren Landschaften und Topographie prägend sind für die Region.

Der Kraichgau und das Zabergäu, der Neckartalraum, die Löwensteiner Berge, die Hohenloher Ebene, die tief eingeschnittenen Täler von Jagst und Kocher, das Limpurger Land und die Frankenhöhe bilden den Spannungsbogen dieses Raumes, der zugleich auf eine vielfältige historisch-kulturelle Vergangenheit zurückblickt. Die Siedlungen und Städte entstanden überwiegend in den Talagen, während die Hochebenen und die bewaldeten Höhenzüge dünn besiedelt blieben.

Nach Fläche vorne, nach Einwohnern fünftgrößte Region

Die Region Heilbronn-Franken ist die größte Region in Baden-Württemberg. 883.000 Einwohner leben hier. Mit durchschnittlich 185 Einwohnern je Quadratkilometer ist die Region dünner besiedelt als Baden-Württemberg oder die Bundesrepublik. Tatsächlich ist die Besiedlung in vielen Teilen der Region aber noch geringer: 40 Einwohnern in Creglingen stehen 1.226 Einwohner/qkm in Heilbronn gegenüber – ein Gegensatz, der die Region ebenfalls prägt und dazu führt, dass vier Fünftel der Region zum Ländlichen Raum gehören und mehr als die Hälfte der Bevölkerung hier lebt.

Ländlicher Raum – ein Begriff, mit dem oft eine gewisse Geringschätzung verbunden war. Die ehemaligen ‚Armenhäuser‘ haben sich in den vergangenen 20, 30 Jahren zu selbstbewussten Teilräumen entwickelt, die in ihrer Dynamik, ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, ihrem Bevölkerungs- und Arbeitsplatzzuwachs ganz wesentlich zur prosperierenden Entwicklung und politischen Stabilität beitragen. Über die ganze Region verteilt, vielfach in kleinen Siedlungen, finden sich zahlreiche Betriebe, die als kleine und mittelgroße Unternehmen ganz überwiegend zum Mittelstand zählen. Durch Spezialisierung und Besetzen von Marktnischen haben sich viele



Brücken schaffen Verbindungen und neue Standortqualitäten: Kochertalbrücke der A 6



Heilbronn-Franken hat viele Städte mit reicher Geschichte: Gundelsheim am Neckar



Natur, so weit das Auge reicht – Blick über die Tauberhöhen südlich von Bad Mergentheim



von ihnen zu Weltmarktführern entwickelt, was zu einer außergewöhnlich hohen Dichte von „hidden champions“ in der Region Heilbronn-Franken geführt hat.

Ländlicher Raum mit Qualitäten – und wenig Auspendlern

Auch als Wohnstandort hat der Ländliche Raum Qualitäten, vereint er doch relativ viel Wohnfläche pro Kopf, eine hohe Eigentumsquote und ein weitgehend intaktes soziales Umfeld mit einer Landschaft, die viel Freiraum, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten bietet. Die ausgewogene Wirtschaftsstruktur führt dazu, dass die Zahl der Auspendler aus der Region relativ gering ist. Allerdings bedingt das Leben im Ländlichen Raum eine vergleichsweise hohe individuelle Mobilität über oft größere Entfernungen, um Wohnen, Arbeiten, Ausbilden, Einkaufen und Freizeit miteinander vereinbaren zu können. Mit ca. 72 Kraftfahrzeugen je 100 Einwohnern ist die Fahrzeugdichte entsprechend hoch.

Daneben bleibt die Landwirtschaft mit ihren Äckern, Wiesen und Weinbergen das landschaftlich bestimmende Bild. Dennoch ist ihre wirtschaftliche Bedeutung in den vergangenen Jahrzehnten stetig zurückgegangen. Bei immer weniger, aber immer größer werdenden Betrieben hat sich die Zahl der Beschäftigten seit 1980 halbiert. Sie sind erfolgreich vom produzierenden Sektor oder vom Dienstleistungsbereich aufgenommen worden.

Heilbronn-Franken hat mit über 4000 km das längste überörtliche Straßennetz aller Regionen, davon 188 km Autobahnen. Die Größe der Region und der hohe Anteil dünn besiedelten Raums mit seinem dichten Straßennetz sind wesentliche Gründe dafür. Die Autobahnen A 6 und A 81 erschließen die Region von West nach Ost und von Nord nach Süd und binden sie zusammen mit den tangierenden Autobahnen A 3 und A 7 in das großräumige bundesdeutsche Straßennetz ein. So wie die Eisenbahn vor 150 Jahren einen wirtschaftlichen Schub auslöste, so hat der Bau der Autobahnen in der Region einen Entwicklungsschub durch neue Verkehrsbeziehungen,

schnellere Überwindung großer Entfernungen, die problemlose Überwindung tiefer Täler und neue Möglichkeiten der Siedlungsentwicklung aus den engen Tallagen hinaus auf die Höhen ausgelöst.

Das Schienennetz dagegen erschließt die Region, wie im vorletzten Jahrhundert angelegt, weitgehend in den Tallagen und damit zahlreiche Städte und Siedlungen. Seit Jahren ist die Region jedoch unbefriedigend in das bundesdeutsche Schienenfernverkehrsnetz eingebunden, der Zugang zum Fernverkehr kann nur über die Verkehrsknoten außerhalb der Region erfolgen.

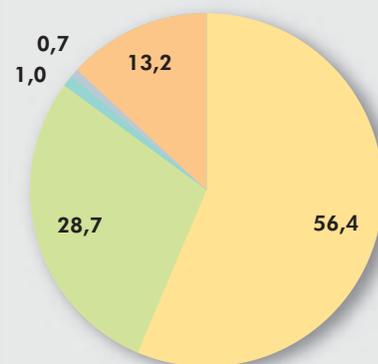
Welches Potenzial die Schiene hat, zeigt die Stadtbahn im Raum Heilbronn. Eine Erfolgsgeschichte, die vor allem durch die Akzeptanz der Menschen geschrieben wird.

Mit Neckar und Main hat die Region Zugang zu zwei Binnenwasserstraßen. Der Hafen in Heilbronn schlägt die Hälfte aller Güter auf dem Neckar um. Seine Zukunftsfähigkeit wird durch die begonnene Verlängerung der 27 Schleusen und das neue Containerterminal gesichert.

Gegensätze und Vielfalt, eine bewegte Vergangenheit und die dynamische Gegenwart sind die treibenden Kräfte, welche die Region Heilbronn-Franken formen und zusammenhalten. Dabei steht die Region im Norden des Landes vor besonderen Herausforderungen: Die künftige Entwicklung, die vor allem durch eine starke Veränderung der Bevölkerung bestimmt sein wird, kann deshalb nur erfolgreich bewältigt werden, wenn darauf eine noch stärkere Zusammenarbeit aufbaut.



Flächennutzung in %



- Siedlung und Verkehr
- Wald
- Landwirtschaft
- Wasser
- Sonstige

Regionsfläche (qkm)	4.765
Gesamtzahl der Gemeinden	111
Einwohnerzahl Stand 12/2009	883.402
Einwohner/qkm Stand 12/2009	185
Anteil unter 18 Jahre	18,69%
Anteil 65 Jahre und älter Stand 12/2009	18,90%
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Stand 06/2010	329.172
Anteil am BIP des Landes Stand 2008	8,27%



Regionalverband Heilbronn-Franken
Frankfurter Str. 8
74072 Heilbronn
Telefon: 0 71 31 / 62 10-0
Telefax: 0 71 31 / 6210-29
www.regionalverband-heilbronn-franken.de
info@regionalverband-heilbronn-franken.de

Demografischer Wandel hat einen langen Atem

Zu wenig Zuwanderung und Geburten: Die Herausforderung für den Ländlichen Raum

In der Region Heilbronn-Franken kann man – wie überall – den demografischen Wandel spüren. Die regionalen Akteure begleiten die Veränderung, erkennen Chancen – und entwickeln einen „Pakt Zukunft“ für den gesamten Raum

Demografischer Wandel, alternde und buntere Gesellschaft, Schrumpfungsprozess – Schlagworte, die uns in den letzten Jahren zunehmend im Alltag begegnen. Jeder verbindet damit etwas anderes, meistens aus dem eigenen Lebensbereich. Dabei wird schnell deutlich: Fast alle Lebensbereiche sind betroffen, ob Wirtschaft oder Politik, ob Verkehr oder Wohnungsbau, ob Rente oder Altenpflege – immer mehr rückt die künftige Bevölkerungsentwicklung in das Blickfeld und erfordert neue Antworten.

Deutschland hat seit über drei Jahrzehnten eine Geburtenrate, die nicht ausreicht, um den Bevölkerungsstand zu erhalten. Gleichzeitig werden die Menschen dank des medizinischen Fortschritts immer älter, denn die Lebenserwartung Neugeborener steigt um ca. ein Jahr pro Jahrzehnt. Damit steht Deutschland weltweit nicht alleine da, wenngleich die Geburtenrate im internationalen Vergleich sehr niedrig ausfällt.

Bevölkerungsentwicklung ist beeinflusst von Wanderung und Geburten

Wären nur diese beiden Faktoren bestimmend, würde die Bevölkerung in Deutschland schon lange schrumpfen. Ein dritter Faktor kann jedoch die Bevölkerungsentwicklung maßgeblich beeinflussen – die Zu- und Abwanderung. Ist die Zuwanderung höher als die Abwanderung – und das war sie über viele Jahre – kann sie den Rückgang der Bevölkerung stoppen oder zumindest verringern.

Blicken wir auf die Region Heilbronn-Franken, so hebt sie sich in doppelter Hinsicht vom bundesweiten Trend ab: Zum einen hat sie traditionell eine höhere Geburtenrate als Deutschland oder Baden-Württemberg. Dennoch reicht die Geburtenrate auch hier seit über drei Jahrzehnten nicht mehr aus, um den Bevölkerungsstand zu erhalten. Zum anderen profitierte sie von einem außerordentlich hohen Zuwanderungsstrom in den 1990er Jahren und zu Beginn des neuen Jahrtausends.

Im Zeitraum 1989 bis 2005 wuchs die Regionsbevölkerung um gut 151.000 Einwohner. Zeitweise kamen fast 20.000 Menschen pro Jahr mehr in die Region, um hier zu arbeiten und zu wohnen, als gleichzeitig die Region verließen. Das bedeutet, Heilbronn-Franken wuchs jährlich um eine Bevölkerung, die der Einwohnerzahl der Stadt Brackenheim im Landkreis Heilbronn entspricht.

Zuwanderungsstrom nach der deutschen Wiedervereinigung

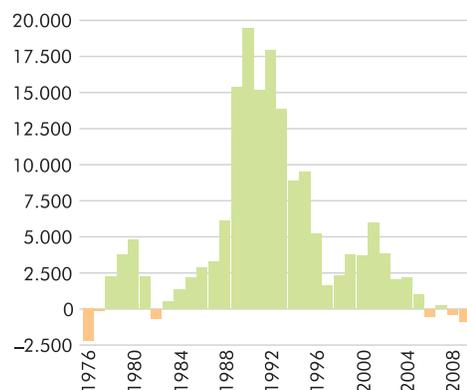
Dieser gewaltige Zuwanderungsstrom war ausgelöst durch die deutsche Wiedervereinigung, die Grenzöffnung nach Osteuropa und die wirtschaftlichen Boomjahre in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Städte und Gemeinden, Region und Wirtschaft bemühten sich vor allem darum, diese außergewöhnliche und nicht vorhersehbare Situation zu bewältigen. Jedoch ist in diesen stürmischen Zeiten in den Hintergrund



gerückt, dass es sich um einen „Ausnahmezustand“ handelte. Ein Ausnahmezustand, der über viele Jahre andauerte, aber einmal zu Ende gehen würde.

Spätestens seit Mitte dieses Jahrzehnts ist die Zuwanderung anhaltend rückläufig. Teilweise war die Zahl der Zuwanderer bereits niedriger als die der Abwanderer. Die Zuwanderungsüberschüsse haben sich heute bei wenigen hundert pro Jahr eingependelt. Das Jahr 2006 brachte die entscheidende Wende: Seit diesem Zeitpunkt gehört auch Heilbronn-Franken – später als die meisten anderen Regionen in Deutschland – zu den Räumen, in denen Zuwanderungsüberschüsse die wachsenden Geburtendefizite nicht mehr ausgleichen können, um die Bevölkerung stabil zu halten. Sie schrumpft und ist seitdem um insgesamt ca. 5.000 Einwohner zurückgegangen; ob dies ein längerfristiger Trend ist, wird sich zeigen müssen.

Wanderungssaldo 1976 – 2009



Unter den Regionen im Land: das zweitjüngste Kind...

Heilbronn-Franken ist durch die Zuwanderung der vergangenen Jahre mit einem Durchschnittsalter von 42,1 Jahren die zweitjüngste Region in Baden-Württemberg und mit einem Anteil der unter 18-Jährigen von 18,7% relativ kinderreich. Die Gesamtbevölkerung dürfte deshalb in den nächsten Jahren noch nicht beträchtlich zurückgehen, vorausgesetzt, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bleiben auf dem derzeitigen Niveau erhalten. Betrachtet man jedoch in einer Prognose bis 2037 die verschiedenen Altersgruppen, so zeichnen sich unterschiedliche und teilweise gravierende Entwicklungen ab: Der Anteil der jungen Bevölkerung nimmt weiter ab, der Anteil der über 60-Jährigen nimmt stetig zu.

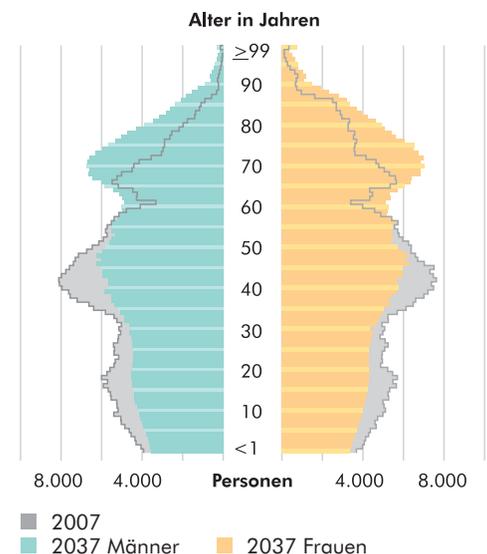
- Während heute die Altersgruppe bis 20 Jahre einen Anteil von 22,4% aufweist, wird ihr Anteil bis 2037 auf ca. 18% sinken. Hier summieren sich die ohnehin geburtenschwachen Jahrgänge und die geringen Geburten je Frau.
- Die Gruppe der 20 – 40-Jährigen wird ähnlich stark abnehmen, da sich in dieser Generation die geburtenschwachen Jahrgänge zwischen 1975 und 1988 niederschlagen.

Immer häufiger verbreitet, Familien mit ein oder zwei Kindern. Und: Gibt es keinen Kindergarten oder keine Kindertagesstätte, werden auch junge Familien mit Kindern nicht mehr zuziehen

Und gleichzeitig zeigt sich bei den Älteren:

- Die Gruppe der 40 – 60-Jährigen wird zunächst noch wachsen – hier wirken sich die Babyboomer-Jahrgänge der 60er- und der ersten Hälfte der 70er-Jahre aus; bis 2037 wird diese Gruppe jedoch auf einen Anteil von ca. 25% an der Regionsbevölkerung abnehmen, da der Nachwuchs aufgrund der geburtenarmen Jahrgänge fehlt und sie selber zunehmend in die Gruppe der über 60-Jährigen wechseln.
- Die Gruppe der über 60-Jährigen wird als einzige wachsen. Dies liegt an dem starken Zuwachs aus der Gruppe der älter werdenden Babyboomer-Jahrgänge, dem Herauswachsen der kriegsbedingt ausgedünnten Männerjahrgänge und der ständig steigenden Lebenserwartung. In 2037 wird diese Gruppe etwa 35% der Regionsbevölkerung ausmachen.

Vergleich der Altersstruktur der Region Heilbronn-Franken 2007 und 2037





Um den Wandel aktiv zu begleiten, wurden unterschiedliche Projekte angestoßen und gefördert, z. B. die qualifizierte Kinderbetreuung.

Die Zahlen zeigen, dass der Veränderungsprozess der Bevölkerung nicht nur ein vorübergehender Effekt ist – Demografie hat einen langen Atem. Der Alterungsprozess hat gerade erst begonnen und wird mehrere Generationen betreffen. Noch wichtiger: Er verstärkt sich laufend aus sich selbst heraus. Selbst ein Allheilmittel würde erst langfristig wirken. Tatsächlich gibt es aber ein solches Mittel nicht – weder sind Nachwuchs noch Zuwanderung in wünschenswertem Maße auf Bestellung zu haben.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Gesellschaft an Wachstum gewöhnt. Jetzt erlebt sie, dass mit der Bevölkerung ein entscheidender Faktor in Deutschland nicht mehr wächst. Lässt man die schwer kalkulierbaren Wanderungsgewinne- und -verluste außer Acht, ergibt sich für die Region Heilbronn-Franken – mit der besagten Prognose bis zum Jahr 2037 – eine völlig veränderte Perspektive.

Auswirkungen auf die Zahl der Kindergärten und Schulen

Der Rückgang der Geburtenzahlen hat unmittelbare Auswirkungen auf die Kindergärten. Ein regionsweiter Verlust von mehr als 4.000 Kindern wird deren Tragfähigkeit zunehmend erschweren, so dass die Schließung einzelner Einrichtungen, vor allem in Teilorten, kaum zu vermeiden sein wird. Gibt es keinen Kindergarten mehr, werden auch junge Familien mit Kindern nicht mehr zuziehen, vielleicht sogar wegziehen.

Als nächstes spüren die Schulen die Welle. Die Zahl der Grundschüler wird um über 7.500 zurückgehen. Dies entspricht rechnerisch ca. 85 einzügigen Grundschulen. Dass damit die Tragfähigkeit von Grundschulen in einzelnen Orten oder in kleineren Gemeinden in Frage gestellt sein wird, ist offensichtlich.

Es folgen die weiterführenden Schulen mit einem erwarteten Rückgang um ca. 13.500 Schüler. Die Hauptschulen werden es besonders schwer haben, da sie bereits heute unter sinkenden Schülerzahlen leiden. Dies trifft die Region Heilbronn-Franken stark, in der noch viele Gemeinden über eine Hauptschule verfügen. Gehen sie verloren, bricht nicht nur eine wichtige kommunale Infrastruktur weg, sondern auch ein wichtiger Teil an Attraktivität. Inwiefern die neu geschaffenen Werkrealschulen diesen Trend aufhalten können, kann gegenwärtig noch nicht beurteilt werden.

Realschulen und Gymnasien können mit der Situation etwas leichter umgehen, da sie in der Regel mehrzügig sind. Schülerrückgang kann gegebenenfalls durch Streichung eines Zugs ausgeglichen werden. Das stellt nicht die ganze Schule in Frage, zumal die Einzugsgebiete dieser Schulen deutlich größer sind. Wo Schülerzahlen abnehmen und Schulstandorte geschlossen werden, werden allerdings die Schulwege länger.

Die Zahl der Senioren im Alter von 65 Jahren und älter nimmt bis 2037 stetig und beschleunigt auf ca. 225.000 Menschen zu.



Nachfrage nach Häusern sinkt – Anteil Hochbetagter wird steigen

Gegenwärtig sind die stärksten Babyboomer-Jahrgänge im Alter zwischen 30 und 45 Jahren. Diese Altersgruppe stellt die stärkste Nachfrage nach Wohnungen und Häusern. Die Nachfrage beginnt schon heute zu sinken, wird aber bei einem zu erwartenden Rückgang um bis zu 59.000 Menschen noch einmal deutlich abnehmen. Weniger Bauherren bedeuten weniger Wohnbauflächen, weniger Bautätigkeit, weniger Investitionen und sinkende Einnahmen für die Gemeinden.

Ganz anders als bei den bisher aufgezeigten Entwicklungen ist die Situation bei den Senioren im Alter von 65 Jahren und älter. Ihre Zahl nimmt bis 2037 stetig und beschleunigt um ca. 95.000 auf dann ca. 255.000 Menschen zu. Der Anteil Hochbetagter mit 85 Jahren und älter wird sich bereits in den nächsten 20 Jahren auf ca. 35.000 Menschen verdoppeln. Daraus ergeben sich neue Herausforderungen für die Politik, für die Kommunen und für die Träger von Altenpflegeeinrichtungen.

Die Dimension des demografischen Wandels ist klar umrissen. Die Entwicklung zu ignorieren, wird nicht zur Lösung der Probleme beitragen, aber ihre Bedeutung wird erst langsam wahrgenommen. Deshalb ist es gut, dass der Umdenkungsprozess in vielen gesellschaftlichen Bereichen begonnen hat. Es gilt weiterhin, Überzeugungsarbeit zu leisten und den Prozess zu begleiten, um neue Chancen zu erkennen. Zielgerichtete Programme auf allen Ebenen helfen dabei, wie beispielsweise auf Landesebene das Ende 2010 beschlossene Aktionsprogramm „Landärzte“, das die ärztliche Versorgung im Ländlichen Raum sichern soll.

„Pakt Zukunft“ der Region betrifft auch die Demografie

Bereits im Jahr 2007 haben sich Wirtschaft, Kommunen, Verbände und Kammern in der Region Heilbronn-Franken zum Pakt Zukunft geschlossen und vereinbart, wichtige Zukunftsthemen gemeinsam voranzutreiben. Zu den Zukunftsthemen gehört auch die „Demografie“. Um den Wandel aktiv zu begleiten, wurden unterschiedliche Projekte angestoßen und gefördert. Von der qualifizierten Kinderbetreuung über die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, von der besseren Integration von Zuwanderern bis zu neuen Formen der Altenpflege und Betreuung reicht die Bandbreite von insgesamt 35 Projekten.



Demografie als Daueraufgabe

Die Region Heilbronn-Franken befasst sich schon seit einigen Jahren mit den Auswirkungen des demografischen Wandels. Herausragend waren dabei zwei Modellprojekte.

MORO-Projekt: In 2006 hat die Region ein Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung abgeschlossen. In den drei Modellgemeinden Bad Mergentheim (Main-Tauber-Kreis), Untergruppenbach und Wüstenrot (beide Landkreis Heilbronn) wurden Krippenplätze und Ganztagsbetreuung ausgebaut, ein Haus der Generationen gegründet und eine bedarfsorientierte Wohngebietsplanung für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf initiiert.

Unternehmen für die Region: In 2007 hat die Bertelsmann-Stiftung die Initiative „Unternehmen für die Region“ ins Leben gerufen, die die Vielfalt unternehmerischen Engagements aufzeigen und zur Nachahmung empfehlen will. Heilbronn-Franken ist Modellregion für Projekte zum demografischen Wandel und zur Integration.

Über Grenzen denken und handeln

Hochrhein und Bodensee grenzen an die Schweiz – ohne sich abzugrenzen

Die Region Hoahrhein-Bodensee umfasst die an die Schweiz angrenzenden Landkreise Konstanz, Waldshut und Lörrach mit insgesamt 92 Städten und Gemeinden. Während weite Teile der Region eher ländlich geprägt sind, sind besonders die Räume um Basel und am Bodensee verdichtete Räume und auch heute noch Zuzugsgebiete. Im Gegensatz zu den übrigen Regionen Baden-Württembergs war die Grenzlage zur Schweiz und zu Frankreich das bestimmende Merkmal für die Schaffung und Abgrenzung der Region Hoahrhein-Bodensee. Eine der wesentlichen Zielsetzungen des Landes war es, die grenzüberschreitenden, raumordnerischen Aufgaben mit der Schweiz in die Zuständigkeit eines einzigen Regionalverbandes zu legen.

Grenzüberschreitung ist von besonderem Interesse

Für die Region Hoahrhein-Bodensee ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von besonderem Interesse. Man denkt über die Grenze hinaus. Zur gegenseitigen Abstimmung und Information über die Grenzen bestehen zahlreiche Kommissionen und Arbeitsgruppen, wie beispielsweise die Oberrheinkonferenz, der Trinationale Eurodistrict Basel, die Hoahrheinkommission oder die Raumordnungskommission Bodensee, in denen der Regionalverband vertreten ist und mitwirkt.

Die Grenze zur Schweiz vom Bodensee bei Konstanz, um den Kanton Schaffhausen bis zum Dreiländereck bei Basel misst 315 km, die Grenzlänge zu Frankreich beträgt 20 km. Während die Region in der Ost-West-Richtung in Luftlinie 126 km lang ist, misst sie in der Nord-Süd-Richtung an der breitesten Stelle zwischen Bad Säckingen und Todtnau nur 35 km. Im Westen grenzt das Département Haut-Rhin und im Süden grenzen sechs Kantone der Nordschweiz an die Region.



Rheinschleife bei Bad Säckingen und dem westlich davon gelegenen Ortsteil Wallbach.



Hochrheingebiet als Schwerpunkt für Wasserkraftwerke: das Foto zeigt das 1975 entstandene Hornbergbecken, das zum Pumpspeicherkraftwerk Wehr gehört.

Hochindustrialisierte Kantone locken Pendler an

Die stärksten Verflechtungen zur benachbarten Schweiz liegen eindeutig im Bereich Arbeitsmarkt: in den wirtschaftlich starken, relativ hochindustrialisierten Grenzkantonen sind ca. 35.000 Deutsche als Grenzgänger beschäftigt. Umgekehrt liegt die Bedeutung der vergleichsweise ländlichen Region Hoahrhein-Bodensee für die Schweiz überwiegend im Dienstleistungsbereich und im Bereich Naherholung. So ist der Zustrom von Kunden aus der Schweiz für viele Städte und Gemeinden an der Grenze von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung: handeln über die Grenze im wahrsten Sinne des Wortes. In unmittelbarer Nachbarschaft zur deutsch-schweizerisch-französischen Grenze liegt das gemeinsame Oberzentrum Lörrach/Weil am Rhein. Es gewährleistet zusammen mit Basel die Versorgung des Westteils der Region. Die Gründung des bereits erwähnten Trinationalen Eurodistricts Basel war eine Folge der Vielzahl an bestehenden Verflechtungen, um über die Grenzen hinweg effizient und wirkungsvoll zusammenzuarbeiten und wichtige grenzüberschreitende Fragen zu diskutieren und anhand von konkreten Projekten zu lösen. Im Ostteil ist das Oberzentrum Konstanz traditionell der wirtschaftliche und kulturelle Mittelpunkt. Das Verkehrsnetz in der Region dient dem Leistungsaustausch innerhalb der Region und mit den Regionen am Oberrhein, im Schwarzwald, am Bodensee und in den benachbarten Schweizer und französischen Wirtschaftsräumen. Von besonderer Bedeutung ist die Schaffung leistungsfähiger Anbindungen an die überregionalen und großräumigen Verkehrsnetze; insbesondere durch den Ausbau der in Ost-West-Richtung verlaufenden Hoahrheinautobahn A 98.

Bodenseeuferplan – Ein klassischer Teil-Regionalplan

Der Bodenseeuferplan 1984 ist seit dem 16.02.1985 verbindlich. Er wurde gemeinsam von den Regionalverbänden Hochrhein-Bodensee und Bodensee-Oberschwaben aufgestellt. Oberstes Ziel des Bodenseeuferplanes ist der Schutz der Flachwasserzonen des Bodensees, die für die Selbstreinigungskraft des Sees und für die Tier- und Pflanzenwelt von größter Bedeutung sind. Fachlich stützen sich die Bodenseeuferpläne auf langjährige Untersuchungen des Seenforschungsinstituts Langenargen. Die Bodenseeuferpläne der Regionalverbände Hochrhein-Bodensee und Bodensee-Oberschwaben gliedern das Bodenseeufer in Schutzzonen, in denen die Nutzungen abgestuft beschränkt werden. Die Bodenseeuferpläne sind für die zuständigen Genehmigungsbehörden ein wertvolles Instrumentarium, das sich in zahlreichen Verwaltungsgerichtsverfahren bewährt hat.

Tägliche Lastwagenstaus an den Grenzen zur Schweiz ...

Verkehrlich geprägt ist die Region durch die beiden europäischen Nord-Süd-Magistralen Rotterdam – Mannheim – Basel – Mailand – Rom sowie Berlin – Stuttgart – Singen – Zürich – Mailand – Rom im Westen bzw. Osten der Region. Tägliche Lastwagenstaus an den Grenzen zur Schweiz prägen hier das Bild. Der 4-gleisige Ausbau der Oberrheinstrecke und die Diskussion hierzu sowie die Bestrebungen von Verbesserungen im Schienenverkehr sind weitere aktuelle Themenfelder des Verbands. Die Flughäfen Euroairport Basel-Mulhouse-Freiburg sowie Zürich stellen weitere wichtige Infrastrukturen für die Region dar, die zum Teil auch mit Konflikten (Fluglärm) verbunden sind.

In der naturräumlichen Gliederung zeigt die Region Hochrhein-Bodensee eine große Mannigfaltigkeit: Im Westen gehören ihr der südliche Teil der Markgräfler Rheinebene und des Markgräfler Hügellandes an, Dinkelberg und Hochrheintal begrenzen die Region im Süden, nördlich davon steigt der Schwarzwald bis 1.415 Meter an, die Schwarzwaldsüdabdachung, der Hotzenwald, gehört ganz zur Region. Alb-Wutachgebiet und Klettgau bilden den östlichen Teil des Landkreises Waldshut.

Der Osten der Region wird durch die Naturräume Randen, Alb und Hegau mit seinen markanten Vulkanschloten geprägt. Mit dem Landkreis Konstanz hat die Region auch Anteil am Bodenseebecken und den westlichen Ausläufern des Oberschwäbischen Hügellandes. Das Markgräflerland, der Hochrhein sowie das Bodenseebecken zeichnen sich durch mildes Klima und guten Boden aus und eignen sich für den Anbau von Sonderkulturen (Obst-, Gemüse-, Weinbau). In den höheren Lagen herrschen dagegen Grünland und Wald vor. Die einzigartige Landschaft des südlichen Schwarzwaldes zu erhalten, hat sich der Naturpark Südschwarzwald zur Aufgabe gemacht. In seinen Bestrebungen wird er vom Regionalverband unterstützt, der bereits seit der Gründung des Naturparks Mitglied ist und aktiv in den Arbeitsgruppen mitwirkt.

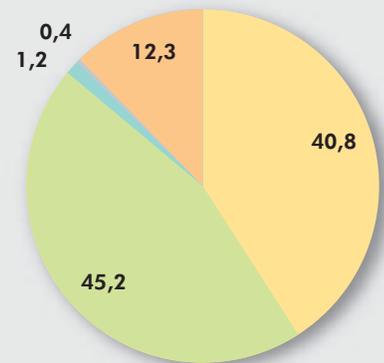
Der Hochrhein und der Bodensee sind auch eine Wasserkraftregion

Mit dem Südschwarzwald und dem Bodensee befinden sich bedeutende Tourismusziele Deutschlands innerhalb der Region. Wegen der vielfältigen Ansprüche an den Bodenseeuferbereich hat der Regionalverband Hochrhein-Bodensee wie auch der benachbarte Verband Bodensee-Oberschwaben den Teilregionalplan Bodenseeuferplan erstellt, um weitere Belastungen auf den See und seinen Uferbereich einzuschränken.

Mit dem Hochrhein und dem Bodensee ist die Region bereits in ihrem Namen von Wasser geprägt. Man kann sie auch als die Wasserkraftregion bezeichnen. Elf Flusskraftwerke nutzen entlang des Hochrheins die Kraft des Wassers zur Energiegewinnung. Das erste Flusskraftwerk wurde in Rheinfelden bereits Ende des 19. Jahrhunderts in Betrieb genommen. Auch die hohe Reliefenergie des Hotzenwaldes wird durch Pumpspeicher- und Kavernenkraftwerke genutzt. Aktuelle Planungen und Vorhaben wie der Neubau des Flusskraftwerks in Rheinfelden oder die Planungen zu einem neuen Pumpspeicherwerk verdeutlichen die Bedeutung der Wasserkraft in der Region Hochrhein-Bodensee.



Flächennutzung in %



- Siedlung und Verkehr
- Wald
- Landwirtschaft
- Wasser
- Sonstige

Regionsfläche (qkm)	2.755,93
Gesamtzahl der Städte und Gemeinden	92
Einwohnerzahl	
Stand 02/2010	666.970
Einwohner/qkm	
Stand 12/2009	242
Anteil unter 18 Jahre	17,74 %
Anteil 65 Jahre und älter	20,01 %
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	
am Wohnort	194.118
am Arbeitsort	195.626
Anteil am BIP des Landes	5,07 %



REGIONALVERBAND
HOCHRHEIN-BODENSEE

Regionalverband Hochrhein-Bodensee
Im Wallgraben 50
79761 Waldshut-Tiengen
Telefon: 0 77 51 / 91 15-11
Telefax: 0 77 51 / 91 15-30
<http://www.hochrhein-bodensee.de/>
info@hochrhein-bodensee.de

Grenzenloser Konsum an der Landesgrenze?

Die Region Hoahrhein-Bodensee setzt auf die Sicherung der wohnortnahen Grundversorgung

Mit Hilfe konkreter Instrumentarien zur Steuerung von Einzelhandelsflächen soll der „Einzelhandelswildwuchs“ begrenzt werden. Hierbei ist wichtig: Der interkommunale und grenzüberschreitende Dialog.

Viele hier an der Landesgrenze – in der Region Hoahrhein-Bodensee – kennen das Gefühl: Man will nur eine Kleinigkeit kaufen und vor einem stehen Schweizer Kunden, die ihren Wochen-einkauf erledigen, ihre grünen Ausfuhrzettel abgeben und eine neue Ausfuhrbescheinigung erhalten. Diese grünen Zettel, mit denen der im EU-Ausland-Wohnende sich die Mehrwertsteuer erstatten lassen kann, halten – zumindest gefühlsmäßig – den Betrieb an der Kasse auf.

Die Nachbarn aus der Schweiz spielen eine große Rolle für den Einzelhandel in der Region Hoahrhein-Bodensee. Zu den meist günstigeren Preisen insbesondere im Lebensmittelbereich und der Einsparung der Mehrwertsteuer kommt gegenwärtig der aktuelle Wechselkurs hinzu. Laut Aussagen des Handelsverbands Südbaden machten die Geschäfte in Südbaden im Vergleich zum Vorjahr von Januar 2010 bis August 2010 ein durchschnittliches Plus von 2,9%.

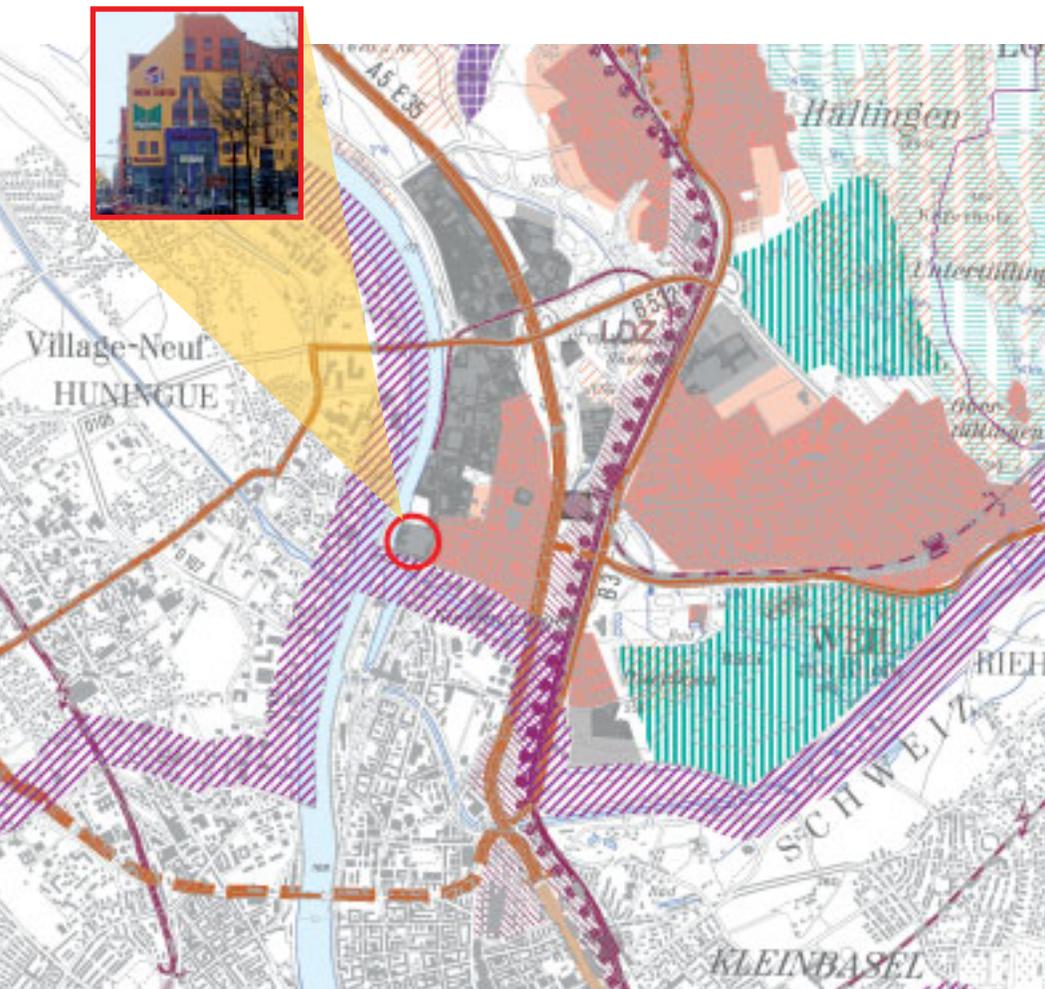
Allerdings gab es regionale Unterschiede: Während beispielsweise der Mittlere Oberrhein nur einen Zuwachs von 2,2%, die Stadt Freiburg von 3,4% oder der Bodensee von 3% verzeichnete, konnten die Städte und Gemeinden am Hoahrhein mit einem Plus von 8,5% glänzen (zitiert nach Handelsverband Südbaden, Handelsjournal 10_10, S. 53). Und mit zu dieser immensen Steigerung hat die Kauflust der angrenzenden Nachbarn beigetragen, für die der derzeit sehr starke Frankenkurs das Einkaufen jenseits der Grenze noch interessanter (und günstiger) macht.

Der starke Franken macht Einkaufen jenseits der Grenze interessant

Mit etwa 667.000 Menschen bietet die Bevölkerung in der Region Hoahrhein-Bodensee den Handelsbetrieben innerhalb der drei Landkreise ein seit Jahren relativ stabiles Kaufkraftvolumen an. Hierzu können auch die Kaufkraftwerte der benachbarten Schweizer Grenzkantone und des Département Haut-Rhin hinzugefügt werden.

Der Vergleich der durchschnittlichen einzelhandelsrelevanten Kaufkraftwerte je Einwohner unterstreicht die Bedeutung der Bevölkerung im benachbarten Ausland. Während der Landkreis Konstanz 5.691 Euro je Einwohner p. a., der Landkreis Lörrach 5.730 Euro je Einwohner p. a., der Landkreis Waldshut 5.573 Euro je Einwohner p. a. erreichen, erzielen alle Schweizer Anrainerkantone Werte von mehr als 7.600 Euro je Einwohner p. a.

Rhein-Center: Direkt an der Grenze im Dreiländereck von Weil am Rhein-Friedlingen (D, rechts oben), Huningue (F) und Basel-Kleinhüningen (CH).



Auch die Bürger jenseits des Rheins im elsässischen Haut-Rhin liegen mit 6.526 Euro p. a. doch erheblich über den Werten der drei deutschen Landkreise (Stand 2006 – Angaben der IHK Hochrhein-Bodensee und des Handelsverbands Südbaden e. V.). Diese Kaufkraftgefälle erklären sich unter anderem mit den unterschiedlichen Einkommens- und Steuerniveaus und dem Ausgabeverhalten.

Die Einkaufsintensität von außerhalb der Region ist in den einzelnen Einkaufsstädten unterschiedlich. Sehr starke Zuflüsse weisen die Städte Konstanz, Waldshut-Tiengen, Lörrach, Weil am Rhein, Bad Säckingen und auch Laufenburg auf. Selbst Städte im Schwarzwald, wie Todtnau und St. Blasien, im Hegau wie Engen und Singen, im Linzgau wie Stockach spüren noch den Schweizer Zufluss. So ist zu beobachten, dass an strategisch günstigen Orten entlang der Grenze zur Schweiz, bevorzugt in der Nähe zu Rheinübergängen und Zollämtern, sich Einzelhandelsbetriebe ansiedeln.

Zunehmender Wettbewerb: Innenstadt und grüne Wiese ...

Die Konkurrenz der Einkaufsstädte untereinander erhöht sich. Dort gibt es den Wettbewerb der Konkurrenzlagen, wie der Innenstadt und grünen Wiese. Der Wettbewerb in der Region ist deshalb überdurchschnittlich intensiv. Die Region verfügt über einen überdurchschnittlichen Verkaufsflächenbestand. Die Verkaufsfläche pro 1.000 Einwohner liegt in Deutschland im Durchschnitt bei 1.470 qm.

Über dem Niveau von 1.470 qm Verkaufsfläche liegen in der Region Hochrhein-Bodensee aber fast alle Oberzentren, Mittelzentren und auch kleinere zentrale Orte. Die Spitzenwerte erreichen Waldshut-Tiengen mit 3.730 qm, Singen mit 3.210 qm und Bad Säckingen mit 3.070 qm je 1.000 Einwohner (Stand 2006 – Angaben der IHK Hochrhein-Bodensee und des Handelsverbands Südbaden e. V.). Trotz dieser Situation und trotz stagnierender Bevölkerungszahlen steigt die Verkaufsfläche derzeit in der Region weiter an.

Der Einzelhandel bestimmt zu einem erheblichen Teil die Funktionsfähigkeit der Stadt- und Ortszentren und das sogenannte zentralörtliche Versorgungsgefüge.

Aus diesem Grunde wurde die Regelung des sogenannten regionalbedeutsamen Einzelhandels den Regionalverbänden durch das Landesplanungsgesetz sowie den Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg mit dem Ziel übertragen, „die Flächen für großflächige Einzelhandels-



Mehr als nur Symbol für grenzenloses Einkaufen an der Grenze zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz: Das Rhein-Center in Weil am Rhein

betriebe zu begrenzen, das Konkurrenzdenken unter den Kommunen auszugleichen und zu einer zentrenverträglichen Festlegung von Handelsstandorten beizutragen. Die raumordnerischen Vorgaben messen dabei gerade auch der Sicherstellung einer ausreichenden Grundversorgung große Bedeutung bei.“ (Zitat nach: Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 14 /2111, 10.12.2007, S. 6)

Im Regionalplan werden also die „Spielregeln“ festgelegt, nach denen die Städte und Gemeinden der Region handeln müssen. Gemäß der aktuellen Rechtsprechung redet man von einem großflächigen Einzelhandelsbetrieb, wenn dieser eine Verkaufsfläche von 800 qm überschreitet. Man geht davon aus, dass diese Betriebe auf die Verwirklichung der Ziele der Raumordnung oder auf die städtebauliche Entwicklung und Ordnung nicht nur unwesentliche Auswirkungen haben können. Aus diesem Grunde werden großflächige Einzelhandelsbetriebe i.d.R. als „regionalbedeutsam“ eingestuft.

Regionalplaner sind gefragt: zur Koordination der Grundversorgung

„Ziel einer überörtlichen Koordination durch die Raumplanung muss in erster Linie die Sicherung einer möglichst wohnortnahen Grundversorgung einer immer älter werdenden Bevölkerung vor allem mit den Gütern des täglichen Bedarfs sein. Dieses macht es erforderlich, integrierte Lagen des Einzelhandels zu erhalten und zu stärken, damit nicht immer größere Bevölkerungsteile zum Einkauf auf die Nutzung motorisierter Verkehrsmittel und insbesondere auf das Auto angewiesen sind.“

(Zitat nach Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Großflächiger Einzelhandel als Herausforderung, Positionspapier Nr. 67, 2006, S. 5)

Die „Vier Gebote“ der Regional- und Landesplanung

Bei der Planung, Errichtung und Erweiterung von Einzelhandelsgroßprojekten sind die „Vier Gebote“ der Regional- und Landesplanung zu beachten:

- das Zentralitätsgebot
- das Kongruenzgebot
- das Beeinträchtungsverbot und
- das Integrationsgebot.

Das Zentralitätsgebot bedeutet, dass großflächiger Einzelhandel nur in den vom Landesentwicklungsplan und Regionalplan festgelegten Ober-, Mittel- und Unterebenen zulässig ist. Nur ausnahmsweise kommen auch Kleinzentren oder Orte ohne zentralörtliche Funktion in Betracht, wenn dies zur Sicherung der Grundversorgung

erforderlich ist. Das heißt beispielsweise, dass ein großer Möbelmarkt in einer kleinen Gemeinde nicht zulässig ist.

Beim Kongruenzgebot wird geprüft, wie groß der Kaufkraftabzug aus benachbarten Zentren ist. Hier ist die Regel, dass weniger als 30% des Umsatzes des geplanten Vorhabens von außerhalb des Verflechtungsbereichs der Standortgemeinde generiert werden muss.

Ein Vorhaben darf die verbrauchernahe Versorgung im Einzugsbereich in der Standortgemeinde sowie die Funktionsfähigkeit anderer Zentraler Orte nicht wesentlich beeinträchtigen (Beeinträchtungsverbot). Ergänzt wird das Beeinträchtungsverbot durch das Integrationsgebot. Einzelhandelsgroßprojekte sollen vorrangig in städtebaulich integrierten Lagen realisiert werden. Eine wesentliche Beeinträchtigung der Funktions-

fähigkeit der Stadt- und Ortskerne der Standortgemeinde sowie der benachbarten Zentralen Orte soll verhindert werden.

Im Regionalplan werden diese textlichen Gebote durch Ausweisungen im zeichnerischen Teil mittels sogenannter Vorranggebiete und Vorbehaltsgebiete für Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe konkretisiert.

Das Rhein-Center unmittelbar am Hochrheinufer in Weil am Rhein ist ein beliebtes Einkaufszentrum für Deutsche, Franzosen und Schweizer



Intensives Werben um Kunden und Kaufkraft

Selbstverständlich sind das Werben um Kunden und das Halten der Kaufkraft vor Ort sehr intensiv in einem Grenzraum. Durch die Ansiedlung von deutschen Discountern in der Schweiz hat sich der Wettbewerb um Kaufkraft verstärkt. Aktuelle Planungen im Dreiländereck um Basel, sowohl auf deutscher, französischer als auch Schweizer Seite, werden die Gesamtgröße der Verkaufsflächen innerhalb der Region und somit auch die Konkurrenz und das Buhlen um den Kunden deutlich erhöhen.

Neben unterschiedlichen Einkommen- und Preisniveaus, Währungsschwankungen zur Schweiz, physisch wahrnehmbaren Grenzen, bedeuten die nationalen Grenzen – trotz der sehr guten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Raumplanung – auch unterschiedliche Planungsansätze, Planungsphilosophien, Planungssprachen und Gesetze.

Seitens der Schweizer Planungsbehörden werden die raumordnerischen Vorgaben aus Baden-Württemberg zum Teil oft als zu sehr in den Markt eingreifend empfunden. In der Schweiz ist man bei der Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel eher „liberaler“ als in Baden-Württemberg.

Die Schweizer haben eine teilweise andere Planungsphilosophie

Während die möglichen Auswirkungen auf die wohnortnahe Grundversorgung der Bevölkerung sowie Auswirkungen auf Zentren im Vordergrund der Raumplanung auf Seite der Region Hochrhein-Bodensee steht, prüfen die Nachbarn in der Schweiz bei der Ansiedlung von großen Märkten insbesondere verkehrliche Auswirkungen, welche durch ein Einzelhandelsgroßprojekt verursacht werden können.

Nachdem mit dem Thema Einzelhandel auch wirtschaftliche Interessen verbunden sind, besteht nicht immer Konsens bei der Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten im Grenzraum, wie dies ein aktuelles Beispiel zeigt:



Presseauszüge: Planerisch gesteuerte Standorte für Einkaufsmärkte werden immer wieder kontrovers diskutiert

In der Gemeinde Wigoltingen im Kanton Thurgau, knapp 20 km von der Innenstadt der Stadt Konstanz entfernt, soll ein Factory-Outlet-Center mit etwa 30.000 qm Verkaufsfläche entstehen. Der geplante Standort liegt außerhalb der 2100 Einwohner umfassenden Gemeinde, jedoch in unmittelbarer Nähe zu einer Autobahnausfahrt und zu einem Bahnhofpunkt, so dass die verkehrlichen Auswirkungen des Vorhabens wohl den Vorgaben des Raumplanungsrechts des Kantons Thurgau entsprechen werden.

Innerhalb der Region Hochrhein-Bodensee dürfte – nach derzeitiger Rechtslage – ein vergleichbares Vorhaben nur in den Oberzentren Konstanz oder Lörrach/Weil am Rhein errichtet werden – und dort nur im Innenbereich. Dementsprechend haben sich die durch das Vorhaben betroffenen deutschen Städte sowie der Regionalverband im Verfahren zu Wort gemeldet und ihre Positionen dargestellt.

Reaktionen in der Presse

Quellen: Südkurier 10.02.10/25.03.10; Schwäbische Zeitung 19.02.10; TGV aktuell 08.03.2010, Thurgauer Zeitung 06.02.10/11.02.10/ 27.02.10/ 05.03.2010/04.09.2010; Kreuzlinger Zeitung 05.03.10; Tagblatt 24.02.10/27.02.10

Das Vorhaben hat kurzzeitig die Wellen hochschlagen lassen, die *Grenzen* aufgezeigt und zu Verstimmung beidseits der Grenze geführt. Dennoch oder gerade deswegen sollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Information auch bei heikleren Themen ausgeweitet werden. Grenzen überwinden, ist die nachhaltige Chance für die Bürgerinnen und Bürger der zwei angrenzenden Länder und der Region Hochrhein-Bodensee. Voraussetzung hierfür ist die Bereitschaft zum Dialog. Diesen Dialog führt der Regionalverband Hochrhein-Bodensee tagtäglich.

Exzellenz und Lebensart in Rheinkultur

Dreiklang aus Rheinebene, Kraichgau und Schwarzwald – verfeinert mit Innovationsgeist

Die „Badische Toskana“ und den „Badischen Dschungel“ kann man hier entdecken. Ebenso die Fächerstadt, die Melanchthonstadt, die europäische Spargelhauptstadt oder die Zwetschgengstadt, bei denen zumindest deren Bewohner sofort wissen, wer gemeint ist. Weitau bekannter sind das Zentrum für Kunst- und Medientechnologie, das zweitgrößte Festspielhaus in Europa und das Nahverkehrsmodell. Oder einige der populären „Köpfe“, wie Carl Friedrich Benz, Johann Gottfried Tulla, Peter Sloterdijk, Wolfgang Rihm oder Regina Halmich. Aber nur Wenige bringen diese Tatsachen mit dem offiziellen Namen „Region Mittlerer Oberrhein“ in Verbindung. Das ist nun einmal das Los der meisten Planungsregionen, dass sie hauptsächlich in Fachkreisen zum Leben erwachen.

Schon die Römer nutzten die Geothermie

Beliebt war der Mittlere Oberrhein bereits in der Jungsteinzeit. Die weit verbreitete „Michelsberger Kultur“ ist nach den Funden auf dem hiesigen Michaelsberg benannt. Und schon die Römer schätzten das Thermalwasser, das heute in modernen Wellness-Tempeln sprudelt. Auch das erste Geothermie-Kraftwerk im Land zieht hier seine Energie aus der Tiefe. Gleich mehrere Barockschlösser zeugen von einer prunkvollen



Exzellenzuniversität mit „bunter“ Forschungslandschaft (Lifecycle Engineering Solutions Center am KIT)



Die „Fächerstadt“ Karlsruhe: Oberzentrum der Region Mittlerer Oberrhein



„Badischer Dschungel“ am Altrhein bei Rastatt

Zeitepoche, als in der Region noch die Markgrafen das Sagen hatten. Es ist aber auch eine rebellische Gegend, zumindest war sie es in der Zeit der deutschen Demokratiebewegung. Heute fällen dort die höchsten deutschen Gerichte ihre Urteile. In der Südhälfte der Region verläuft die Sprachgrenze zwischen dem fränkischen und dem alemannischen Dialekt. Die Nähe zum Elsass ist bei manchen älteren Einheimischen nicht zu überhören.

Vom Rheingold zur Perlenkette

Bei den Städtenamen Karlsruhe oder Baden-Baden ist sofort klar, wohin die Reise gehen soll. Wer über den gleichnamigen Regionalflughafen anreist, erhält bei guter Sicht einen ersten Eindruck von der landschaftlichen Vielfalt und Siedlungsstruktur (und um auch gleich das Rätsel mit den Städtenamen im 1. Absatz zu lösen: Karlsruhe, Bretten, Bruchsal und Bühl – in dieser Reihenfolge – waren gemeint).

Nicht zu übersehen sind in dieser Region die rund zehn Dutzend Baggerseen, deren Nutzung auch regionalplanerisch gesteuert wird. Die Abbaustandorte des „Rheingoldes“, die jährlich knapp zehn Millionen Tonnen Kies und Sand liefern, erscheinen aus der Vogelperspektive wie eine blaue Perlenkette in der Landschaft – letztlich ein Produkt des Rheins. Er hat in vielerlei Hinsicht die Region geprägt und fordert nach wie vor seine Anlieger vor allem beim Hochwasserschutz heraus. Das Land Baden-Württemberg unterstützt sie mit dem „Integrierten Rheinprogramm“, bei dem technische und ökologische Maßnahmen Hand in Hand gehen. Der „Badische Dschungel“, gemeint sind hier die verbliebenen Auwälder am Rhein, kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Einen entsprechend hohen Stellenwert hat der Hochwasserschutz auch beim Regionalverband.

Verbindliche Grenze und flüssiges Scharnier

Der Rhein formt auf einer Länge von rund 80 Kilometern die Westgrenze der Region. Von seiner Funktion als europäische Wasserstraße profitiert hauptsächlich Karlsruhe mit seinen Rheinhäfen. Mit einem Gesamtumschlag von 6,3 Mio. Tonnen im Jahr gehören sie zu den bedeutendsten Binnenhäfen Europas. Auf der anderen Flussseite weht bereits die französische Fahne, beziehungsweise weiter flussabwärts die rheinland-pfälzische. Mit beiden Nachbarn steht die Region heute in freundschaftlichem Austausch. Stellvertretend dafür steht ein Name aus Mozarts Zauberflöte: PAMINA (vgl. S. 47).

Von der Sonne verwöhnt

Der Blick vom Rhein Richtung Osten folgt zunächst der dicht besiedelten Tiefebene. Dahinter erheben sich in der Nordhälfte der Region die sanften Hügel des Kraichgaus, wo aufgrund der wertvollen Lößböden die landwirtschaftliche Nutzung dominiert und Weinreben gut gedeihen. Einen wichtigen Beitrag dazu liefern die knapp 1.700 Sonnenstunden pro Jahr. Damit zählt die Region zu den sonnigsten in Deutschland. Was einerseits erfreut, kann in der oberrheinischen Tiefebene im Sommer auch zur Belastung werden. Deshalb setzt sich die Regionalplanung für den Erhalt der „natürlichen Klimaanlagen“ ein. Das sind die Kaltluftströme aus den Höhenlagen, vor allem des Schwarzwaldes – der hier vereinzelt bereits auf über 1.000 Meter ansteigt. Es gibt dort große Waldgebiete, in denen noch das Auerhuhn vorkommt. Zusammen mit den Wäldern im Kraichgau und in der Rheinebene bedecken sie rund vierzig Prozent der Region.

Natura 2000 im Transit- und Wirtschaftsraum

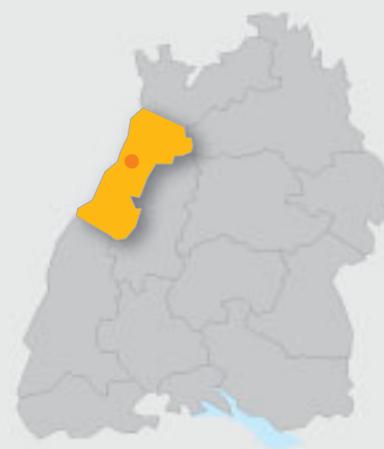
Einerseits gehört inzwischen rund ein Viertel der Region dem Europäischen Schutzgebietssystem „Natura 2000“ an. Mit diesem Flächenanteil liegt die Region weit über dem Landesdurchschnitt. Andererseits zählt die kleinste der zwölf Regionen zu den am dichtesten besiedelten im Land. Die

meisten wohnen und wirtschaften im Bereich der Rheinebene und ihren Seitentälern. Zu den Arbeitgebern gehören Daimler, Bosch, UHU, SEW-Eurodrive, Blanco, LuK und EnBW. Viele arbeiten im Wissenschaftsbereich. Allein das 2009 gegründete Karlsruher Institut für Technologie (Vorläufer: Universität Karlsruhe (TH) und Forschungszentrum Karlsruhe) zählt über 8.000 Angestellte. Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von fast 37 Milliarden Euro erwirtschaftet die Region über zehn Prozent des baden-württembergischen BIP. Eine Grundlage dafür ist eine gute Verkehrsinfrastruktur. In der Rheinebene verlaufen die Hauptverkehrsadern, darunter die Bundesautobahn 5, mit der Überleitung zur A8, und die Rheintalschienenstrecke. Zu den Schattenseiten gehört das hohe Verkehrsaufkommen, insbesondere durch den Transitverkehr.

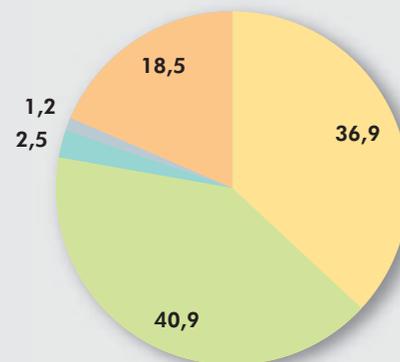
Besondere Herausforderungen

Vor diesem Hintergrund engagiert sich der Regionalverband für eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene. Er arbeitet mit bei der Entwicklung zweier transeuropäischer Schienenverbindungen: die „Magistrale für Europa“ zwischen Paris und Budapest sowie die „Nord-Süd-Transversale“, die Rotterdam mit Genua verbindet. Den öffentlichen Personennahverkehr fördert er nach dem „Prinzip der kurzen Wege“ durch die Konzentration der Siedlungsentwicklung entlang von Nahverkehrsachsen. Das regionale Nahverkehrssystem ist als „Karlsruher Modell“ inzwischen europaweit kopiert.

Angesichts der bestehenden Siedlungs- und Verkehrsflächen und dem großen Anteil an „Tabu-Flächen“ wird es für die Siedlungsentwicklung immer enger. Selbst wenn der Flächenverbrauch pro Einwohner hier im letzten Jahrzehnt unter dem Landesdurchschnitt lag, sind weitere Strategien zum „Flächensparen“ gefragt. Diese entwickelt der Regionalverband mit ausgewählten Kommunen im Rahmen des Pilotprojektes „Raum plus“. Dabei sollen Entwicklungsmöglichkeiten im Innenbereich sondiert und möglichst realisiert werden.



Flächennutzung in %



- Siedlung und Verkehr
- Wald
- Landwirtschaft
- Wasser
- Sonstige

Regionsfläche (qkm)	2.137,43
Gesamtzahl der Städte und Gemeinden	57
Einwohnerzahl Stand 09/2010	1.007.021
Einwohner/qkm Stand 09/2010	471
Anteil unter 18 Jahre	16,6%
Anteil 65 Jahre und älter Stand 2009	20,2%
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Stand 12/2008	389.151
Anteil am BIP des Landes Stand 2008	10,12%



REGIONALVERBAND MITTLERER OBERRHEIN

Regionalverband Mittlerer Oberrhein
 HAUS DER REGION
 Baumeisterstraße 2
 76137 Karlsruhe
 Telefon: 07 21 / 3 55 02-0
 Telefax: 07 21 / 3 55 02-22
 rvmo@region-karlsruhe.de
 www.region-karlsruhe.de

Die Region im Blick, Europa im Sinn

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein ist ein Wachstumsmarkt



PAMINA: „Drei in einem Boot“ – Baden, Elsass, Pfalz

Fischen in fremden Gewässern?

Wegen Wilderei musste sich ein elsässischer Angler vor Gericht verantworten und 750 Euro bezahlen. Er hatte mit seinem Boot im Rhein die deutsch-französische Staatsgrenze überschritten und „mindestens fünf Fische“ gefangen, berichtete die Badische Zeitung am 29. Januar 2010. „Die Nationalität der fünf Fische wurde nicht

festgestellt“, habe die Leiterin der deutsch-französischen Beratungsstelle Euro-Info-Verbraucher mit einem Augenzwinkern bemerkt und einen grenzüberschreitenden Angelschein für den Rhein angeregt.

Auch wenn im vereinten Europa die Schlagbäume mehr und mehr verschwinden, die Staats- und Verwaltungsgrenzen werden bleiben – selbst wenn sie teilweise nur noch auf dem Papier nachvollziehbar sind. Was auf der einen Seite gilt, kann auf der anderen Seite ganz anders sein und umgekehrt. Gleichwohl sollte es ein gewisses Maß an Abstimmung und Kontinuität zwischen den Staaten geben, denn die Realität ist heute grenzüberschreitend und die Menschen und ihre Güter sind mobiler denn je. Das ist auch eines der Ergebnisse des europäischen Verständigungs- und Einigungsprozesses.

Für viele Bürger am Mittleren Oberrhein gehören das Einkaufen, Freizeitvergnügen oder Wohnen und Arbeiten im Nachbarland inzwischen zur Normalität. An einem Grenzfluss wie dem Rhein sind Brücken oder Fähren mit den entsprechenden Verkehrsanbindungen eine zentrale Voraussetzung dafür. So banal es klingen mag, eine Autobahn sollte am anderen Ufer nicht in eine Kreisstraße münden und eine Schienenverbindung nicht in einem Abstellgleis.

Zur grenzüberschreitenden Realität gehören auch Phänomene, die keine Staatsgrenzen kennen und keine Brücken brauchen: Rheinhochwasser, Emissionen oder der Klimawandel. Einseitige Vorbeugemaßnahmen oder Reaktionen greifen zu kurz. Allerdings endet die Planungshoheit an der Staats- oder Ländergrenze. Daher ist der Handschlag über die Grenze gefragt. Eine gemeinsame Entwicklungsstrategie und kooperative Maßnahmen bieten sich in weiteren Gesellschaftsbereichen an. Ob Wirtschaft, Forschung, Kultur oder Verwaltung, der Dialog und die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg eröffnen neue Chancen. Damit tragen die Regionalverbände in Baden-Württemberg ein Stück weit zur Verwirklichung der europäischen Idee bei.

Blick über den Tellerrand

Die Region Mittlerer Oberrhein grenzt im Nordwesten an Rheinland-Pfalz, genauer an die Südpfalz (vgl. S. 44). Der Nachbar im Südwesten ist das französische Nordelsass. Deshalb hat der Regionalverband Mittlerer Oberrhein den Blick von Anfang an über den regionalen „Tellerrand“ gerichtet – oder richten müssen. Er war bereits in den 1970er Jahren Mitglied in einem Unterausschuss der deutsch-französisch-schweizerischen Regierungskommission für regionale Fragen in den Grenzgebieten am Oberrhein. „Flächenplanungen beiderseits des Rheins – Industriezonen

Tour de PAMINA: Radwandern für Genießer und Kulturinteressierte

und ihre Auswirkungen auf andere Raumnutzungen“ und „Grenzüberschreitende Verkehrsfragen“ waren Themen seiner Arbeitssitzungen im Jahr 1976 in Karlsruhe und Baden-Baden. Gleichzeitig erörterte der Regionalverband solche Fragestellungen mit seinen Kollegen aus der Südpfalz in einem eigenen Gremium. Für den Dialog mit den französischen Partnern gelten andere Voraussetzungen. Dazu zählen vor allem das andere Planungs- und Verwaltungssystem in Frankreich und der Sprachunterschied.

Inspiration durch Mozart und INTERREG

Ende der 1980er Jahre formte sich am Mittleren Oberrhein ein grenzüberschreitender Kooperationsraum, dessen Namen durch Mozarts Zauberflöte inspiriert ist: PAMINA. Dabei steht „PA“ für Palatinat du Sud (französisch für Südpfalz), „MI“ für den Mittleren Oberrhein und „NA“ für Nord Alsace (Nordelsass). Eine gemeinsame Datengrundlage für die Entwicklung dieses deutsch-französischen Raumes, oder gar ein Konzept, existierte nicht. Was es dagegen ab 1989 gab, war die finanzielle Beihilfe durch INTERREG.



Dahinter verbirgt sich ein Programm der Europäischen Union, mit dem sie die Kooperation zwischen europäischen Regionen unterstützt. INTERREG A ist eigens für die Gebiete entlang der europäischen Binnengrenzen, wie der PAMINA-Raum.

Mit Hilfe dieser Förderung erarbeitete ein deutsch-französisches Expertenteam unter Beteiligung des Regionalverbandes das integrierte Raumentwicklungskonzept PAMINA. Neben einer ausführlichen Datengrundlage enthält dieses Leitziele, auf die sich die politischen Vertreter der drei Teilräume verständigten. Inzwischen konnten

die Grenznachbarn mit Hilfe von INTERREG über 150 deutsch-französische Projekte realisieren. Davon profitierte auch die organisatorische Entwicklung der PAMINA-Kooperation. Sie beginnt 1988 mit der „Willenserklärung von Wissembourg“ und führt über die Arbeitsgemeinschaft PAMINA zum grenzüberschreitenden örtlichen Zweckverband mit dem heutigen Namen Eurodistrict REGIO PAMINA. Er ist das politische Dach und koordiniert die Akteure, Initiativen und Projekte. Am Oberrhein gilt er heute als der am weitesten entwickelte Eurodistrict.

PAMINA – Das unbekannte Wesen?

Eines der ältesten Ergebnisse dieser grenzüberschreitenden Liaison ist der Verein „Touristik-Gemeinschaft Baden-Elsass-Pfalz“, besser bekannt unter seinem Kurznamen Vis-à-Vis. Die Geschäftsführung ist beim Regionalverband Mittlerer Oberrhein angesiedelt, das Informationsbüro beim Eurodistrict REGIO PAMINA im elsässischen Grenzort Lauterbourg. Eines der Ziele von Vis-à-Vis ist, PAMINA als Freizeit- und Kulturregion bekannter zu machen. Neben einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit veranstaltet der Verein unter anderem seit 1997 alljährlich die Tour de PAMINA, eine dreitägige Radwanderung für kulturinteressierte Freizeitsportler.



Eurodistrict REGIO PAMINA, Zentrale in Lauterbourg

Trinationale Metropolregion Oberrhein
 Verkehrsinfrastrukturen im Oberrheingebiet – 2011
 erstellt 04/2011

Beliebt sind auch die kostenlosen Veranstaltungskalender mit den bekanntesten Festen, Märkten, Ausstellungen und Konzerten sowie die Karte „Radeln im PAMINA-Raum“. Dennoch darf es nicht überraschen, dass manche Leute selbst nach über zwanzig Jahren PAMINA nicht, oder eben nur diejenige Figur aus der Zauberflöte kennen. Aber auch große Marken haben einmal klein angefangen. Ähnlich geht es der Trinationalen Metropolregion Oberrhein, die hingegen weit jünger ist.

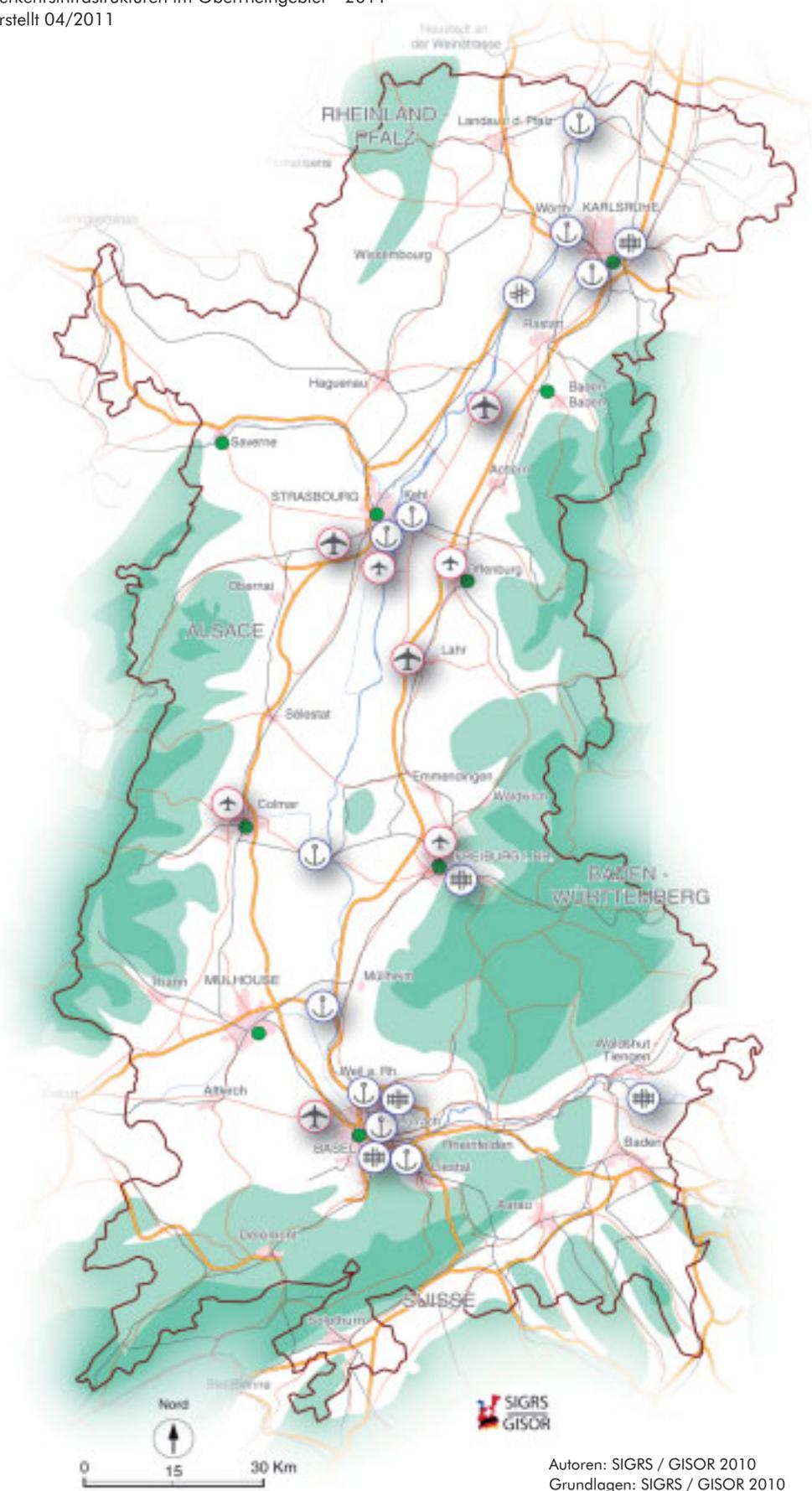
Alles metropolitan, oder was?

Für den Regionalverband ist der Namen gebende Oberrhein schon von Beginn an eine Kooperationsachse, die bis in die Schweiz reicht. Das entspricht auch dem Mandatsgebiet der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz (ORK). Sie bildet seit 1991 den institutionellen Rahmen der grenzüberschreitenden regionalen Zusammenarbeit im Oberrheingebiet. In der ORK engagieren sich unter anderem die Regionalverbände in Arbeitsgruppen und Expertenausschüssen. Aus der AG Raumordnung gingen zum Beispiel hervor: „Geographisches Informationssystem Oberrhein“ [www.sigrs-gisor.org], „Raumordnerisches Leitbild für den Oberrhein“ und ein „Freiraumkonzept für den Oberrhein“.

-  Mandatsgebiet der Oberrheinkonferenz
-  Autobahn
-  Hauptstraße
-  Eisenbahn
-  Staatsgrenze
-  Kanäle und schiffbare Fließgewässer (der Rhein ist ab Rheinfeldern schiffbar)
-  Siedlungsgebiet
-  TGV- bzw. ICE-Halt
-  Tri modales Verladeterminale
-  Straße – Wasser Verladeterminale
-  Schiene – Straße Verladeterminale
-  Internationaler Flughafen
-  Flugplatz
-  Höhe > 800 m
-  Höhe > 500 m

Die Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern sind in Großbuchstaben

* Jedes Verladeterminalsymbol in der Umgebung von Basel-Stadt symbolisiert mehrere Terminals. Die Schiene – Straße Verladeterminalsymbole symbolisieren Güterbahnhöfe oder HUPAC-Terminals für Güterübergabe zwischen Schiene und Straße.



Grenzüberschreitende
Zusammenarbeit am
Oberrhein „baut Brücken“

Eine weitere Studie aus dem Jahr 2006 legt nahe, das Oberrheingebiet aufgrund seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und seiner funktionierenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als Modell für eine grenzüberschreitende Metropolregion (vgl. S. 81) innerhalb eines zusammenwachsenden Europas zu entwickeln. Mit ihren rund 21.500 Quadratkilometern, sechs Millionen Bürgern und einem Bruttoinlandsprodukt von rund 200 Milliarden Euro übertrifft der Raum so manches EU-Mitglied. Im Januar 2008 bekräftigten die wichtigsten oberrheinischen Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft dieses Entwicklungsziel mit einer gemeinsamen Erklärung.

Diese Initiative mündete am 9. Dezember 2010 in der offiziellen Gründung der „Trinationalen Metropolregion Oberrhein“. Unter diesem Dach soll der Oberrhein zu einem europäischen „Innovationslabor“ und Modellraum für eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung werden. Diesen Plan haben die drei Regionalverbände am Oberrhein im Rahmen eines Modellvorhabens der Raumordnung flankierend unterstützt. Dieses erstrebt die deutsche und europäische Anerkennung des Oberrheingebietes als Metropolitane Grenzregion.

Einmal Europa und wieder zurück

Die Regionalverbände in Baden-Württemberg engagieren sich regelmäßig als Projektpartner oder „Leadpartner“ in transeuropäischen Projekten. Beim Regionalverband Mittlerer Oberrhein sind es derzeit vor allem zwei europäische Schienenverkehrsprojekte: Die von der Stadt Karlsruhe angeführte Initiative „Magistrale für Europa“ zielt darauf ab, die Verbindung zwischen Paris und Budapest zu optimieren, beim Projekt „CODE 24“ ist es die Güterverkehrsstrecke zwischen Rotterdam und Genua. Beide führen durch die Region Mittlerer Oberrhein, und beide verbinden den Regionalverband nicht nur mit internationalen Projektpartnern.

Der Weg nach Europa führt oft zuerst in die Nachbarverbände. Bei CODE 24 ist es zum Beispiel der projektverantwortliche Verband Region Rhein-Neckar. Bei den Projekten und Initiativen entlang des Oberrheins arbeitet der Regionalverband Mittlerer Oberrhein eng mit den Regionalverbänden Südlicher Oberrhein und Hochrhein-Bodensee zusammen. Neben der nationalen und internationalen Dimension kommen wichtige grenzüberschreitende Abstimmungsprozesse innerhalb von Baden-Württemberg dazu. Themen sind zum Beispiel die Zahl der Regionalverkehrsflughäfen, der einheitliche Umgang mit dem Großflächigen Einzelhandel oder Artenschutzbelangen bei der Standortplanung für größere Windkraftanlagen (vgl. S. 64). Dazu tauschen sich die zwölf Regionalverbände regelmäßig in der Arbeitsgruppe der Verbandsdirektoren und in Facharbeitsgruppen aus. (Dort entstand übrigens auch die Idee für die vorliegende Broschüre.)



Was ist ein Eurodistrikt?

Am 22. Januar 2003 haben der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder und der ehemalige französische Präsident Jacques Chirac zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages ausdrücklich zur Gründung und Etablierung von Eurodistrikten aufgerufen. Gemeint ist ein grenzüberschreitender Kooperationsraum, der gewöhnlich mehrere Städte und Gemeinde in zwei oder mehr Staaten umfasst. Die Entwicklung der Eurodistrikte soll deutlich über die klassische grenzüberschreitende Zusammenarbeit hinausgehen. Eine fest definierte Rechtsform für den Eurodistrikt gibt es nicht. Gegenwärtig bestehen vier Eurodistrikte unter baden-württembergischer Beteiligung: Eurodistrikt Straßburg-Ortenau (seit 2005) Eurodistrict Region Freiburg/Centre et Sud Alsace (seit 2006) Trinationaler Eurodistrict Basel (seit 2007) EURODISTRICT REGIO PAMINA (seit 2008)

Die Region in Mitten von Tradition und Innovation

Die Schwäbische Alb (südlicher Teil) weckt Pioniergeist – nahe einer uralten Universität

Der besondere Reiz der Region Neckar-Alb liegt in ihrer Vielfalt: Urbanen Räumen mit einer hohen Bevölkerungsdichte im Albvorland stehen ruhige, ländliche Räume auf der Schwäbischen Alb gegenüber.

Die Region Neckar-Alb umfasst die Landkreise Reutlingen, Tübingen und den Zollernalbkreis. Auf einer Fläche von 2.531 km² leben hier ca. 691.000 Menschen in 66 Städten und Gemeinden. Die Stadt Reutlingen (112.000 Einwohner) und die Universitätsstadt Tübingen (88.000 Einwohner) bilden das Oberzentrum der Region.

Hohe Eigentumsquote, starke Kaufkraft, wenig Arbeitslose

In den letzten 25 Jahren hat die Region fast 100.000 Einwohner hinzugewonnen. Eine hohe Eigentumsquote, eine starke Kaufkraft und eine geringe Arbeitslosigkeit (4,6%) sind Vorteile, die den Wirtschaftsraum auszeichnen. Um hier auch bei zukünftig eher abnehmender Bevölkerungszahl, bedingt durch den demografischen Wandel, allen Bewohnern der Region weiterhin eine gute Versorgung sicherstellen zu können, wird zur Zeit ein regionales Zentren- und Märktekonzept als Handlungsgrundlage erarbeitet.

Besonderes Gewicht bei den weichen Standortfaktoren hat die Erholungslandschaft mit ihrer Vielzahl an Naturschutzgebieten und dem bislang einzigen Biosphärengebiet in Baden-Württemberg. In ihm sollen der Natur- und Umweltschutz mit der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der im Gebiet lebenden Menschen erfolgreich verknüpft werden, und zwar auf eine Weise, die den Ansprüchen der heute lebenden Men-

schen gerecht wird und gleichzeitig die Lebensgrundlage nachfolgender Generationen erhält. Mit dem „Biosphärengebiet Schwäbische Alb“ entsteht also ein Beispielgebiet für „nachhaltige Entwicklung“.

Burgen und Schlösser laden zu historischen Erkundungen

Darüber hinaus bietet die Region Kulturhungrigen ein breites Angebot für fast alle Geschmacksrichtungen. Burgen und Schlösser laden zu historischen Erkundungen ein und über den Masterplan Neckar soll der Neckar verstärkt in das Bewusstsein der Bevölkerung gerückt werden.

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche beträgt 14,0%. Fast die Hälfte der Fläche ist landwirtschaftlich genutzt (46,7%). Größere Waldgebiete am Albtrauf, im Schönbuch und Rammert (38,1%), großflächige Streuobstwiesen im Albvorland, terrassierte Weinberglagen am Schönbuchsüdrand sowie Wacholderheiden, Blumenwiesen und Heckengebiete prägen maßgeblich die vielfältige Kulturlandschaft der Region. Die höchste Erhebung der Region ist der Plettenberg mit einer Höhe von 1.002 m. Der tiefste Punkt der Region mit 290 m ü. NN befindet sich etwa acht Kilometer nördlich der Reutlinger Innenstadt am Ufer des Neckars.

Das Klima der Region Neckar-Alb ist maßgeblich atlantisch bestimmt, zeigt jedoch gebietsweise eine kontinentale Prägung auf der Schwäbischen Alb. Die Einflüsse des Klimawandels wurden in den letzten Jahren insbesondere durch extreme Hochwasserereignisse spürbar. Ein Hochwassermanagementprojekt soll hier für nachhaltige Entwicklungen beispielgebend wirken. Des Weiteren ist ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept für die Region Neckar-Alb geplant, das die Grundlage für umsetzungsorientierte Maßnahmen in den Landkreisen und Kommunen der Region bilden soll.



Der Albtrauf – als der nach Nordwesten ausgerichtete Steilabfall der Schwäbischen Alb, hier im Bild bei Mössingen – ist eine geologisch einzigartige Topographie.



Die 1477 gegründete Eberhard-Karls-Universität in Tübingen zählt zu den ältesten deutschen Hochschulen.



Stilleben: Biosphärengebiet Münsingen – auf der Albhochfläche.

Stuttgarter Flughafen und die Messe liegen direkt vor den Toren

Der Wirtschaftsstandort Neckar-Alb liegt im Kräftefeld zwischen den Ballungsräumen München, Stuttgart und Zürich und wird insbesondere durch die B 27, B 28, B 312, der westlich tangential verlaufenden A 81 und der nördlich tangential verlaufenden A 8 erschlossen. Der Stuttgarter Flughafen und die Messe liegen direkt vor den Toren der Region. Um den öffentlichen Nahverkehr umweltfreundlicher zu gestalten und weitere Nutzerpotenziale zu erschließen, wird zurzeit an der Einführung der RegioStadtBahn Neckar-Alb gearbeitet.

Die Wirtschaft der Region wird geprägt von den Branchen Maschinenbau, Automotive, Textil sowie Holz und regenerative Energien und zählt zu einer der Top-Adressen anspruchsvoller Technologien im Bereich der Biotechnologie, der Medizintechnik sowie Informations- und Kommunikationstechnologie. Unternehmen wie Bosch (Elektronik und Halbleiterfertigung), Boss und Mey (Textil), Gambro und Erbe (Medizintechnik), Schwörer (Fertighaus und Holzwirtschaft) oder Magura/bebro und Groz-Beckert wirken als Leuchttürme.

Auch viele kleinere Unternehmen haben sich mit Pionierleistungen und einer hohen Effizienz bei Forschung und Entwicklung eine gute Position am Weltmarkt gesichert. In der Region Neckar-Alb gibt es 217.893 Beschäftigte (2009). Der Anteil der im Produzierenden Gewerbe Tätigen liegt mit 41,4% über dem Landesdurchschnitt (38,6%).

Regionalverband ist an Projekten und Institutionen beteiligt

Die Lagegunst und das Engagement innerhalb der Europäischen Metropolregion Stuttgart, die Stärken in der Bildung, der Forschung, der Wissenschaft, mit den Hochschulen Tübingen, Reutlingen, Rottenburg und Albstadt, der Wirtschaft und nicht zuletzt auch die hohe Lebensqualität sind Vorzüge, die der Region Neckar-Alb ein unverwechselbares Profil im deutschen und europäischen Umfeld geben.

Der Regionalverband ist über seine klassischen Aufgaben hinaus noch an verschiedenen Projekten und Institutionen beteiligt, z. B. der Bio-RegioSTERN. Dabei handelt es sich um ein gemeinsames Kompetenznetzwerk, Anlauf- und Beratungsstelle für Existenzgründer, Unternehmer und Forscher im Bereich Biotechnologie. STERN steht für die fünf dynamischen Biotechnologie-Standorte Stuttgart, Tübingen, Esslingen, Reutlingen, Neckar-Alb. In Deutschland gilt die Bio-RegioSTERN zwischenzeitlich als Best Practice-Region und ist eine von zwei bundesweiten Gewinnern in der Ausschreibung „Gesundheitsregionen der Zukunft“.

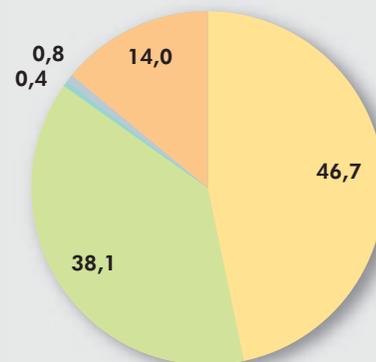
Eine weitere sehr enge Verbindung besteht mit der 2003 gegründeten Standortagentur Tübingen-Reutlingen-Zollernalb GmbH. Sie ist ein Zusammenschluss aus derzeit 31 Städten und Gemeinden der Region, den drei Landkreisen, dem Regionalverband Neckar-Alb, der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer. Zentrale Aufgabe der Gesellschaft ist die Entwicklung, Bündelung und Durchführung von Maßnahmen des Standortmarketings für die Region Neckar-Alb im Rahmen der kommunalen Aufgabenerfüllung zur Stärkung der Region.

Besonderheit: weisungsfreie Sonderaufgabe als Schulträger

Seit nunmehr 30 Jahren erfüllt der Regionalverband Neckar-Alb die weisungsfreie Sonderaufgabe als Schulträger der Körperbehindertenförderung Neckar-Alb. Die Aufgaben der KBF reichen über Frühförderstellen, Sonderschulkindergärten und Körperbehindertenschule mit ihren verschiedenen Abteilungen, Wohneinrichtungen für Behinderte, Betreuung für erwachsene Behinderte und alte Menschen, Mobile Soziale Dienste, Therapeutische und Pflegerische Dienste bis hin zu Freizeitmaßnahmen.



Flächennutzung in %



- Siedlung und Verkehr
- Landwirtschaft
- Wald
- Wasser
- Sonstige

Regionsfläche (qkm)	2.530,94
Gesamtzahl der Städte und Gemeinden	66
Einwohnerzahl	690.603
Einwohner/qkm	273
Anteil unter 18 Jahre	17,9%
Anteil 65 Jahre und älter	18,7%
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	217.893
Anteil am BIP des Landes	5,37%



Regionalverband Neckar-Alb
 Löwensteinplatz 1
 72116 Mössingen
 Telefon: 0 74 73 / 95 09 0
 Telefax: 0 74 73 / 95 09 25
<http://rvna.de/>
info@rvna.de

Im Team zu neuen Gewerbeflächen

Die Region Neckar-Alb setzt verstärkt auf übergemeindliche Zusammenarbeit

Die Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen führen bei den Gewerbeflächen zu einem zunehmenden Wettbewerbsdruck. Die Gemeinden weisen Gewerbeflächen auf Vorrat aus, um die Nachfrage eines potenziellen Investors bedienen zu können. Dadurch entsteht ein Überangebot an Gewerbeflächen. Trotz allem kann es zu einem weiteren Flächenverbrauch, zu Eingriffen in Natur und Landschaft, zu Verlust von Naherholungsfunktionen und zu Einschränkungen der Lebensqualität kommen.

Wettbewerbsdruck entsteht auch durch demografischen Wandel

Auch der demografische Wandel, d. h. dass wir immer weniger, immer älter und immer bunter werden, hat Auswirkungen – das trifft auch Baden-Württemberg und jede einzelne Region.

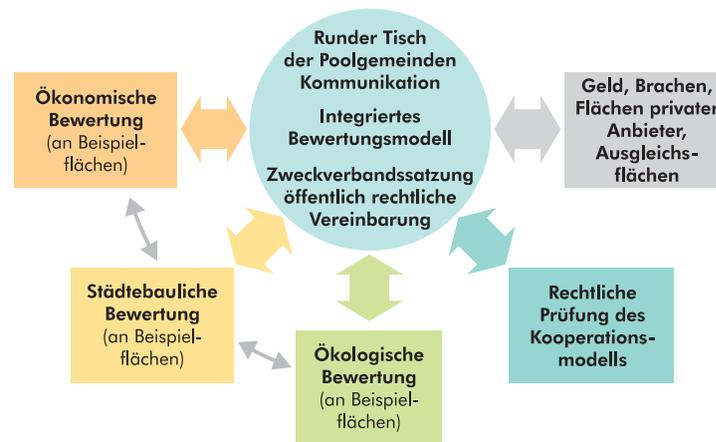
Das hat entscheidende Auswirkungen auf die Infrastruktur: Sie wird vielfach nicht mehr ausgelastet und finanzierbar sein. Der Unterhaltungs-

aufwand bleibt aber gleich. Höherwertige Einrichtungen erfordern gewisse Mindestgrößen der Nachfrage, um tragfähig und ausgelastet zu sein, d. h. bei abnehmender Bevölkerungsdichte einen größeren Einzugsbereich. Es besteht daher ein wachsendes Spannungsverhältnis zwischen wohnortnaher Versorgung und günstiger Erreichbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger einerseits sowie Tragfähigkeit bzw. Auslastung von Infrastruktureinrichtungen andererseits.



Gleichzeitig werden auch die Entwicklungschancen der Gemeinden verringert. Die Sicherung von Betrieben und urbanen Ortszentren sowie die Attraktivität der Gemeinde als Wohnstandort gelingen nur mit einem ausreichenden Angebot entsprechender Infrastruktur in angemessener Entfernung. Diese Herausforderungen werden insbesondere kleinere Gemeinden treffen.

Kooperationsmodell REGENA



REGENA: Der Regionale Gewerbeflächenpool Neckar-Alb

Überangebot führt zu ruinösem Unterbietungswettlauf

Kommt ein Investor, so treten die Gemeinden in gegenseitigen, oft ruinösen Wettbewerb ein und unterbieten sich, um den Zuschlag zu erhalten. Denn nur dann können sie ihre getätigten Investitionen zumindest mittel- bis langfristig durch Gewerbesteuererinnahmen refinanzieren. Durch diesen Verbrauch kommunaler Flächen- und Finanzressourcen stoßen die Kommunen aber immer mehr an ihre ökonomischen und ökologischen Grenzen und das Prinzip der Angebotsplanung führt dazu, dass Angebot und Nachfrage immer seltener zusammenpassen.

Eine tragfähige und qualitätsvolle öffentliche Daseinsvorsorge ist unter diesen Bedingungen vielfach nur noch in interkommunaler und regionsübergreifender Zusammenarbeit zu gewährleisten. Kooperationen sind für viele Kommunen nichts wirklich Neues. Die meisten Gemeinden haben sicherlich schon Erfahrungen mit diesem Thema, z. B. bei Verwaltungsgemeinschaften, bei Sozial- und Diakoniestationen, in Zweckverbänden, usw.

Neue Kooperationsmodelle sollten sich daher nicht nur auf einzelne Infrastruktureinrichtungen beschränken, sondern auch auf eine Abstimmung der Siedlungs- und Gewerbeentwicklung zielen und Möglichkeiten einer Schwerpunktbildung berücksichtigen.

Gewerbepark Engstingen-Haid – Der zentrale Wirtschaftsstandort

Ein gängiges Modell, um den Zugriff auf ökologisch wertvolle Flächen und gegenseitige Konkurrenz zu vermeiden sind Interkommunale Gewerbegebiete. Neben den eigenen Gewerbegebieten wird ein gemeinsames neues Gewerbegebiet von zwei oder mehreren Kommunen, in der Regel an den Gemarkungsgrenzen, entwickelt und im Rahmen eines Zweckverbands betrieben.

Aus einstigem Militärstandort wurde Gewerbepark Engstingen-Haid

Nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten im Jahre 1989 kam mit der realisierten Umstrukturierung der Bundeswehr auf die Garnisongemeinde Engstingen eine neue große Herausforderung zu. Der seit 1956 bestehende Militärstandort musste aufgelöst werden. Die existierenden Gebäude auf dem ehemaligen Kasernengelände mit den Mannschaftsräumen und Fahrzeughallen sowie das großzügige Gesamtareal sollten rasch einer neuen Verwendung zugeführt werden.

Primär ging es um die Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen zur Sicherung des wirtschaftlichen Fundaments für den Raum um Engstingen, Hohenstein und Trochtelfingen. Erklärtes Ziel war es, den Gesamtstandort in einen Gewerbepark umzuwandeln. Das gelang erfolgreich in erstaunlich kurzer Zeit. Auf Initiative der Bürgermeister der drei Gemeinden wurde bereits im Jahre 1992 der Zweckverband Gewerbepark Engstingen-Haid gegründet. Bis heute sind über 75% der Gewerbegrundstücke veräußert. Hierin enthalten sind Freiflächen wie auch bereits bebaute Grundstücke. Von den zur Veräußerung bestimmten und im Eigentum des Zweckver-



bands stehenden Gebäuden sind derzeit 100% der Lager- und Produktionsflächen und 65% der verfügbaren Büroflächen vermietet.

„Gewerbeflächenpool Neckar-Alb“ als Modellvorhaben des Verbands

Der Gewerbeflächenpool geht weit über das Konzept von interkommunalen Gewerbegebieten hinaus und versteht sich als kooperatives Modell, um eine gemeinsame, d.h. interkommunale Gewerbeflächenpolitik zu betreiben und dabei sowohl ökologische als auch ökonomische und soziale Belange im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung in Einklang zu bringen.

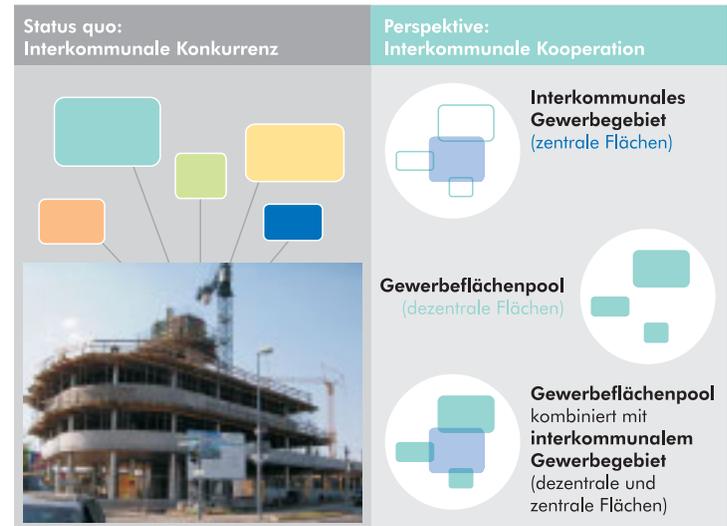
Auf Initiative des Regionalverbands Neckar-Alb wurde im Rahmen des REFINA-Programms das Forschungsprojekt „Gewerbeflächenpool Neckar-Alb“ als Modellvorhaben gefördert. Beteiligt sind mehrere Kommunen im Zollernalbkreis, die im Rahmen eines Runden Tisches der Bürgermeister und einer wissenschaftlichen Begleitung und Moderation ein detailliertes Konzept für einen Gewerbeflächenpool entwickelten.

Bei dem Gewerbeflächenpool bringen alle teilnehmenden Gemeinden ihre Gewerbeflächen in den Pool ein. Er lässt sich auch ohne weiteres mit interkommunalen Gewerbegebieten kombinieren. Der Runde Tisch der Poolgemeinden hat ein gemeinsames integriertes Bewertungsmodell erarbeitet, bei dem alle eingebrachten Flächen monetär über die Bodenrichtwerte oder unter zusätzlicher Berücksichtigung ökonomischer, städtebaulicher und ökologischer Kriterien bewertet werden.

Aus den eingebrachten bewerteten Flächen errechnet sich der Anteil jeder Gemeinde am Gewerbeflächenpool – und entsprechend werden Erlöse, d.h. Gewinne aus dem Grundstücksverkauf und/oder Gewerbesteuererträgen und Kosten des Pools aufgeteilt. Erschließungskosten werden den Gemeinden erstattet. Die Vermark-

Eine Kooperation mit Perspektive: Aus Konkurrenz entsteht interkommunal-gemeinschaftliches Handeln

Gewerbeflächenpool



tung der Flächen erfolgt durch die Poolgemeinschaft, wobei die Standortgemeinde ein Veto-recht hat.

Für den Gewerbeflächenpool „Neckar-Alb“ wird zur Zeit eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung erarbeitet, die ihren Schwerpunkt auf die gemeinsame Vermarktung von Gewerbeflächen und den Risikoausgleich bei der Gewerbesteuer-Verteilung legt. Der komplette Grundstücksverkehr soll bei den jeweiligen Kommunen bleiben. Man will auf diesem Wege einen Einstieg in das Modell wagen, der die Option auf einen künftigen Zweckverband offen hält.

Kooperationsraum Bempflingen-Grafenberg-Großbettlingen-Kohlberg-Riederich

Die Gemeindeverwaltungen von Bempflingen, Grafenberg, Großbettlingen, Kohlberg und Riederich pflegen bereits seit vielen Jahren eine enge Zusammenarbeit und sind in vielfältigen interkommunalen Organisationen eingebunden (Schulverbände, Wasserver- und -entsorgung, Verwaltungsverbände etc.). Die Bürgermeister der Gemeinden treffen sich darüber hinaus einmal im Jahr, um verschiedene gemeinsame Themen zu besprechen.

Dabei hat sich gezeigt, dass die Gemeinden aufgrund ihrer vergleichbaren Größe und Lage an der Peripherie der Wirtschaftszentren Stuttgart und Tübingen-Reutlingen vor den gleichen Fragestellungen stehen und diese an den Regionsgrenzen nicht haltmachen. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit und neue Formen der Kooperation gerade auch über die Regionsgrenzen hinaus wurde als erforderlich angesehen.

Unter Moderation und Beteiligung externer Fachleute sowie mit finanzieller als auch personeller Mitwirkung des Verbands Region Stuttgart und des Regionalverbands Neckar-Alb haben die Bürgermeister der Gemeinden Handlungsfelder und mögliche Kernprojekte definiert, die in den kommenden Jahren umgesetzt werden sollen. Um die künftige Zusammenarbeit im Kooperationsraum auf eine verbindliche Basis zu stellen, wurde ein Entwurf für eine „Interkommunale Vereinbarung“ zwischen den Gemeinden Bempflingen, Grafenberg, Großbettlingen und Riederich erarbeitet.

Die Chancen der Kooperation liegen darin, durch Bündelung der Kräfte, Kompetenzen und Ressourcen handlungsfähiger zu werden. Durch eine Spezialisierung des Dienstleistungsangebotes sollen Effizienzsteigerungen erzielt werden.

Ein wesentliches Ziel besteht darin, den Handlungsspielraum der Kommunen zu erweitern und sich Handlungsressourcen auf Feldern zu erschließen, die mit eigenen Mitteln oder aus eigener Kraft nicht erreichbar sind. Es sollen Projekte angestoßen werden, welche die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Kooperationsraum verbessern und interkommunal bewältigt werden können.

Die vertiefte Zusammenarbeit der vier beteiligten Gemeinden ist keine Konkurrenz zu den bestehenden Verbänden. Die Kooperation wird vielmehr als Ergänzung zu den Themenbereichen gesehen, die bislang kaum betrachtet wurden.

Fazit: Nur eine von „unten“ getragene Kooperation kann erfolgreich sein

Eine interkommunale Zusammenarbeit wird immer wichtiger werden. Ziel ist es dabei, gemeinsame Projekte zu definieren, die zur Sicherung des Infrastrukturangebots und zur Stärkung des Kooperationsraumes einen Beitrag leisten. Die Nutzung von Synergieeffekten, die Vermeidung gegenseitiger Konkurrenz, die Einsparung von Kosten sind dabei weitere wichtige positive Effekte.

Trotz positiver Rahmensetzungen in zukünftigen Regionalplänen und Unterstützung durch die Regionalverbände kann eine Kooperation aber nur erfolgreich sein, wenn sie von unten, von den Kommunen, von den Gemeinderäten, aber auch von der Bevölkerung getragen wird. Die wichtigsten Voraussetzungen für eine interkommunale und regionsübergreifende Kooperation sind gemeinsame Interessen und Vertrauen.

Kooperationsraum Bempflingen-Grafenberg-Großbettlingen-Kohlberg-Riederich



Dort leben, wo andere Urlaub machen

Nordschwarzwald und Kraichgau bilden Bindestrich zwischen Baden und Württemberg

Malerische Städte, Naturerlebnis, Erholung und Vielfalt – vor allem an reizvollen Landschaften, kulturhistorischen Kleinoden oder an Heilbädern und Kurorten – prägen das Gesicht der Region Nordschwarzwald. Kein Wunder, dass Tourismus und Freizeitwert bei uns das Image bestimmen, aber auch als wichtiger Wirtschaftszweig ganz groß geschrieben werden.

Nordschwarzwald ist namengebend und „Kernstück“

Der namengebende Nordschwarzwald mit seinen landschaftsprägenden Höhenzügen zwischen den engen Tallagen von Alb, Murg, Kinzig, Enz, Würm und Nagold bildet das „Kernstück“ der Region. Typisch für diese bis auf 1150 Meter Höhe ansteigende Mittelgebirgslage sind ausgedehnte Wälder und als charakteristisches Siedlungsmuster ab dem Mittelalter entstandene, heute noch landwirtschaftlich geprägte Waldhufensiedlungen.

Ebenfalls zur Region gehörend, aber im Namen nicht erwähnt, umrahmen die reizvollen Landschaften Stromberg, Kraichgau und Gäu im Norden und Osten den Nordschwarzwald. Im Norden erstrecken sich der Stromberg mit seinen Weinbergen und der leicht hügelige Kraichgau mit seinem Mosaik aus Äckern und Wäldern, unterbrochen von mancherlei Hohlwegen. Im Osten, bereits in Sichtweite zum Ballungsraum Stuttgart gelegen, schließen die Gäulandschaften mit ihren weiten Feldern und Heckenzügen an.



Beinberg, ein Ortsteil von Bad Liebenzell: eines der besterhaltenen Waldhufendörfer – einer besonderen Siedlungsform – in Deutschland



Maulbronn im Enzkreis – geprägt von einer mächtigen Klosteranlage aus dem 12. Jahrhundert – war lange wirtschaftliches, gesellschaftliches, politisches Zentrum einer ganzen Region



Die Gemeinde Seewald im Nordschwarzwald liegt in einer Höhe von 800 m über NN und zählt zum Landkreis Freudenstadt

Zahlreiche Thermalbäder und Weltkulturerbe inbegriffen

Wer dabei ist, den Nordschwarzwald zwischen Sternenfels im Norden und Freudenstadt im Süden bereits touristisch zu entdecken, hat vielleicht eines der zehn Thermalbäder wie beispielsweise Bad Wildbad, Bad Teinach oder Bad Herrenalb kennen und schätzen gelernt oder dem Weltkulturerbe Kloster Maulbronn, der Goldstadt Pforzheim oder dem größten Marktplatz Deutschlands in Freudenstadt einen Besuch abgestattet.

Die Region nüchtern durch die „Verwaltungsbrille“ betrachtet und mit Daten und Fakten angereichert, gibt folgendes Bild ab: Die Region umfasst den Enzkreis, das Oberzentrum Pforzheim, den Kreis Calw und den Kreis Freudenstadt. In der 2340 km² umfassenden Region leben fast 600.000 Menschen. Während der Süden der Region mit großen Teilen der Landkreise Calw und Freudenstadt zu den ländlichen Räumen Baden-Württembergs zählt, ist der Norden der Region vor allem entlang der Autobahn 8 und in den „Grenzbereichen“ hin zu den Regionen Mittlerer Oberrhein und Stuttgart als Verdichtungsraum oder Verdichtungsrandzone ausgewiesen.

Wortwörtlich: Brücke zwischen Baden und Württemberg

Der Nordschwarzwald, wegen seiner (relativen) Unzugänglichkeit als Höhenzug zwischen dem Rheintal und dem Stuttgarter Raum in früheren Zeiten jenseits des Automobils eher ein natürliches Hindernis und aufgrund seines kargen Bodens außerhalb der Gäulandschaften auch erst relativ spät besiedelt, stellt heute sowohl verwaltungstechnisch, verkehrstechnisch und auch wirtschaftlich das Bindeglied zwischen den beiden Regionen Oberrhein und Stuttgart dar. Die Nähe zu den Räumen Karlsruhe und Stuttgart wirkt sich entsprechend in vielfacher Hinsicht aus.

Die Schönheit der Landschaft, die reizvollen Kur- und Erholungsorte und der Naturpark Nordschwarzwald mögen als Synonym für hohe Wohnqualität und einen hohen Freizeitwert gelten. Diese Vorzüge haben neben der wirtschaftlichen Attraktivität der Region so manchen Neubürger angelockt und überzeugt. Die Region Nordschwarzwald verzeichnete in gut 20 Jahren bis 2006 einen Bevölkerungsanstieg um fast 100.000 Einwohner. Regionalplanung hat in den letzten Jahrzehnten vor allem das Wachstum durch die Ausweisung von neuen Trassen für Straßen, neuen Gewerbegebieten und Wohngebieten räumlich gelenkt. Seit 2006 ist die Bevölkerungsentwicklung aber wieder rückläufig, so dass sich die Region einem neuen zentralen raumordnerischen Zukunftsthema, dem demografischen Wandel, stellen muss.

Wandel von Land- und Forstwirtschaft – hin zur Dienstleistung

Standen seit dem Mittelalter die Land- und Forstwirtschaft mit Flößerei, Mehl- und Sägemühlen und vereinzelt der Bergbau sowie in jüngerer Zeit in Pforzheim die Gold- und Schmuckindustrie als Erwerbszweige im Vordergrund, so hat sich die wirtschaftliche Tätigkeit hin zu einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft vollzogen. Von den gut 180.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern arbeiten etwa 46% im produzierenden Gewerbe und 54% im gesamten tertiären Sektor. Das verarbeitende Gewerbe ist durch eine Branchenvielfalt, moderne Technologien und eine hohe Exportintensität gekennzeichnet.

Innerhalb des leistungsstarken Dienstleistungsgewerbes bilden die Handelsbetriebe einen Schwerpunkt. Verzahnungen zu den Schlüsselindustrien Automobilbau und Elektrotechnik im Stuttgarter Raum sind aufgrund von vielen Zulieferbetrieben in der Region gegeben. Die Wirtschaft der Region Nordschwarzwald ist insgesamt mittelständisch geprägt. Es gibt „hidden

champions“ und Weltmarktführer, wo man sie auf den ersten Blick vielleicht nicht vermutet. Erwähnt seien hier stellvertretend die Firmen Arburg in Loßburg und Fischer in Waldachtal.

Es bleiben Herausforderungen für die Regionalplanung

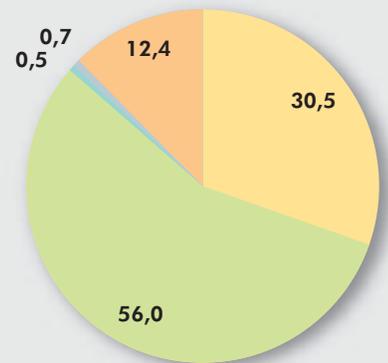
Unsere gesellschaftlichen Ansprüche, insbesondere ausgelöst durch wirtschaftliche Entwicklungen, prägen schon immer das Gesicht der Kulturlandschaften, heute freilich durch unsere moderne Gesellschaft wesentlich rasanter als früher. Die Ansprüche, die durch Wohnen, Arbeiten, neue Infrastrukturen und Freizeitverhalten an den Raum gestellt werden, gleicht der Regionalverband aus.

Regionalplanung gibt notwendigen Entwicklungen Raum, so beispielsweise durch Gewerbe- und neue Wohngebiete, sorgt aber gleichzeitig dafür, dass die Veränderungen durch (neue) Raumanprüche nicht ausufern und die Präsenz der Landschaft als Fremdenverkehrs- und Tourismusmagnet insgesamt erhalten bleiben. So gehen wir in der Region auch neue Wege. Trotz Bevölkerungsrückgang ist die Flächennachfrage ungebremst. Regionalplanung versucht Wald und Flur zu schonen. (s. S. 58 ff)

Spannungsfelder zwischen „Tradition und Moderne“ wird es immer geben. Eine weitere Herausforderung für die Landschaft, die Bevölkerung aber auch für den Regionalverband selbst liegt bei den Erneuerbaren Energien. So wird die Windenergie das Bild der Landschaft zweifelsfrei ändern. Regionalplanung sorgt dafür, dass die notwendigen Veränderungen behutsam und landschaftsgerecht erfolgen.



Flächennutzung in %



- Siedlung und Verkehr
- Wald
- Landwirtschaft
- Wasser
- Sonstige

Regionsfläche (qkm)	2.339,9
Gesamtzahl der Städte und Gemeinden	70
Einwohnerzahl	592.182
Einwohner/qkm	176
Anteil unter 18 Jahre	18,4 %
Anteil 65 Jahre und älter	19,9 %
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	179.824
Anteil am BIP des Landes	4,4 %

Stand 2010



Regionalverband Nordschwarzwald

REGIONALVERBAND NORDSCHWARZWALD
 Habermehlstraße 20
 D-75172 Pforzheim
 Telefon: 0 72 31 / 1 47 84-0
 Telefax: 0 72 31 / 1 47 84-11
<http://www.nordschwarzwald-region.de/>
planung@nordschwarzwald-region.de

Was brach liegt, wird fortan besser genutzt

Der Nordschwarzwald versucht den Appetit auf neue Siedlungsflächen zu zügeln

Neun Hektar Flächenverbrauch im Land am Tag sind zuviel: sagt man in Pforzheim, und entwickelt – zusammen mit Karlsruhe und Mannheim – eine Art Flächenrecycling. Nicht genutzte Flächen werden reaktiviert.

Durch unsere moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft hat sich seit Ende des Zweiten Weltkrieges im Hinblick auf die Flächenbeanspruchung Atemberaubendes getan. Der Appetit auf Fläche für den Straßenbau sowie für neue Wohn- und Gewerbegebiete war mächtig. In gut 50 Jahren haben wir den Anteil unserer Siedlungsflächen verdoppelt. Im Gegenzug zu dieser Betonierungswelle wurden Wälder und die freie Feldflur vor allem im Umfeld der Siedlungen verdrängt. Aktuell nutzen wir ca. 14% der Landesfläche als Siedlungs- und Verkehrsfläche, der Anteil der bebauten Flächen kann in einzelnen Kommunen jedoch beträchtlich höher liegen.

Trotz erster Erfolge im Kampf gegen das Flächenwachstum – im Schnitt der letzten Jahre immer noch neun Hektar pro Tag, bezogen auf Baden-

Württemberg – ist Handeln gefragt. Dies vor allem, da durch den spürbaren Siedlungsdruck die Schärfe der Probleme in Form von akuten Flächenengpässen und starken Nutzungskonflikten auf den Gemarkungen vieler Kommunen deutlich zunahm. Letztendlich geht jeder Quadratmeter neue Siedlungsfläche auf Kosten unserer Umwelt.

Flächenfraß – im Grunde ein bekanntes Phänomen

Der Mensch hat in seiner Entwicklung schon immer seine Umwelt nach Kräften gestaltet und geprägt. Siedlungen, Dörfer und Städte wurden beispielsweise als strategische Handlungspunkte oder als landwirtschaftliche Siedlungen über die Jahrhunderte hinweg neu gegründet. Alle unsere

Siedlungen haben sich dabei im Laufe der Jahrhunderte stetig gewandelt. Ihre Funktionen und ihr Gesicht haben sich unseren jeweiligen Bedürfnissen angepasst.

Die Entwicklungen in den unterschiedlichen Zeitaltern prägten sich auch immer auf die Umgebung, also auf die Umwelt aus. Wir haben in allen Epochen auf die Erscheinungsformen der Landschaften gestalterisch und strukturierend Einfluss genommen. Sei es durch die Nutzbarmachung „lebensfeindlicher“ Urlandschaften, sei es durch sich wandelnde Landwirtschaftsformen oder sei es vor allem in jüngerer Zeit durch die gebaute Umwelt. Diese Einflussnahme zeichnete sich immer durch eine Randerscheinung aus: Der Anspruch an die Fläche wuchs. Immer mehr freie Flächen wurden durch den Menschen beansprucht, in Besitz genommen und für seine Zwecke überformt. Aber erst in den letzten Jahrzehnten wuchs der Flächenhunger so exorbitant, wie wir ihn heute erleben.

Die Gründe für das rasante Anwachsen der Siedlungsflächen sind vielschichtig, liegen aber auf der Hand. Der Flächenhunger ist unseren Bedürfnissen geschuldet. Mehr Straßen für unsere Mobilität, mehr Wohnraum, Komfort und Behaglichkeit in unseren Häusern, große Einkaufs- und Freizeiteinrichtungen und schließlich ein großer Flächenbedarf durch prosperierende Unternehmen haben unsere Städte und Gemeinden aus den Nähten platzen lassen. Diese Konsequenzen verdanken wir also dem Wohlstandswachstum. Begleitet und beschleunigt wurden die Entwicklungen teilweise auch durch deutliche Bevölkerungszuwächse.

Flächenmanagement – Eine klassische Aufgabe für Regionalverbände

Flächenverbrauch bedeutet nach einer Definition des Umweltbundesamtes „die Umwandlung von un bebauten landwirtschaftlich genutzten Flächen wie Acker oder Grünland in Wohn-, Verkehrs- und Wirtschaftsflächen. Der Verbrauch geht einher mit der völligen oder teilweisen Versiegelung, also dem Bedecken des Bodens mit Bauwerken wie Straßen, Wegen, Häusern, Gewerbe- und Industrieanlagen.“ (Zitat nach www.umweltbundesamt.de). Diese Form von „Versiegelung“ hat Folgewirkungen auf die Ökologie, Bodenstruktur usw. und bedeutet oft auch eine Parzellierung und Verinselung von Landschaften und Lebensräumen. Die Regionalverbände in Baden-Württemberg und darüber hinaus sehen modernes Flächenmanagement als eine ihrer bedeutenden Aufgabenfelder. Durch koordinierte Ausweisung von Gewerbeflächen (siehe Aktionsfeld Neckar-Alb Seite 52) und Recycling bzw. Nutzung

von brachliegenden Siedlungs-, Verkehrs- und Gewerbeflächen – wie im Fallbeispiel des Regionalverbandes Nordschwarzwald – versucht man dem wachsenden Flächenverbrauch gegenzusteuern.

Der tägliche Flächenverbrauch in Deutschland liegt, mit leicht abnehmender Tendenz derzeit immer noch bei (auf das gesamte Bundesgebiet bezogen) ca. 100 Hektar (ha) am Tag. Diese Fläche – nach den Erhebungen des Umweltbundesamtes – entspricht einem Quadrat mit einer Kantenlänge von einem Kilometer oder ca. 100 Fußballfeldern. Das erklärte Ziel der Bundesregierung ist die tägliche Umwidmung von unversiegelten Flächen bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar am Tag zu senken!

Und genau hier, in der Bevölkerungsentwicklung liegt eine weitere Herausforderung. Als gesichert gilt, dass die Bevölkerungszahl mittel- bis langfristig schrumpfen wird. So dass wir, wie in Landstrichen und Städten außerhalb Baden-Württembergs bereits heute sichtbar, vermehrt mit brachfallenden Innenstädten und leer stehenden Immobilien zu kämpfen haben werden. Ein weiterer rasanter Flächenverbrauch würde auch diesen Konflikt weiter verschärfen.

Tempo raus: Lösungen werden gesucht

Bei Politik und Planung wuchs daher die Einsicht, etwas gegen dieses Phänomen des Flächenwachstums tun zu müssen. Die Beanspruchung von neuen, bisher unbebauten Flächen soll deutlich zurückgefahren werden, der bisher unaufhaltsam rollende Zug zumindest deutlich sein Tempo reduzieren müssen.

Der Weg hierzu – jedenfalls theoretisch – war schnell ausgemacht. Ein Teil des Flächenhungers kann durch nicht genutzte oder nicht mehr (richtig) genutzte Flächen gestillt werden. Bei diesem Ziel, der Innenentwicklung den Vorrang vor der Außenentwicklung einzuräumen, waren sich die Beteiligten aus Politik und Gesellschaft schnell einig. Der Gedanke ist auf den ersten Blick einfach und genial. Bisher unbebaute Grundstücke, stillgelegte Bahnflächen und nicht mehr genutzte Gewerbe- und Industrieflächen sollen einer Erst- oder Wiedernutzung zugeführt werden. Auf den zweiten Blick offenbart sich der Lösungsweg aber als steinig, so dass die Umsetzung alles andere als einfach ist.

Regionalplanung als Motor: Flächen mobilisieren

Die Schwierigkeiten sind vielfältig, teilweise klingen sie trivial, sind aber dennoch harte Brocken, die es anzupacken gilt. Und angepackt haben die Regionalverbände. Die erste Hürde, nämlich in Erfahrung zu bringen, wo und in welchem Umfang diese Flächen existieren, warum sie nicht genutzt werden und was zu tun ist, um sie zu nutzen, haben sechs Regionalverbände in einer gemeinsamen Aktion (Projekt: Raum +) mit dem Umweltministerium und den mitwirkenden Gemeinden genommen.

„Calwer Decken“ in Nagold: eine ehemals bedeutende Tuchfabrik mit aufgelassenen Standorten in Calw und in Nagold



Über eine wissenschaftlich fundierte Analyse wurde aufbereitet und gezeigt, wo es mobilisierbare Flächen gäbe. Gleichzeitig wissen wir nun, welche Schwierigkeiten an den Flächen haften. Und diese Probleme können mannigfaltiger Art sein, sie reichen vom Eigentümer, der nur zu Phantasiepreisen verkaufen will, bis zu handfesten Altlastenproblematiken aufgrund von Vornutzungen. Letzteres betrifft vor allem ehemalige Gewerbe- und Bahnflächen.

Am Ende des Tages waren die Erkenntnisse beachtlich. 800 Hektar könnten eigentlich in den Städten und Gemeinden der sechs Regionen ohne Probleme baulich genutzt werden. Im Hinblick auf den Flächenhunger zumindest eine mundende Vorspeise. Darüber hinaus zu wissen, wo weitere mobilisierbare Flächen wären und warum sie bisher nicht genutzt werden, ist gut, aber nicht ausreichend, um dem Problem der Neubeanspruchung von zwölf Fußballfeldern pro Tag Herr zu werden.

Der Kümmerer ist gefragt: Heft des Handelns

Die Regionalverbände haben das Heft des Handelns in die Hand genommen. Es liegt auf der Hand, dass sich jemand bewusst um die Reaktivierung dieser Brachflächen kümmern muss. Dies haben die Verbände getan, denn das gemeinsame Ziel von Land, Regionen und Kommunen, Flächen zu sparen, ist nur erreichbar, wenn auch Taten folgen.

In einem Pilotprojekt (Raum + Aktiv) sind die Verbände Mittlerer Oberrhein, Nordschwarzwald und der Verband Region Rhein-Neckar zusammen mit neun Städten und Gemeinden dabei, in jeder dieser einzelnen Gemeinden konkrete Flächen einer neuen Nutzung zuführen zu wollen.

Wie so oft liegt der Teufel im Detail und individuelle Lösungen fallen nicht vom Himmel. Es gilt, herauszufinden, welche individuelle Nutzung – sei es zum Wohnen, als Gewerbe- oder Einzelhandelsfläche – eigentlich erfolgversprechend wäre. Die Marktfähigkeit der Flächen ist also zu prüfen, ausgereifte Konzepte müssen her. Gleichzeitig werden die Eigentümer der Flächen frühzeitig eingebunden und es wird geschaut, welche Hemmnisse auf dem Weg liegen könnten, die eine Nutzbarmachung der Flächen erschweren.



„Calwer Decken“ in Nagold: eine ehemals bedeutende Tuchfabrik mit aufgelassenen Standorten in Calw und in Nagold

Brach liegende Gewerbefläche „Mackert“ auf Gemarkung der Stadt Buchen/Odenwald – eines von rund 3.000 Grundstücken, die im Rahmen der Untersuchung „Raum+“ erfasst wurden (siehe auch untenstehende Tabelle).

Jede Kommune braucht ein Entwicklungskonzept

Das alles kostet Zeit und Geld. Die Lasten sind entsprechend auf mehreren Schultern verteilt. Nicht umsonst sind neben den Gemeinden und den Regionalverbänden auch die Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz mit im Boot.

Im laufenden Prozess zeigt sich schon jetzt: Nur gemeinsames Handeln ist erfolgversprechend. Der Eigentümer muss von der Entwicklung seiner Fläche überzeugt werden, die Kommune braucht ein schlüssiges Entwicklungskonzept und das Land ist gefragt, wenn es darum geht, durch Fördergelder Entwicklungen zu stimulieren. Und es braucht einen Impulsgeber. Dies können die Regionalverbände sein. Denn sie haben sich dem Ziel des Flächensparens verpflichtet und sind darin geübt, Prozesse zu koordinieren und zu lenken.



Erfasste Potenziale kurzfristig nutzbarer Flächen – im Rahmen des Projekts Raum+

Region	erhobenes Potenzial gesamt		kurzfristig nutzbare Flächen		prozentualer Anteil	
	Anzahl der Grundstücke	Fläche (ha)	Anzahl der Grundstücke	Fläche (ha)	Anzahl der Grundstücke	Fläche (ha)
Basel-Landschaft	739	708	284	189	38,4%	26,7%
Hochrhein-Bodensee	555	535	99	90	17,8%	16,7%
Mittlerer Oberrhein	542	583	171	174	31,5%	29,8%
Neckar-Alb	428	441	132	126	30,8%	28,7%
Nordschwarzwald	514	469	100	87	19,5%	18,5%
Region Rhein-Neckar (BW)	586	822	189	213	32,3%	26,0%
Region Stuttgart	451	596	79	118	17,5%	19,8%
Summe BW	3.076	3.447	770	808	25,0%	23,4%
Summe Gesamt	3.815	4.155	770	808	20,2%	19,4%

Der Anteil an sofort verfügbaren Potenzialen (z.B. brach liegende Wiesen, aufgelassene Gewerbeflächen, Baulücken innerhalb Baugebieten) an den im Raum+ erhobenen Flächen in den einzelnen Regionen ist sehr unterschiedlich. Er schwankt zwischen 17% (Hochrhein-Bodensee) und 38% (Basel-Land). Gerade in Regionen, die überdurchschnittlich hohe Reserven im Innenbereich aufweisen, ist der unproblematisch aktivierbare Anteil gering.

Quelle: leicht modifiziert, nach Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Schlussbericht des Kooperationsprojektes Raum+, Nachhaltiges grenzüberschreitendes Siedlungsflächenmanagement, S. 65

Raum für Talente und Patente

Der Osten von Württemberg offeriert Teddybären – und Global Player

Raum für Talente und Patente – mit diesem Motto drückt Ostwürttemberg sehr lebendig die Tatkraft und Dynamik seiner Bevölkerung, seiner Kommunen und seiner Unternehmen aus. Die Region nimmt bundesweit eine Spitzenposition in der Patendichte und der Innovationskraft ein. Kein Wunder, dass hier Pioniergeist und Ideenreichtum gepflegt werden. Hier entwickeln sich Wachstumsbranchen und Zukunftstechnologien durch weltweit agierende Marktführer ebenso wie durch erfolgreiche Mittelständler oder junge dynamische „Start ups“. Dies ist schon seit Jahrhunderten so.

Ubi ferrum nascitur, wo das Eisen geboren wurde ...

Ubi ferrum nascitur, wo das Eisen geboren wurde, so bezeichnete man diese Landschaft, als ab 1365 hier nach Erz geschürft und ein Hochofen zur Metallherzeugung und Metallverarbeitung errichtet wurde. Damit ist Ostwürttemberg die älteste Industrieregion Deutschlands und Wiege des industriellen Aufstiegs Württembergs.

Bis heute ist der Raum zwischen Schwäbisch Gmünd, Aalen, Ellwangen und Heidenheim Heimat für Global Player. Unternehmen wie Steiff in Giengen, Triumph International in Heubach und Aalen, Varta in Ellwangen,

Voith in Heidenheim, Weleda in Schwäbisch Gmünd oder Carl Zeiss in Oberkochen exportieren von hier aus in alle Welt. Schwerpunkte bilden die Optik und Photonik, der Maschinen- und Werkzeugbau, die Oberflächentechnik und das Design, sowie Mobilität und „Automotive“. An den fünf Hochschulen der Region studieren fast 10.000 Studenten.

Der Wettbewerb um Ideen, um Produkte und Menschen wird begleitet durch Maßnahmen, die sich an der Innovationskraft der Region, ihren Bildungs- und Kulturangeboten, aber auch ihrer

Infrastruktur festmachen. Infrastrukturverbesserungen haben zur Stärkung des Standorts geführt. Unternehmensgründungen und Existenzfestigungen finden gute Rahmenbedingungen, nicht zuletzt durch Beratervereine und Beteiligungsfonds.

Neue Studiengänge – international beachtete Kulturangebote

Eine Vielzahl neuer Studiengänge, eine Verdoppelung der Studierendenzahlen in den letzten Jahren und besondere Internationalität der fünf Hochschulen zeichnet die Region aus. Institute der anwendungsorientierten Forschung sind breit aufgestellt. Für Kultur und Tourismus stehen auch international beachtete Einrichtungen und Veranstaltungen wie die junge Philharmonie Ostwürttemberg oder die internationale Musikschulakademie Schloss Kapfenburg.

Landschaftlich ist Ostwürttemberg sehr abwechslungsreich. Das flächenhafte Albvorland mit den Flüssen Rems, Kocher, Lein und Jagst leitet über zum Albrand. Von Südwesten nach Nordosten durchzieht die bis 300 m hohe Jurastufe der Schwäbischen Alb die Region. Die Hochflächen der Ostalb mit dem Albuch und dem Härtsfeld neigen sich nach Südosten zur Donauniederung hin. Geologische Besonderheiten sind der Rieskrater bei Bopfingen und das Steinheimer Becken, die vor 15 Millionen Jahren durch Meteoriteneinschläge entstanden sind.

Von Nord nach Süd und von West nach Ost durchziehen Ostwürttemberg zwei Entwicklungsachsen entlang der Täler von Rems sowie von Jagst, Kocher und Brenz. Sie sind besonders gut durch Straße, Schiene und Versorgungsleitungen erschlossen. Hier konzentriert sich der Austausch von Gütern und Dienstleistungen. Entlang dieses Achsenkreuzes befinden sich 90% aller industriell-gewerblichen Arbeitsplätze und wohnen 65% der Regionsbevölkerung. Über die Autobahn A7 und die Bundesstraßen sowie die Schienenstrecken Stuttgart-Aalen-Nürnberg, Ulm-Crailsheim und Aalen-Augsburg ist Ostwürttemberg in das nationale Verkehrsnetz eingebunden.



Schloß Baldern mit dem Ipf (im Hintergrund) bei Bopfingen im Ries



Landschaft pur: Das Eselsburger Tal an der Brenz in Ostwürttemberg



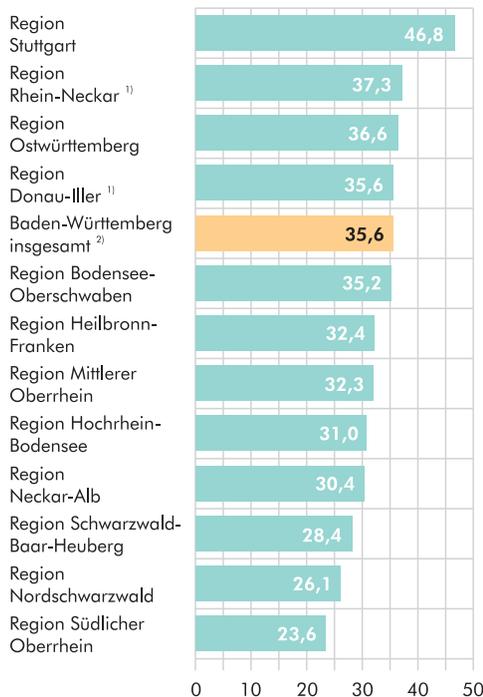
Weltfirma Carl Zeiss AG in Oberkochen (südlich Aalen): Spiegelsystem eines Röntgenteleskops

Regionalplanung stellt sich den Herausforderungen

Bei allen Verbesserungen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hat sich Ostwürttemberg auch auf Veränderungen und neue Anforderungen der Zukunft eingestellt. So legt der Regionalplan bedeutsame Gewerbegebiete fest und formuliert Ziele, durch welche die Infrastrukturen von Schienen und Straßen, durch Verkehrslandeplätze aber auch durch Breitbandvernetzung weiter verstärkt werden können. Dies ist für eine überdurchschnittlich exportorientierte Wirtschaft und eine mobile Bevölkerung sehr entscheidend.

Innovationsindex für die Regionen Baden-Württembergs 2010

Wertebereich 0 – 100



1) Soweit Land Baden-Württemberg.
 2) Für die EU-Regionen und die beiden baden-württembergischen Kreise liegen keine völlig identischen Innovationsindikatoren vor, daher wird der Innovationsindex für die beiden Untersuchungsräume mit Hilfe von inhaltlich ähnlichen Einzelindikatoren berechnet. Ein direkter Vergleich der absoluten Indexwerte auf Landesebene mit den Werten auf der EU-Ebene ist aus diesem Grund nicht möglich.

Besondere Fachplanungen, etwa zum Bau und Ausbau von Straßen- und Schienenwegen, aber auch der Energieversorgung, gestaltet der Regionalverband mit und erarbeitet dazu regionale Entwicklungsvorstellungen. Durch die umfassenden Rauminformationen, die im digital gestützten regionalen Geoinformationssystem zur Verfügung gestellt werden, erhalten Planungs-träger und Investoren wertvolle Informationen für ihre Entwicklungsplanungen.

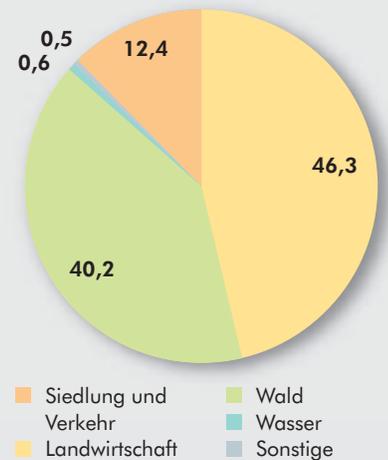
Der Regionalverband betrachtet es immer wieder als seine Aufgabe, Entwicklungen und Trends aufzuspüren und Grundlagen dafür zu erarbeiten, um sich auf neue Herausforderungen bestmöglich einzustellen. Sehr frühzeitig hat er daher ein Konzept für die Breitbandversorgung in der Fläche erarbeitet, sehr frühzeitig hat er durch seine Strukturberichte, etwa zur Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung, zur Entwicklung des Schienenverkehrs oder zur Nutzung regenerativer Energien, wertvolle Impulse gesetzt und konkrete Vorschläge für eine vorausschauende Standortvorsorge gemacht.

Als erste Region des Landes hat der Regionalverband in seinem Regionalplan der Nutzung der Windkraft breiten Raum gegeben. Dabei galt es, die Schönheit und Vielfalt der Natur, die vielfältigen Landschaftsbilder unseres Raumes sichtbar und erlebbar zu erhalten. (s. S. 64 ff)

Gleichwertige Lebensbedingungen durch günstige Standortvoraussetzungen in allen Räumen der Region zu schaffen, ist die wichtigste Aufgabe der Raumordnung. Dazu leistet der Regionalverband seinen Beitrag und orientiert sich dabei an den Lebensverhältnissen der Menschen und den Bedürfnissen der Wirtschaft. Damit sorgen der Regionalplan und der Regionalverband für eine nachhaltige Regionalentwicklung, welche die hohen Potentiale der Region nutzt, die Landschaftsbilder bewahrt und den Lebensraum, die Umwelt und Heimat weiter entwickelt.



Flächennutzung in %



Regionsfläche (qkm)	2.139
Gesamtzahl der Städte und Gemeinden	53
Einwohnerzahl	
Stand 02/2011	450.000
Einwohner/qkm	211
Anteil unter 18 Jahre	19,0%
Anteil 65 Jahre und älter	19,8%
Stand 02/2011	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	150.000
Anteil am BIP des Landes	3,8%



Regionalverband Ostwürttemberg
 Universitätspark 1
 73525 Schwäbisch Gmünd
 Telefon: 0 71 71 / 9 27 64-0
 Telefax: 0 71 71 / 9 27 64-15
<http://www.ostwuerttemberg.org/>
info@ostwuerttemberg.org

Der Nutzung von Windenergie Raum geben

Die Regionen im Land erkennen die Chancen in der Nutzung regenerativer Potentiale

Ohne Energie geht nichts. Daher ist es eine der wichtigsten Aufgabenstellungen moderner Industriestaaten, die künftige Energieversorgung zu sichern. Eine besondere Herausforderung ist es dabei, den steigenden Energiebedarf zu decken und gleichzeitig unabhängiger von Energieeinfuhren zu werden.

Auch die Regionalverbände befassen sich seit langem mit den neuen Fragen der Energieversorgung. Aufgabe der Regionalverbände ist es nicht zuletzt, immer wieder vorausschauend Entwicklungen aufzuspüren und darauf mit Konzeptionen, Strukturuntersuchungen, aber auch mit regionalen Planungen zu reagieren.

Wir beziehen heute insbesondere Öl, Gas und Kohle, also fossile Energieträger aus dem Ausland, aus den gleichen Quellen, aus denen auch andere Länder ihren wachsenden Energiebedarf decken wollen. Damit wächst weltweit die Nachfrage und der Wettbewerb um diese Energieträger, die gleichzeitig endliche Ressourcen sind, die irgendwann versiegen werden. Liefericherheit und Versorgungssicherheit hängen wie die Preisentwicklung eng mit der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung, mit Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zusammen.

**„Wenn der Wind des Wandels bläst, bauen die einen Schutzmauern, die anderen Windmühlen“
(Chinesisches Sprichwort).**

Dies führt dazu, dass heute die lokale Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen, welche die Natur bereitstellt und die keine nennenswerten negativen Umweltauswirkungen haben, d. h. die Energiegewinnung aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme wieder mehr beachtet wird. Bereits früher haben Wasser- und Windmühlen sowie Biomasse wie Stroh und Holz, Wärme und Kraft erzeugt.

Die Region Ostwürttemberg hat derzeit im Regionalplan sieben Vorrangflächen zur Nutzung von Windkraft ausgewiesen, auf denen 45 Windräder im Betrieb sind und Strom produzieren



Ergänzend gibt es Anstrengungen, Energie effizienter umzuwandeln, einen höheren Wirkungsgrad zwischen eingesetzter und genutzter Energie zu erzielen und gleichzeitig wesentlich mehr Energie einzusparen durch die Entwicklung und Herstellung von Geräten mit sparsamerem Verbrauch.

Regionalplanung ging schon früh auf Energieversorgung ein

Energie muss erzeugt, transportiert und verteilt werden. Dies sind immer auch regionale Fragestellungen, die nicht auf ein Gemeindegebiet beschränkt zu beantworten sind. Wegen ihrer überörtlichen Bedeutung und Wirkung müssen daher immer wieder gemeinsame Lösungen auf regionaler Ebene gefunden werden.

Die ersten Regionalpläne enthielten bereits Aussagen, mit denen auf die Chancen und Probleme der Energieversorgung hingewiesen worden ist. Mit den Jahren ergab sich aber auch die Notwendigkeit, Energiefragen durch räumliche Festlegungen zu regeln und damit ordnend einzugreifen, wo sich abzeichnete, dass Flächen ungezügelt in Anspruch genommen oder sich Konflikte mit der Raumnutzung ergeben würden.

Die Nutzung erneuerbarer Energien erzeugt fast keine Schadstoffemission, sie hat jedoch Wirkungen auf andere Schutzgüter im Raum wie etwa die Menschen, die Natur und die Umwelt. Sie muss vor allem in dicht besiedelten Ländern mit dem Schutz anderer Belange wie der Lebensqualität der Bevölkerung, dem Landschafts- und Naturschutz und der Flächenverfügbarkeit, beispielsweise für die landwirtschaftliche Produktion abgestimmt sein.

Erneuerbare Energie heißt heute: bis zu 200 Meter hohe Windräder

Heute geht es um den Bau von bis zu 200 m hohen Windrädern, die teilweise mehrere Kilometer sichtbar sind und in der Regel überörtliche Auswirkungen auf sensible Landschaftsbilder haben. Die Regionalverbände tun durch ihre Pla-

nungen viel dafür, dass erneuerbare Energie stärker genutzt wird. Damit schaffen die Regionalverbände ein Bewusstsein und Raum dafür, dass solche Energiequellen, die in menschlichen Zeithorizonten unendlich zur Verfügung stehen, wieder mehr genutzt werden.

Zu diesen Bestrebungen der Regionalverbände, die Nutzung der erneuerbaren Energien und insbesondere der Windenergie in den Regionalplänen zu regeln, kamen in den letzten Jahren neue gesetzliche Regelungen hinzu, durch die der Bau von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien für Investoren interessant wurde. Windenergieanlagen sind privilegiert, d. h. sie müssen in freier Landschaft überall genehmigt werden, wenn nicht so genannte öffentliche Belange ihrer Errichtung entgegenstehen.

Solche Belange können beispielsweise die Beeinträchtigung von Vogelschutzgebieten oder die Nähe zu Wohnsiedlungen sein. Sie müssen in jedem einzelnen Fall abgeprüft werden. Zum anderen erhalten Investoren eine besonders hohe Vergütung zugesichert, wenn sie Strom aus erneuerbaren Quellen, also beispielsweise aus Windenergieanlagen, ins öffentliche Stromnetz einspeisen. Die Regionalverbände haben seit Mitte der 90er Jahre Regelungen erarbeitet, um auf regionaler, also überörtlicher Ebene abgestimmte Konzepte zu haben, die eine einheitliche Beurteilung von Anlagen gewährleisten. Diese Regelungen nehmen gleichzeitig für eine Vielzahl von Bauanträgen Entscheidungen vorweg und können diese erleichtern und beschleunigen.

Kriterien zur Errichtung von Windenergieanlagen erstellt

Etwas das bereits auf regionaler Ebene abgeprüft ist, muss im einzelnen Zulassungsverfahren nicht erneut untersucht werden. Die Regionalverbände haben Kriterien erarbeitet, mit denen die Konflikte, die sich aus der Errichtung von Windenergieanlagen ergeben können, möglichst weit verringert werden. Ganz verhindern lassen sich Konflikte nicht, denn Windenergieanlagen sind große bauliche Anlagen, die weithin sichtbar sind

und auf hohen und damit windstarken Orten errichtet werden und dadurch den Eindruck einer Landschaft beim Betrachter sehr verändern. Dementsprechend umstritten sind Windräder in der Bevölkerung.

Die einen begrüßen die Errichtung von Windrädern, weil sie sehr sichtbar machen, dass Strom aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen werden kann – ein Windrad der 2-Megawatt-Klasse kann ca. 1.000 Haushalte mit Strom versorgen. Die anderen sehen in Windrädern eine „Verspargelung“ der süddeutschen Mittelgebirgslandschaft. Damit ist die Veränderung der über Jahrhunderte gewachsenen, von Menschenhand geformten Kulturlandschaft gemeint.

Pro und contra: Windräder verändern das Gesamtbild der Landschaft

Dass Windräder das Gesamtbild der Landschaft verändern, ist unbestritten. Hinzu kommen Befürchtungen, Windräder könnten auf Wohngebiete bei niedrigstehender Sonne einen Schatten werfen, der die Wohnqualität beeinträchtigt. Man spricht vom Discoeffekt, wenn das sich drehende Windrad die Sonne überstreicht und im Wohnzimmer den Effekt einer Lichtorgel hat.

Auch ist es in der kalten Jahreszeit nicht ausgeschlossen, dass von herabfallenden Eisbrocken, die sich an den Windflügeln bilden, eine Gefährdung ausgeht. Ebenso weisen die am Fuß der Anlagen gefundenen toten Vögel und Fledermäuse darauf hin, dass die Windräder nicht an jedem Standort realisierbar sind.

In diesem mit wenigen Stichworten umschriebenen Spannungsfeld bewegen sich die Regionalverbände mit ihren Planungen. Sie nehmen die Befürchtungen der Bevölkerung, die begründeten Einwendungen gegen Windenergieanlagen im allgemeinen oder am konkreten Standort sehr ernst und erarbeiten in aufwändigen Planungsverfahren Kriterien, die sie an die Ausweisung von Flächen, auf denen Windräder erstellt werden können, anwenden. Hier zeigt sich in hervorragender Weise, wie die Regionalplanung zu inter-



Durch die heute gängigen Größen der Windkraftanlagen mit Nabenhöhen bis 135 Meter, und einer Gesamthöhe bis 185 Meter, müssen im Suchverfahren für die Ausweisung von Vorrangflächen besondere Vorgaben formuliert werden

kommunal abgestimmten Lösungen auf regionaler Ebene beiträgt, aber auch wie sie zum Ausgleich der unterschiedlichen, teilweise konkurrierenden Ansprüche an die Nutzung des Raumes in regionalen Abwägungsentscheidungen kommen kann.

Die Regionalplanung leistet einen Beitrag zur Versorgungssicherheit

Durch sehr intensive und transparente Planungsverfahren trägt die Regionalplanung zur Verminderung des mit der Errichtung von Windenergieanlagen verbundenen Konfliktpotentials durch die Formulierung von einheitlichen Kriterien und deren Anwendung bei und erarbeitet damit Vorentscheidungen für wirklich geeignete Standorte und für die Erleichterung und Beschleunigung der nachfolgenden Zulassungsverfahren.

Die Regionalplanung leistet einen Beitrag zur Versorgungssicherheit mit Energie und zur Schonung begrenzter fossiler Energieressourcen, für die Verminderung der Abhängigkeit von Energieeinfuhren und für die Wertschöpfung in der Energieerzeugung in der Region und nicht zuletzt zum Umbau der Energieversorgung und zur Verminderung von CO₂-Emissionen. Auch durch die Einbeziehung der Bevölkerung in transparente Planungsprozesse erzielen die Regionalverbände möglichst hohe Akzeptanz für die Nutzung der erneuerbaren Energien.

Windräder versorgen 28 % der privaten Haushalte

Zu dieser Akzeptanz tragen auch beispielsweise die ungefähr 45 Windräder in den Vorranggebieten der Region Ostwürttemberg bei. An ihnen wird deutlich sichtbar, dass emissionsfreie und umweltfreundliche Energieerzeugung möglich ist, welche die Wertschöpfung in der Region erhöht. Die Windräder erwirtschaften im Jahr ungefähr 190 Millionen kWh Strom. Sie versorgen damit 28 % der privaten Haushalte in der Region mit elektrischem Strom. Eine beeindruckende Bilanz.

Die Regionen setzen aber auch mit ihren künftigen Regionalplänen auf den weiteren Ausbau der Nutzung regenerativer Energien. So wird künftig auch die Region Ostwürttemberg in ihrem neuen Regionalplan, der derzeit erarbeitet wird, nicht zuletzt der Nutzung der Windenergie weiteren Raum geben. Dabei kommt uns entgegen, dass die Landesregierung eine Windpotentialanalyse hat durchführen lassen, die verfeinerte Informationen und Daten zur Windhöffigkeit liefert, also zur Stärke und zur Verteilung der Windhäufigkeit in den Landschaften der Region. Mit diesen Daten erhält einerseits unsere bisherige Planung ihre

Bestätigung, andererseits zeigen sie uns noch genauer, wo mit der besten Windernte zu rechnen ist.

Vor dem Hintergrund der besonderen Topographie unserer Region und der heutigen Größe der Windkraftanlagen – Nabenhöhe 135 m, Rotor-durchmesser 101 m ergibt eine Gesamthöhe von 185 m (drei Megawatt Nennleistung) – müssen im Suchverfahren für die Ausweisung von Vorranggebieten für die Errichtung von Windenergieanlagen besondere Vorgaben formuliert werden. So sind Abstände festzulegen, damit schädliche

Umweltauswirkungen wie Lärm, Schattenwurf und sonstige optische Beeinträchtigungen möglichst unterbleiben.

Damit schafft der Regionalverband Ostwürttemberg wie alle Regionalverbände mit die Voraussetzungen, damit das Ziel der Landesregierung, die Nutzung der Windenergie im Vergleich zu 2005 bis zum Jahr 2020 um 290% auszubauen, bald erreicht und möglichst noch übertroffen werden kann.

Analyse des Windpotenzials: Der Windatlas 2011 Baden-Württemberg

Im März 2011 legte das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg mit dem Windatlas eine flächendeckende Windpotenzialanalyse für ganz Baden-Württemberg vor. Das Ministerium präsentierte den Atlas zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Regionalverbände Baden-Württemberg. Der Windatlas steht den Regionalverbänden als Datenbasis für ihre Teilfortschreibungen „Windkraft“ zur Verfügung.

Bisher gibt es Teil-Regionalpläne bzw. Teilfortschreibungen „Wind“ in folgenden Regionen im Land:

Region Bodensee-Oberschwaben: Der Teil-Regionalplan Windenergie ist seit Juni 2006 verbindliche Planungsgrundlage für die Region. Er legt drei Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen fest. Seine Fortschreibung ist bereits beschlossen. In der Region gibt es aktuell sieben Windkraftanlagen an vier Standorten; davon befindet sich nur eine Anlage in einem Vorranggebiet.

Region Donau-Iller: Die 4. Teilfortschreibung des Regionalplans zur Nutzung der Windkraft ist seit Dezember 2009 in Kraft. Sie umfasst fünf Vorranggebiete (vier davon im baden-württembergischen Teil, auf 246 ha), eine in bayerischem Gebiet (auf 24 ha). Darin sind bereits 17 Anlagen in Betrieb, weitere 20 Anlagen sind noch möglich.

Region Heilbronn-Franken: Im Regionalplan Heilbronn-Franken ist ein Kapitel ‚Windenergie‘ (4.2.3.3) enthalten; rechtskräftig seit Juli 2006. In der Region sind 14 Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen festgelegt. Zur Zeit gibt es ca. 110 Anlagen, davon 72 in den festgelegten Vorranggebieten.

Region Hochrhein-Bodensee: Die Teilfortschreibung Windenergienutzung ist seit August 2009 genehmigt. In sieben Vorranggebieten sind Standorte Windkraftanlagen festgesetzt. In der Region gibt es drei Windkraftanlagen. In den Vorranggebieten können zusätzlich 20 bis maximal 33 Windkraftanlagen errichtet werden.

Region Mittlerer Oberrhein: Zum Regionalplan aus dem Jahr 2003 gibt es die Teilfortschreibung „Kapitel 4.2.5. Erneuerbare Energien – Windenergie“, verbindlich seit Juni 2004. In vier Vorranggebieten sind insgesamt 18 Anlagen möglich. In den Ausschlussgebieten finden sich in der Region fünf Anlagen mit 3,2 Megawatt Nennleistung.

Region Ostwürttemberg: Für die Windkraft gibt es einen Teilregionalplan aus dem Jahr 2002, der in sieben Vorrangflächen Raum für 45 Windräder gibt. Die Vorrangflächen haben einen Umfang von 356 ha. Dort ist eine Leistung von 87 Megawatt installiert. Die Windräder erbringen einen jährlichen Ertrag von 180 Mio. Kilowattstunden.

Region Schwarzwald-Baar-Heuberg: Bei der Regionalplanfortschreibung 2006 wurden auf Grundlage der Windenergiekonzeption für die Region elf Vorranggebiete festgelegt. In der Region sind derzeit 40 regionalbedeutsame Windkraftanlagen in Betrieb, von denen 19 Anlagen in den Vorranggebieten errichtet wurden.

Region Südlicher Oberrhein: Die seit 2006 rechtskräftige Teilfortschreibung „Kapitel Windenergie“ ermöglicht es, Windenergieanlagen in 13 Vorranggebieten mit einer Gesamtfläche von rd. 230 ha zu errichten. Anlagenzahlen legt der Regionalplan nicht fest.

Metropolregion Rhein-Neckar: Der Verband Region Rhein-Neckar hat 2005 einen Teilregionalplan Windenergienutzung erstellt. Darin sind 16 Vorranggebiete (auf einer Fläche von 365 ha) ausgewiesen, zwei Windenergieanlagen nachrichtlich übernommen. Bisher sind 20 Windenergieanlagen im baden-württembergischen Teilraum der Region Rhein-Neckar errichtet, fünf weitere Anlagen sind genehmigt.

Verband Region Stuttgart: In dem seit 19. Oktober 2010 genehmigten Regionalplan sind neun Vorranggebiete ausgewiesen.

Die Regionalverbände Nordschwarzwald und Neckar-Alb verfügen bisher über keine verbindliche Planung, die Teil-Regionalpläne „Wind“ befinden sich momentan in der Fortschreibung.

Weitere Informationen: www.windatlas-bw.de

Natur und Industrie erfolgreich vereint

Schwarzwald-Baar-Heuberg – Uhrmacher, Medizintechniker, Naturparks und Wasserfälle

Die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg mit den Landkreisen Schwarzwald-Baar-Kreis, Rottweil und Tuttlingen zeichnet sich durch eine hohe, deutlich über dem Landesdurchschnitt liegende Industriedichte, eine dominierende mittelständische Industrie sowie zugleich durch einen hohen Freizeit- und Erholungswert aus.

Im Zuge der Entwicklung der starken Industriestandorte ging der landschaftlich reizvolle Charakter des Schwarzwaldes, der Baar und des Heubergs nie verloren. Dabei hat die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg in der Vergangenheit eine wirtschafts- und strukturpolitische Erfolgsgeschichte geschrieben, die bundesweit ihresgleichen sucht.

Hier verliefen die Staatsgrenzen zwischen Baden, Württemberg und Preußen

Schon früh hatten die Menschen erkannt, dass ihre Chancen in der Verflechtung mit der nahen und fernen Umgebung liegen. Vor dem Hintergrund der politischen Grenzen, die sich in der Vergangenheit stets durch die Region zogen, war dies ein entscheidender Schlüssel zum Erfolg. Bis ins 19. Jahrhundert gehörte der Raum zum Teil zu Vorderösterreich, zum Teil zum Schwarzwald-Fürstentum Fürstenberg. Seit napoleonischer Zeit verliefen hier die Staatsgrenzen zwischen Baden, Württemberg und Preußen (Hohenzollern).

Zwei andere Grenzen sind noch heute spürbar: Die Konfessionsgrenze und die Sprachgrenze zwischen dem Alemannischen und dem Schwäbischen. Symbolisch für den vollzogenen Wandel steht die größte Stadt der Region – Villingen-Schwenningen. Hier schlossen sich das badische Villingen und das schwäbische Schwenningen zum Oberzentrum der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg zusammen.

Den industriellen Wandel dokumentieren die Vorläufer der heutigen modernen Industrie. Eisenhämmer, Drahtzüge, Sägemühlen, Glashütten, Papiermühlen, Brauereien, handwerkliche Uhrmachereien, Messerschmieden und Waldgewerbe zeugen vom traditionellen Erfindungsgeist und machten die Region zugleich weit über Ihre Grenzen hinweg bekannt.

Der industrielle Wandel – und die größte Uhrenfabrik der Welt

Die Firma Junghans in Schramberg entwickelte sich dabei zur größten Uhrenfabrik der Welt. Durch die enorme Innovationsfähigkeit der Unternehmen konnte darüber hinaus aber auch die Zukunftsfähigkeit des Industriestandortes gesichert werden. So haben in der Region inzwischen vor allem kleine und mittlere Betriebe der Elektrotechnik/Elektronik, der Feinmechanik, der Medizintechnik, der Mess-, Regel- und Steuerungstechnik sowie des Maschinenbaus die innovative Herausforderung gemeistert.

Firmen von überregionaler Bedeutung sind dabei heute unter anderem die Aesculap AG als Zentrum für Medizintechnik, die Marquardt GmbH als Hersteller von elektromechanischen und elektronischen Schaltern und Schaltsystemen oder die Hans Grohe GmbH und Co KG als führender Hersteller technischer Badeausstattungen. Diese hochqualifizierte Industriekultur wird heute durch entsprechende Lehr- und Forschungseinrichtungen wie beispielsweise die Fachhoch-



Ein typisches Schwarzwaldhaus bei Oberkirnach



Der Schwarzwald zwischen Schönwald und Triberg – Die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg ist von den Mittelgebirgslagen des Südschwarzwalds geprägt.



Blick über die Baar bei Donaueschingen

schule Furtwangen und das Institut für Mikro- und Informationstechnik in Villingen-Schwenningen begleitet und sichert damit auch zukünftig den Wirtschaftsstandort.

Gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur in der Region

Positiv bemerkbar macht sich hier auch die gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg. Insbesondere in Nord-Süd-Richtung besteht mit der Autobahn 81 (Stuttgart – Singen) eine leistungsfähige Verkehrsachse. In Ost-West-Richtung sind in erster Linie die den Schwarzwald überquerenden B 33 (Villingen-Schwenningen – Offenburg) und B 31 (Geislingen – Donaueschingen – Freiburg) entscheidend.

Entlang dieser überregional bedeutsamen Straßen verlaufen auch die wichtigsten Schienenwege. So sind in Nord-Süd-Richtung die Gäubahn (Stuttgart – Zürich) und in Ost-West-Richtung vor allem die Schwarzwaldbahn (Kreuzlingen – Offenburg – Karlsruhe) entscheidend. Während der Süden der Region zudem von der Donautalbahn (Ulm – Neustadt, Schwarzwald) erschlossen wird, ist für den Nahverkehr in der Region der Ringzug (s. S. 70 ff), der die Zentren Donaueschingen, Villingen-Schwenningen, Rottweil, Tuttlingen und Blumberg miteinander verbindet, die wichtigste Schienenverbindung.

Gutes Zusammenspiel in einer ausgewogenen Struktur an Zentren

Für einen überwiegend ländlich geprägten Raum wie die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg ist diese Infrastrukturausstattung ein entscheidender Erfolgsfaktor, den es zu sichern und zu stärken gilt. Im Zusammenspiel mit einer ausgewo-

genen zentralörtlichen Struktur mit Villingen-Schwenningen als Oberzentrum sowie den Städten Rottweil, Tuttlingen, Donaueschingen und Schramberg als Mittelzentren stellt sich für die Bevölkerung ein attraktiver Lebensraum dar.

Entscheidend wirken sich dabei auch die weichen Standortfaktoren mit ihrer attraktiven Vielfalt aus. Landschaftlich stößt die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg im Westen an die Gebirgskämme des Hochschwarzwaldes und erstreckt sich nach Osten im Bereich des Heubergs bis auf die Höhen der Schwäbischen Alb. Zwischen diesen Mittelgebirgen mit Höhenlagen von über 1.000 m liegt im Süden der Region die Baar-Hochmulde, an die sich nach Norden das Obere Gäu mit dem Neckartal anschließt.

Landschaftliche Attraktivität und ein abwechslungsreiches Kulturangebot

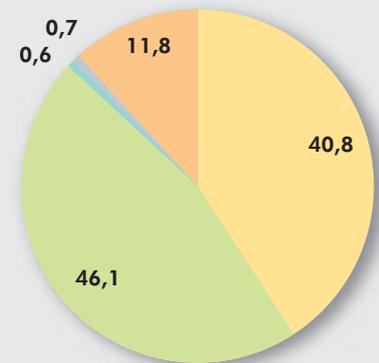
Einzigartige Naturparks wie der Naturpark Obere Donau oder der Naturpark Südschwarzwald, historische Stadtbilder wie das der ältesten Stadt Baden-Württembergs – Rottweil, eine vielfältige Museumslandschaft mit dem Deutschen Uhrenmuseum in Furtwangen als nur einem Beispiel, sowie nicht zuletzt die alljährliche traditionelle „Fasnet“ gelten als weit über die Grenzen der Region bekannte touristische Highlights.

Von besonderem Interesse sind darüber hinaus Deutschlands höchste Wasserfälle in Triberg, die Donauquelle in Donaueschingen sowie die Wutachschlucht mit ihrer einzigartigen Wildflusslandschaft. Höhenlagen zwischen 600 und über 1.000 m bieten zudem interessante Perspektiven für Wintersportler.

Landschaftliche Attraktivität und ein abwechslungsreiches Kulturangebot auf der einen Seite sowie moderne und zugleich traditionsverbundene Industrie auf der anderen Seite sind in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg in einem Atemzug zu nennen.



Flächennutzung in %



- Siedlung und Verkehr
- Wald
- Landwirtschaft
- Wasser
- Sonstige

Regionsfläche (qkm)	2.529
Gesamtzahl der Städte und Gemeinden	76
Einwohnerzahl	
Stand 06/2010	481.325
Einwohner/qkm	190
Anteil unter 18 Jahre	18,7%
Anteil 65 Jahre und älter	20,7%
Stand 12/2009	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	
Stand 06/2009	174.087
Anteil am BIP des Landes	4,4%



Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg
Johannesstraße 27
78056 Villingen-Schwenningen
Telefon: 0 77 20/97 16-0
Telefax: 0 77 20/97 16-20
<http://www.regionalverband-sbh.de>
info@rvsbh.de

Eine S-Bahn für das flache Land

Der Regionalverband und seine drei Landkreise setzen den Zug vorbildlich aufs Gleis

Zwischen Rottweil, Villingen und Tuttlingen fährt seit 2003 der „3er-Ringzug“ – mit rund 200 Kilometern Streckennetz ein Vorzeigeprojekt. Über 40 neue Haltepunkte mit integralem Taktfahrplan vermeiden Umsteigen.

Der Ringzug Schwarzwald-Baar-Heuberg zählt zweifellos zu den besonders ambitionierten Nahverkehrsprojekten in Baden-Württemberg. Es ging dabei nicht nur darum, die Nahverkehrspolitik dreier Landkreise aufeinander abzustimmen und einen gemeinsamen Verbundtarif zu entwickeln, sondern auch um die Reaktivierung des zunächst von der Deutschen Bundesbahn und später dann von der Deutschen Bahn AG sehr „stiefmütterlich“ behandelten Schienenpersonennahverkehrs in der weitgehend ländlich

geprägten Region Schwarzwald-Baar-Heuberg. Hinzu kam die Neuordnung einer Vielzahl von Busverkehren.

Das Ziel, den weitestgehend nur noch auf den Bus ausgerichteten Nahverkehr der Region wieder zurück auf die Schiene zu verlagern und so auch kleinere Gemeinden und Ortsteile passend anzubinden, war eine große Herausforderung für die ganze Region. Schließlich musste das Konzept in drei Kreistagen beraten werden. Dem Projekt ging eine lange, von schwierigen Verhandlungen und intensiven Abstimmungsprozessen geprägte Planungsphase voraus.

Integraler Taktfahrplan Bus und Bahn für die Region

Auf der Grundlage der im Januar 1995 vom Regionalverband Schwarzwald – Baar – Heuberg vorgelegten Studie „Integraler Taktfahrplan Bus und Bahn für die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg“ wurde zunächst ein flächendeckendes ÖPNV-Konzept für die drei Landkreise Rottweil, Schwarzwald-Baar-Kreis und Tuttlingen erarbeitet. Mit einem Integralen Taktfahrplan, der die



Schienen- und Busverkehre in der Region optimal miteinander verknüpft, wollten die Verkehrsplaner die Mobilität im ÖPNV entscheidend verbessern.

Leicht merkbare Taktfahrpläne auf allen Linien sowie eine Optimierung der Umsteigeverbindungen in den Verkehrsknoten waren dabei die entscheidenden Elemente. Vorbild für dieses regionale Nahverkehrskonzept war das so genannte Donautal-Modell im Landkreis Tuttlingen, wo der Nachweis erbracht wurde, dass sich der ÖPNV mit derartigen Konzepten ganz erheblich verbessern lässt.

Für die ÖPNV-Kunden bringt der Ringzug heute aber nicht nur eine erhebliche Verbesserung des Verkehrsangebotes, sondern auch ein völlig neues Tarifsystem. In allen drei Landkreisen gibt es jetzt Verkehrsverbünde, die in der regionalen Tarifkooperation zusammenarbeiten. Für die Fahrgäste bedeutet dies, dass sie mit einer Fahrkarte alle öffentlichen Verkehrsmittel in der gesamten Region mit Ausnahme der zuschlagspflichtigen Fernverkehrszüge der Deutschen Bahn AG benutzen können.

Kern ist ein S-Bahn-ähnlicher Verkehr auf rund 200 km langem Netz

Das Konzept für den Ringzug wurde vom Land Baden-Württemberg, dem Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg und den drei Landkreisen der Region gemeinsam entwickelt. Sein eigentlicher Kern ist ein S-Bahn-ähnlicher Verkehr auf einem rund 200 km umfassenden ringförmigen Streckennetz zwischen den drei Landkreisen und ihren Zentren Villingen-Schwenningen, Rottweil, Tuttlingen und Donaueschingen. Daher kommt auch der Name „der 3er-Ringzug“ für dieses drei Landkreise verbindende Nahverkehrskonzept.

Dort, wo noch Mitte der 1990er Jahre nur überregionale Zugverkehre mit wenigen Halten die Region durchquerten, gibt es heute ein gut ausgebautes Schienennahverkehrsnetz, das auch viele kleinere Gemeinden und Ortsteile erschließt. Ergänzend zum ringförmigen Grundkonzept verkehren die Züge zudem bis ins Donautal im äußersten Osten der Region sowie bis auf die Südbaar bei Blumberg.

Auf dem Streckennetz des Ringzugs verkehren seit dem 1. September 2003 weitgehend im Stundentakt 20 moderne, leistungsstarke Diesel-Triebwagen der Hohenzollerischen Landesbahn. Sie bedienen in erster Linie den Nahverkehr in der Region, stellen darüber hinaus aber auch Anschlüsse an die weiterführenden Verkehre der Deutsche Bahn AG her.

Zur Erschließung neuer Siedlungsgebiete rund 40 neue Haltepunkte

Zwei Nebenstrecken, auf denen seit vielen Jahren kein planmäßiger Personenverkehr mehr stattgefunden hatte, wurden im Rahmen des Ringzugkonzepts reaktiviert. Dies waren die Strecke von Hüfingen nach Bräunlingen (ein Reststück der 1972 stillgelegten Bregtalbahn nach Furtwangen) sowie ein 1967 stillgelegtes Teilstück der Museumsbahn Blumberg. Dieses ermöglicht nun zugleich planmäßige Anschlüsse an diese auch als „Sauschwänzle-Bahn“ bezeichnete touristische Attraktion. Auch der zuvor kaum mehr rentable Streckenabschnitt der Trossinger Eisenbahn erhielt durch den Ringzug eine neue Perspektive.

Um die Erschließung neuer Siedlungsgebiete zu garantieren, wurden insgesamt rund 40 neue Haltepunkte entlang des Streckennetzes errichtet. An zahlreichen Stationen bestehen zudem Verknüpfungen mit Buslinien.

Ein Meilenstein dieses für eine ländliche Region modellhaften ÖPNV-Konzepts war die Unterzeichnung der so genannten Trossinger Vereinbarung im Januar 1996. In dieser Vereinbarung bekundeten die damaligen Landräte Manfred Authenrieth (Landkreis Rottweil), Dr. Rainer Gutknecht (Schwarzwald-Baar-Kreis) und Hans Volle (Landkreis Tuttlingen), das Ringzugkonzept umsetzen zu wollen. Das Land, seiner Zeit vertreten durch Ministerpräsident Erwin Teufel und Verkehrsminister Dr. Hermann Schauffer, versprach eine großzügige Förderung des Projekts.

Nach drei Jahren intensiver Beratungen fielen im Laufe des Jahres 1999 die Grundsatzentscheidungen in den drei Kreistagen. Zwei Jahre später konnte dann im April 2001 der Finanzierungsvertrag mit dem Land abgeschlossen und im Dezember 2001 der Zweckverband „Ringzug Schwarzwald-Baar-Heuberg“ gegründet werden. Seit 2005 ist der Zweckverband selbst auch Eisenbahnverkehrsunternehmen. Anfang 2003 wurden die ersten neuen Triebwagen vom Typ Regio-Shuttle ausgeliefert und es wurde mit den Bauarbeiten entlang der Strecke und für die neuen Haltepunkte begonnen.

Das Investitionsvolumen für das gesamte Ringzug-Projekt betrug rund 100 Mio. Euro. Rund zwei Drittel hiervon entfielen auf den Ausbau der Infrastruktur (z. B. Streckennetz, Haltepunkte und Sicherheitstechnik) und ein Drittel auf die Beschaffung der neuen Triebwagen. Die einzelnen Investitionen verteilten sich auf eine ganze Reihe unterschiedlicher Institutionen, von der Deutschen Bahn AG und weiteren Verkehrsunternehmen bis hin zu den Landkreisen sowie Städten und Gemeinden. Bund und Land förderten die Investitionen für den Ringzug mit großzügigen Zuschüssen: Die Fahrzeuge wurden mit 50 Prozent, die übrige Infrastruktur mit 85 Prozent bezuschusst.



Rund 200 Kilometer lang ist das Streckennetz, das ehemals badische, ehemals württembergische und hohenzollerisch geprägte Landesteile verbindet.

Noch steht allerdings die Forderung im Raum, das Verkehrsangebot auszubauen und mit dem Ringzug auch den Streckenabschnitt Geisingen – Donaueschingen zu bedienen. Dann erst wäre der die großen Städte der Region verbindende „Ring“ auch tatsächlich geschlossen.

Damit der Schienenpersonennahverkehr als Rückgrat einer leistungsfähigen, attraktiven und umweltverträglichen Nahverkehrsbedienungs langfristig gesichert werden kann, müssen aber auch weitere Maßnahmen getroffen werden. So gilt es einerseits die beim Ringzug aufgrund der hohen Nachfrage inzwischen zu beobachtenden Kapazitätsengpässe zu lösen. Nur so kann das Erfolgsmodell „3er-Ringzug“ nachhaltig zur Stärkung der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg beitragen.

Die Zukunft: Zubringerstrecken zum Ringzug bedarfsgerecht ausbauen

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen weiterhin auch die Zubringerstrecken zum Ringzug bedarfsgerecht ausgebaut werden. Dementsprechend sind insbesondere die Elektrifizierung der Streckenabschnitte von Neustadt im Schwarzwald nach Donaueschingen, zwischen dem Oberzentrum Villingen-Schwenningen und Rottweil sowie zwischen Immendingen und Tuttlingen wichtige Maßnahmen für die zukunftsfähige Weiterentwicklung des Schienenverkehrs in der Region. Mit der Elektrifizierung der Strecke Neustadt-Donaueschingen gäbe es neben dem Ringzug mit der Breisgau-S-Bahn dann auch eine optimale Ost-West-Verbindung über den Schwarzwald bis ins Rheintal.

Um zudem den Anschluss an die bedeutenden Fernverkehrslinien nicht zu verlieren, ist parallel zur Stärkung des ÖPNV in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg der zweigleisige Ausbau der Verbindung Stuttgart-Zürich (Gäubahn) ein elementares Handlungsfeld. Seit der Demontage

Start des Ringzugs – in ein neues Zeitalter im Nahverkehr

Am 1. September 2003 konnte der Ringzug den Betrieb aufnehmen. Die Aufnahme des Betriebs erfolgte allerdings zunächst mit Einschränkungen, denn nicht alle Haltepunkte waren rechtzeitig fertig geworden. Rund ein Jahr später war dann aber auch der zweite Bauabschnitt vollendet und so konnte am 11. Dezember 2004 mit der Inbetriebnahme aller Haltepunkte und der Eröffnung der Strecke nach Blumberg auch das letzte Teilstück in Betrieb gehen.

Mit dem Start des Ringzugs hatte für die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg ein neues Zeitalter im Nahverkehr begonnen. Dieser Quantensprung im Nahverkehr bedeutet für die Region Schwarz-

wald-Baar-Heuberg einen nicht zu unterschätzenden Standortvorteil. Üblicherweise sind attraktive Nahverkehrsangebote ein Merkmal der großen Ballungsräume. Im ländlichen Raum ist man hingegen allzu oft ausschließlich auf den Individualverkehr angewiesen.

So heißt es auch im derzeit aktuellen Regionalplan 2003 des Regionalverbands Schwarzwald-Baar-Heuberg, dass die Infrastruktur der Region so weiterzuentwickeln ist, dass die für den ländlichen Raum typischen Standortnachteile ausgeglichen werden. Dabei sollen insbesondere auch die noch vorhandenen Defizite im Bereich Verkehr abgebaut werden. Speziell zum Ringzugssystem wird ausgesagt, dass die bestehenden und geplanten Verkehrskonzepte der drei Landkreise der Region über das regionale Verkehrskonzept mit dem Ringzug zu vernetzen sind, um vor allem das Oberzentrum Villingen-Schwenningen besser mit den Mittelzentren Donaueschingen, Rottweil und Tuttlingen verbinden zu können.

des zweiten Gleises nach dem Zweiten Weltkrieg ist diese Schienenverbindung nicht dem Bedarf entsprechend entwickelt. Für die geplanten drei Doppelspurinseln zwischen Zürich und

Seit Anbeginn ist die privat betriebene „Hohenzollerische Landesbahn AG“ als Betreiber des Ringzugs mit im Boot: An zahlreichen Stationen bestehen zudem Verknüpfungen mit Buslinien.

Stuttgart (Horb-Neckarhausen, Rottweil-Spaichingen, Rietheim-Wurmlingen) sowie die Einrichtung weiterer Ausbaumaßnahmen setzt sich der Regionalverband intensiv ein.

So hat sich der Verband in Villingen-Schwenningen wie auch die vier anderen Regionalverbände entlang der Strecke an der Finanzierung der Planungskosten für den ersten Bauabschnitt entscheidend beteiligt. Zu den insgesamt sieben

Anliegerstädten, die sich ebenfalls finanziell eingebracht haben, zählen aus der Region auch die Großen Kreistädte Rottweil und Tuttlingen sowie von Seiten der Wirtschaft die Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg. Das Ziel aller regionalen Akteure ist es, möglichst bald wieder eine der internationalen Bedeutung dieser Strecke gerecht werdende Schienenverbindung zwischen Stuttgart und Zürich herzustellen.



Die Wohlfühlregion Südlicher Oberrhein

Portrait einer attraktiven Region mit internationalem Flair

Die Region Südlicher Oberrhein ist ein Teilraum der „Trinationalen Metropolregion Oberrhein“. Im Westen schließt Frankreich (Elsass) an und im Süden liegt die Schweiz. Das verleiht dem Südlichen Oberrhein ein internationales Flair – sowohl wirtschaftlich und kulturell als auch kulinarisch. Die klimatisch bevorzugte Region ist eine der sonnigsten und wärmsten Gebiete Deutschlands.

Auf 4.062 Quadratkilometer erstreckt sich die Region Südlicher Oberrhein. 47 Prozent davon bestehen aus Wald, etwa 40 Prozent werden landwirtschaftlich genutzt. 1,5 Prozent sind Wasserfläche und zwölf Prozent Siedlungs- und Verkehrsfläche. Die Region Südlicher Oberrhein umfasst den Stadtkreis Freiburg sowie die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen und Ortenaukreis mit insgesamt 126 Städten und Gemeinden.

Die Westgrenze der Region gegenüber dem französischen Elsass bildet der Rhein; die Ostgrenze verläuft über die Höhen des Schwarzwaldes, im Südosten bezieht sie die Westbaar als Teil des Schwäbischen Schichtstufenlandes mit ein. Nördlich und südlich der Region Südlicher Oberrhein grenzen die Regionen Mittlerer Oberrhein und Hochrhein-Bodensee. Im Osten schließen sich die Regionen Nordschwarzwald und Schwarzwald-Baar-Heuberg an. Der höchste Berg in der Region ist der Feldberg mit 1.493 m über N.N. Er ist damit der höchste Berg Baden-Württembergs und gleichzeitig die höchste Erhebung aller deutschen Mittelgebirge.

Anziehungskraft einer Wohlfühlregion

Die Oberzentren Freiburg und Offenburg sind die größten Städte der polyzentrischen Region mit insgesamt über einer Million Einwohnern. Zwischen 1971 und 2009 ist die Bevölkerung von rund 823.000 auf rund 1.047.000 Einwohner gestiegen. Das ist eine Zunahme von 27 Prozent. Damit nimmt die Region im landesweiten Vergleich eine Spitzenposition bei der Bevölkerungszunahme ein.

Die Verkehrslage ist gut

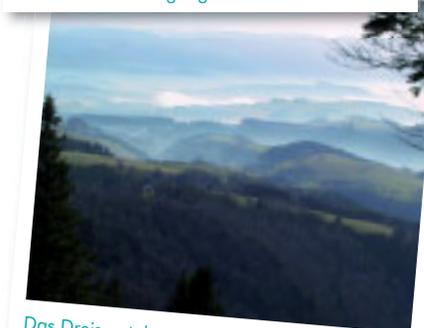
Der Rheingraben ist ein Transitkorridor von europäischer Bedeutung. Die Autobahn A 5 und die Rheintalbahn durchqueren das Verbandsgebiet in Nord-Süd-Richtung als zentrale Achse. Der Rhein ist internationaler Schifffahrtsweg. Die überregionalen Ost-West-Verbindungen einschließlich Schienenverbindungen sowie Bundes- und Lan-



Freiburg mit Blick aus Richtung Herdern, politisches und wirtschaftliches Zentrum der Region Südlicher Oberrhein



Die Passerelle des deux Rives über den Rhein bei Kehl verbindet seit 2004 Deutschland und Frankreich für Fußgänger



Das Dreisamtal – zwischen Kirchzarten und Freiburg – mit Blick vom Kandel

desstraßen in der Region Südlicher Oberrhein gehen vom Schwarzwald über den Rhein ins Elsass (L 87, B 28, B 31 u.a.). Diese Hauptverkehrsachsen sind quasi die Lebensadern der Region.

Einzigartiges Naturerbe in vielfältiger Landschaft

Die Region Südlicher Oberrhein wird gebildet aus mehreren, sich im Wesentlichen in nord-südlicher Richtung erstreckenden Landschaftsräumen, die sich in ihrer natürlichen Ausstattung und Nutzung in markanter Weise unterscheiden. Von West nach Ost sind dies: Oberrheinebene, Rheinhügelland (Vorbergzone), Schwarzwald und Alb-Wutach-Gebiet.



Wie kaum eine andere Region Deutschlands ist das südliche Oberrheingebiet durch eine kleinräumige Vielfalt der naturräumlichen Gegebenheiten geprägt. Die klimabegünstigte, submediterrane beeinflusste Oberrheinebene und die bis über 1.400 m erreichenden hochmontanen Gipfelflagen des Schwarzwaldes trennen nur wenige Kilometer Entfernung. Trotz des starken Nutzungswandels der letzten Jahrzehnte ist gerade im Schwarzwald der Charakter der gewachsenen Kulturlandschaft vielfach noch erlebbar. Prägend sind hier die in traditioneller Bauweise errichteten Einzelhofsiedlungen sowie die bis in die Hochlagen reichende bäuerliche Grünlandwirtschaft, bei der sich auf größeren Flächen bis heute vergleichsweise extensive Nutzungsformen gehalten haben.

In allen Naturräumen der Region, die sich durch eine biologische Vielfalt von nationaler und internationaler Bedeutung auszeichnet, existieren Vorkommen bundesweit und auch europaweit hochgradig gefährdeter Tier- und Pflanzenarten.

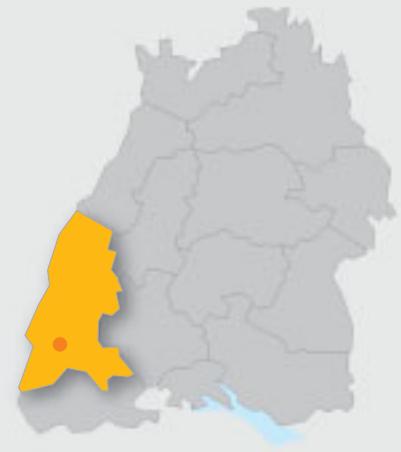
Der Hochschwarzwald zieht mit seinem einzigartigen Natur- und Kulturerbe Reisende und Erholungssuchende aus aller Welt an. Damit ist der Tourismus ein entscheidender Wirtschaftsfaktor in den ländlichen Teilräumen der Region. Die Vorbergzone des Schwarzwaldes und der Kaiserstuhl sind vorrangig durch den Weinbau geprägt. Hier gedeihen die anspruchsvollsten Rebsorten wie der Burgunder, die ansonsten fast ausschließ-

lich in mediterranen Gefilden zu finden sind. Nicht ohne Grund ist die Weinregion Baden als einziges deutsches Weinanbaugebiet in der Weinzone B der EU verortet; in guter Gesellschaft mit dem Elsass oder der Champagne.

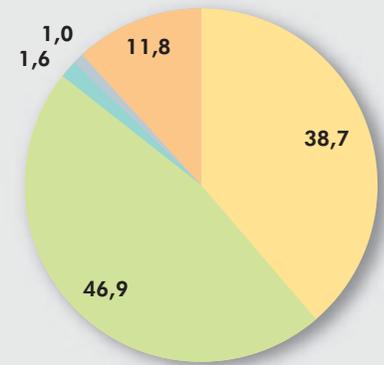
Innovative Wirtschaft und exzellente Wissenschaft

Die regionale Wirtschaft ist durch einen ausgewogenen Branchenmix und eine Vielzahl mittelständischer Unternehmen gekennzeichnet. Zahlreiche innovative Unternehmen aus den Leitbranchen Kreativwirtschaft, Erneuerbare Energien, Life Science sowie Hochtechnologie haben hier ihren Standort. Darüber hinaus ist die Region bekannt für ihre traditionsreichen Hochschuleinrichtungen sowie für ihre hervorragende Forschungs-, Bildungs- und Entwicklungslandschaft.

Diese Alleinstellungsmerkmale bringen Standortvorteile im globalen Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze mit sich und machen die „Wohlfühlregion“ auch als Wohnstandort mit hoher Lebensqualität attraktiv.



Flächennutzung in %



- Siedlung und Verkehr
- Wald
- Landwirtschaft
- Wasser
- Sonstige

Regionsfläche (qkm)	4.062
Gesamtzahl der Städte und Gemeinden	126
Einwohnerzahl	
Stand 02/2011	1.047.400
Einwohner/qkm	258
Anteil unter 18 Jahre	17,8%
Anteil 65 Jahre und älter	19,0%
Stand 12/2009	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	
Stand 12/2009	357.327
Anteil am BIP des Landes	
Stand 2008	8,6%



Regionalverband Südlicher Oberrhein

Planen, Beraten, Entwickeln.

Regionalverband Südlicher Oberrhein
 – Geschäftsstelle –
 Reichsgrafenstr. 19
 79102 Freiburg
 Telefon: 07 61 / 7 03 27-0
 Telefax: 07 61 / 7 03 27-50
 www.region-suedlicher-oberrhein.de
 rvso@region-suedlicher-oberrhein.de

Regenerative Energien und Energieeffizienz

Der Regionalverband Südlicher Oberrhein als Plan- und Impulsgeber

Die Auswirkungen des anhaltend hohen Verbrauchs fossiler Energieträger auf das Klima sind mittlerweile offenkundig. Zunehmende Wetterextreme sind keine Einzelereignisse mehr. Auch am Oberrhein nicht.

Wichtige Bausteine für den Klimaschutz und für eine zukunftsfähige Energieversorgung sind eine Steigerung der Energieeffizienz und eine konsequente Nutzung erneuerbarer Energien. In der Region Südlicher Oberrhein gibt es vielfältige Potenziale, die es zu erschließen gilt. Als Plan- und Impulsgeber leistet der Regionalverband einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zu einer nachhaltigen Energieversorgung in der Region.

Einsparziel: 20 Prozent weniger CO₂-Ausstoß bis 2020

Der Oberrheinraum stellt sich aufgrund seiner naturräumlichen und klimatischen Gegebenheiten als besonders sensibel gegenüber Klimaveränderungen dar. Bis 2050 sind eine Veränderung der Temperaturextreme, eine weitere Zunahme der Winter- und einer Abnahme der Sommerniederschläge sowie ein häufigeres Auftreten von lokal begrenzten Starkniederschlägen mit erhöhten Hochwassergefahren zu erwarten. Bis 2050 wird in der Region mit einem überdurchschnittlichen Anstieg der mittleren Jahrestemperatur um mindestens 1,2 bis 1,8 Grad Celsius gerechnet. Gleichzeitig profitiert der (Südliche) Oberrhein wie kaum eine andere Region in Deutschland von der klimatischen Gunstlage.

Vor diesem Hintergrund hat die Verbandsversammlung im März 2007 den Grundsatzbeschluss gefasst, den Pro-Kopf-Energieverbrauch in der Region bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent zu reduzieren und den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis 2020 im Kontext der gleich lautenden landespolitischen Zielsetzung auf 20 Prozent zu steigern. Demnach soll in der Region bis zum Jahr 2020 eine CO₂-Reduktion von 1.668.000 Tonnen pro Jahr gegenüber 2005 realisiert sein. Für eine erfolgreiche Energie- und Klimaschutzpolitik, die diesen Zielzustand anstrebt, ist ein Bündel von Maßnahmen und deren Einbettung in eine gesamt-räumliche Umsetzungsstrategie erforderlich.

Doppelstrategie: Vermeidung und Anpassung

In Anbetracht dessen verfolgt der Regionalverband Südlicher Oberrhein als Träger der Regionalplanung eine Doppelstrategie von Vermeidung (Mitigation) und Anpassung (Adaption). Diese Doppelstrategie hat zum Ziel, klimaschädliche Emissionen zu reduzieren (durch Förderung erneuerbarer Energien, sowie sparsame und effiziente Energienutzung) und gleichzeitig eine Anpassung an unabwendbare Klimafolgen zu erreichen (durch Vorsorge von Klimagefahren, Sicherung einer möglichst günstigen Klimasituation für den Menschen) bei gleichzeitiger Versorgungssicherheit. Dem Regionalverband kommt dabei eine gewisse Vorreiterrolle zu.



Die Strategische Partnerschaft – zum Klimaschutz am Oberrhein – wurde 2007 von 150 Kommunen, Institutionen, Verbänden, Kammern und Unternehmen der Region durch Unterschrift besiegelt

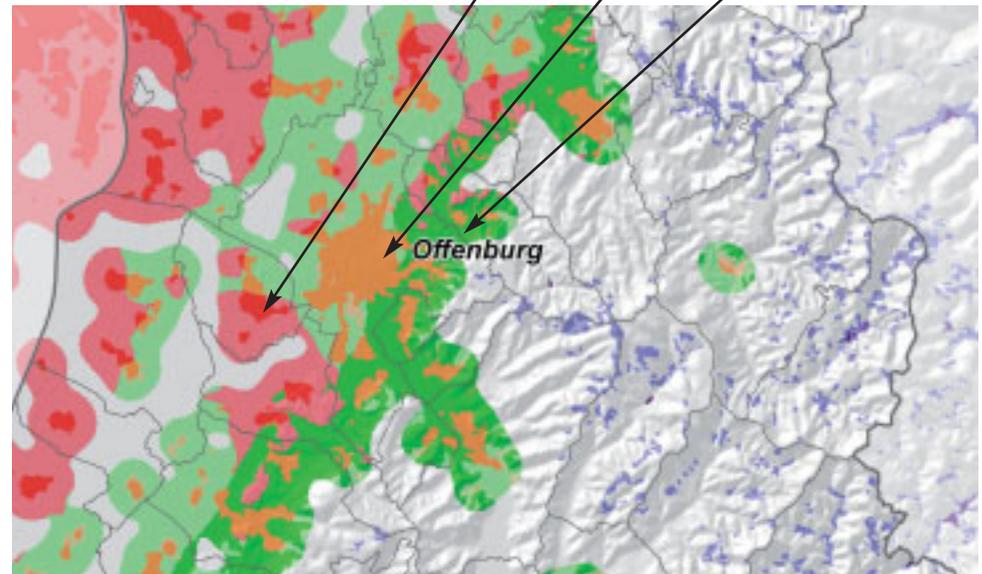
Unter den Vorzeichen des Klimawandels kommt es insbesondere auf eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung und -gestaltung an, die global wirkende Veränderungen wichtiger Klimaparameter örtlich nicht noch weiter verschärft.

Im Jahr 2003 verpflichtete der Landtag von Baden-Württemberg die Regionalverbände, die Windenergienutzung planerisch zu steuern. Mit dem seit 2006 rechtsgültigen Teilregionalplan, Kapitel Windenergie leistet der Regionalverband Südlicher Oberrhein durch Ausweisung von 13 Vorranggebieten einen substanziellen Beitrag zur Nutzung der Windenergie in der Region.

Langfristige Klimaschutzstrategie für die Region Südlicher Oberrhein

Die Förderung anderer regenerativer Energien sowie die in der Region vorhandenen Potenziale blieben bei diesem gesetzlichen Planungsauftrag ebenso unberücksichtigt wie spezifische Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs. Da das klassische Instrumentarium des Regionalplans seit 2001 durch den Einsatz umsetzungsbezogener Konzepte ergänzt werden kann, hat der Regionalverband als regionaler Plan- und Impulsgeber frühzeitig Initiative ergriffen und sich entschlossen, den Auftrag durch das Landesplanungsgesetz um Aussagen zu allen erneuerbaren Energiequellen zu ergänzen. Dazu beauftragte die Verbandsversammlung bereits 2004 die regionalen Energieagenturen mit der Erstellung von Entwicklungskonzepten, die eine umsetzungsorientierte, an die regionale Situation angepasste Gesamtstrategie umfassen.

Planungshinweise „Zielbereich Thermische Situation“



Zielsetzung C1

Thermische Ausgleichswirkung der Luftströmungen erhalten
 ■ hohe Priorität
 ■ niedrige Priorität

Fachliche Empfehlungen

- Erhalt kaltluftproduzierender Freiräume

Zielsetzung C2

Thermische Ausgleichswirkung der Luftströmungen verbessern
 ■ hohe Priorität
 ■ niedrige Priorität

Fachliche Empfehlungen

- Errichtung großer Strömungshindernisse vermeiden
- Siedlungsränder durchlässig gestalten

Zielsetzung C3

Wärmebelastungsrisiken in potenziell austauscharmen Gebieten vermeiden oder reduzieren
 ■ hohe Priorität
 ■ niedrige Priorität

Fachliche Empfehlungen

- Im Siedlungsbestand:
 - Durchgrünung
 - Reduzierung Versiegelungsgrad

Energieatlas und Regionale Klimaanalyse

Zu nennen ist hier insbesondere das zweiteilige Regionale Entwicklungskonzept zur Nutzung regenerativer Energien und zur Reduktion der CO₂-Emissionen:

- Teil 1: Energieatlas Region Südlicher Oberrhein (RVSO 2005), der eine Analyse der regionalen Energiestrukturen und eine Abschätzung der regionalen Wertschöpfungspotenziale insbesondere bei der energetischen Gebäudesanierung enthält und
- Teil 2: Langfristige Klimaschutz-Strategie für die Region Südlicher Oberrhein (RVSO 2007), die aufbauend auf Teil 1 eine Gesamtübersicht regenerativer Energiequellen, eine CO₂- und Energiebilanz, ein Energie- und Klimaschutzszenario und eine Umsetzungsstrategie zum Inhalt hat.

Strategische Partnerschaft – Regionale Netzwerkbildung am Oberrhein

Diese Konzepte lieferten unter anderem das Fundament für die Aktivitäten im Rahmen der von Handwerkskammer Freiburg und Regionalverband Südlicher Oberrhein gemeinsam gegründeten Initiative „Strategische Partnerschaft zur Förderung regenerativer Energien und einer effizienten Energienutzung in der Region Südlicher Oberrhein“, die ein wesentliches Element der regionalen Umsetzungsstrategie darstellt.

Die strategischen Partner leisten seit 2007 gemeinsam einen wichtigen Beitrag zur Information und Motivation privater Eigentümer zur Förderung energetischer Gebäudesanierung und somit einen großen Anteil zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum und Beschäftigung im Sinne regionaler Wertschöpfung.

Der Regionalverband wirkt hier als unparteiischer Mittler und Motor der Strategischen Partnerschaft gemeinsam mit der Handwerkskammer Freiburg in der Rolle des Impulsgebers im Zusammenwirken mit den Kommunen und regionalen Partnern. Ziel ist es, neue konkrete Umsetzungsschritte anzustoßen und eine politische Verankerung der Partnerschaft in der Region zu gewährleisten. Der Regionalverband hat damit frühzeitig erkannt, dass eine notwendige Netzwerkbildung aller für die Umsetzung der klimapolitischen Ziele relevanten Akteure in den Regionen mittels informeller Instrumente deutlich besser zu erreichen ist als über formelle Instrumente.

Alle ziehen an einem Strang: Verein für Klimaschutz

Die erfolgreiche Partnerschaft wurde zu Beginn des Jahres 2010 in eine feste Organisationsstruktur in Form eines Vereines „Strategische Partner – Klimaschutz am Oberrhein e.V.“ überführt. Gründungsmitglieder des Vereines sind das Land Baden-Württemberg (vertreten durch das Umweltministerium Baden-Württemberg), die Handwerkskammer Freiburg, die Firma badenova AG & Co. KG, das Elektrizitätswerk Mittelbaden AG & Co. KG, die Sparkasse Freiburg-Nördlicher Breisgau und der Regionalverband Südlicher Oberrhein.

Klimaschutz in der Region Südlicher Oberrhein: Die CO₂-Einsparpotenziale sind enorm. Um die gesetzten Ziele zu erreichen, sind weitere Anstrengungen nötig

CO ₂ -Einsparpotenziale Region Südlicher Oberrhein	„Ziel 20“-Szenario 2005-2020	Bisher erfasste CO ₂ -Reduktion seit 2005	Grad der Datenerfassung
	[t/a]	[t/a]	[%]
Handlungsfelder			
Wärmeschutz	293.505	82.487	28%
Heizkesselenerneuerung	111.718	100.108	90%
KWK / BHKW	209.928	22.841	11%
Wasserkraft	105.298	17.662	17%
Windkraft	74.640	12.478	17%
Photovoltaik	39.054	66.092	169%
Biomasse	350.592	67.960	19%
Geothermie	13.203	3.860	29%
Solarthermie	15.936	8.382	53%
Stromeinsparung	454.018	1.304	0,3%
Gesamt (bis 12/2009)	1.667.892	383.174	23%
Erwartung 2005-2009		rd. 555.000	33%

Regionale Entwicklungskonzepte tragen auch zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Institutionen bei



Zweck des Vereins ist es, unter Einbeziehung von Fördermöglichkeiten weitere Bausteine und Projekte zu entwickeln (z. B. Gebäudesanierungen, Einbau energieeffizienterer Anlagen, Zubau von regenerativen Energieanlagen), um die Klimaschutz- und Energieziele für die Region Südlicher Oberrhein im Zusammenwirken mit bestehenden Leitlinien auf EU-, Bundes- und Landesebene zu realisieren.

Regionales Monitoring sichert die Umsetzung der Klimaziele

Um den Erreichungsgrad der formulierten klimapolitischen Ziele zu ermitteln, weitere Handlungserfordernisse zu erkennen und ggf. eine realistische Anpassung der Ziele vornehmen zu können, hat die Verbandsversammlung bereits 2007 die Ortenauer Energieagentur GmbH und die Energieagentur Region Freiburg GmbH mit

der Durchführung des Projekts „Monitoring der Umsetzung der Klimaschutzstrategie der Region Südlicher Oberrhein für die Jahre 2007, 2008 und 2009“ beauftragt.

Anhand der Ergebnisse des pilothaft auf regionaler Ebene durchgeführten Monitorings zur bisher erfassten CO₂-Reduktion konnte aufgezeigt werden, wie die einzelnen Handlungsbereiche sich in Richtung des „Ziel 20“-Szenarios entwickelt haben. In den fünf Jahren 2005 bis 2009 (33 Prozent der Zeit bis 2020) müssten bei einer linearen Entwicklung bereits 33 Prozent des CO₂-Einsparpotenzials, also rund 556.000 Tonnen pro Jahr, erschlossen worden sein.

In einigen Handlungsfeldern wird die Erwartung zwar übertroffen, in der Summe der Handlungsfelder wird die erwartete jährliche CO₂-Reduktion jedoch verfehlt. Um die Zielvorgabe bis 2020 zu erreichen, sind daher in allen Handlungsfeldern weitere Anstrengungen nötig. Daher wird der Verein sein Handlungskonzept für die Region prioritär auf die Handlungsfelder „Wärmeschutz/ Heizkesselenerneuerung“ sowie „Holz“ konzentrieren, da diesen der höchste Anteil an regionaler Wertschöpfung zukommt.

Regionalverband auch künftig starker Partner für den Klimaschutz

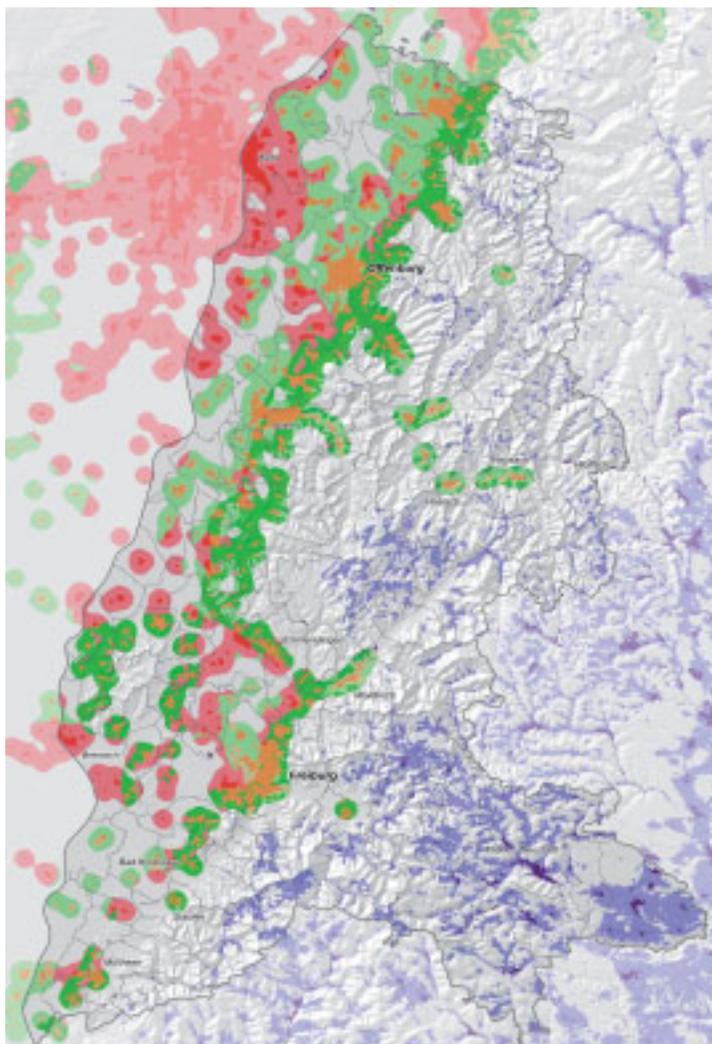
Energieeffizienz und der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien werden für die Zukunftsfähigkeit der Region Südlicher Oberrhein essentielle Elemente sein. Der Regionalverband Südlicher Oberrhein wird dabei als regionaler Plan- und Impulsgeber auch künftig eine aktive Rolle im Netz der regionalen Akteure einnehmen.

Im Rahmen des im Dezember 2010 durch die Verbandsversammlung eingeleiteten Gesamtfortschreibungsverfahren des Regionalplans wird

der Klimaschutz einen erheblichen Stellenwert einnehmen, wenn es z. B. darum geht, Vorgaben für die Siedlungsentwicklung unter Berücksichtigung siedlungsklimatisch wichtiger Ausgleichsräume zu formulieren, Bereiche für den vorbeugenden Hochwasserschutz unter Berücksichtigung der zukünftig steigenden Hochwassergefahren festzulegen oder den Teilregionalplan, Kapitel Windenergie 2006 weiterzuentwickeln.

Der Verein „Strategische Partner – Klimaschutz am Oberrhein e.V.“ wird auch in Zukunft neben weiteren Projekten und Bausteinen das Projekt Monitoring weiterentwickeln und fortschreiben.

Auf dieser Grundlage sollen dem Regionalverband auch Vorschläge für eine eventuelle Anpassung der vom März 2007 durch die Verbandsversammlung beschlossenen Zielsetzung zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 20 Prozent unterbreitet werden. Damit soll die im Verein „Strategische Partner – Klimaschutz am Oberrhein e.V.“ vernetzte fachliche Kompetenz der Vereinsmitglieder im Interesse der Region genutzt und gleichzeitig die regionalpolitische Rückkoppelung der strategischen Zielsetzungen des Vereins gewährleistet werden.



Regionale Klimaanalyse Südlicher Oberrhein (REKLISO) Zielbereich Thermische Situation (PH-C)

Zielsetzung C1

Thermische Ausgleichswirkung der Luftströmungen erhalten

- hohe Priorität
- niedrige Priorität

Fachliche Empfehlungen

- Maßnahmen zur Erhaltung der Durchlüftung durchführen (Zielsetzung A1)
- Kaltluft produzierende Flächen erhalten
- Ansiedlung bedeutsamer Abwärmeproduzenten vermeiden

Zielsetzung C2

Thermische Ausgleichswirkung der Luftströmungen verbessern

- hohe Priorität
- niedrige Priorität

Fachliche Empfehlungen

- Maßnahmen zur Erhaltung oder Verbesserung der Durchlüftung durchführen (Zielsetzungen A1/A2)
- Maßnahmen zur Erhaltung der thermischen Ausgleichswirkung der Luftströmungen durchführen (Zielsetzung C1)
- In Kaltluftstaugebieten Maßnahmen zur Verbesserung des Kaltlufttransports durchführen
- Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Reduzierung von Wärmebelastungsrisiken durchführen (Zielsetzung C3)

Zielsetzung C3

Wärmebelastungsrisiken in potenziell austauscharmen Gebieten vermeiden bzw. reduzieren

- hohe Priorität
- niedrige Priorität

Fachliche Empfehlungen

- Maßnahmen zur Verbesserung der Durchlüftung durchführen (Zielsetzung A2)

- Maßnahmen zur Erhaltung oder Verbesserung der thermischen Ausgleichswirkung der Luftströmungen durchführen (Zielsetzungen C1/C2)
- Durchgrünung des Siedlungsbereichs einschließlich des Straßenraumes durch Förderung von Straßenbäumen, Innenhofbepflanzungen, Fassaden- und Dachbegrünungen erhöhen
- Bei der Gestaltung von Neubauten Schattenzonen (z.B. Arkaden) fördern
- Versiegelungsgrad reduzieren
- Technische Maßnahmen zur Reduzierung der Abwärmeproduktion durchführen
- Verlagerungen abwärmintensiver Gewerbe- und Industriebetriebe prüfen

Zielsetzung C4

Erhöhte Frostrisiken oder Wärmeverluste vermeiden bzw. reduzieren

- hohe Priorität
- niedrige Priorität

Fachliche Empfehlungen

- Anbau frostempfindlicher Kulturen vermeiden
- In Kaltluftstaugebieten Maßnahmen zur Verbesserung des Kaltlufttransports durchführen
- Großflächige Ausweitung von Siedlungen vermeiden
- Siedlungen baulich verdichten, falls keine sonstigen klimatischen oder lufthygienischen Hinderungsgründe bestehen
- Maßnahmen zur Reduzierung der Wärmeverluste von Gebäuden fördern

Dort wo Rhein und Neckar zusammenfließen

Wirtschaft, Wissenschaft und Lebensqualität bilden einen harmonischen Dreiklang

Rhein und Neckar prägen das Landschaftsbild der gleichnamigen Metropolregion, die sich durch die Gastfreundschaft, den Fleiß und die fröhliche Natur ihrer rund 2,4 Millionen Einwohner auszeichnet. Zentren mit einzigartigem Flair wechseln sich mit sehenswerten Städten und Dörfern im Ländlichen Raum ab.

Die polyzentrische Struktur ist die große Stärke der am Schnittpunkt der drei Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz gelegenen Metropolregion. Es gibt nämlich, im Gegensatz zu vielen anderen Europäischen Metropolregionen, keine alles dominierende Stadt, sondern eine starke kommunale Gemeinschaft, die ihre Wurzeln in der historischen Kurpfalz sieht.



Im Hafengebiet zwischen Mannheim und Ludwigshafen, zwischen Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz fließen Neckar (rechts im Bild) und Rhein zusammen



Vom Kernraum der Metropolregion aus ist es nicht weit bis in den Pfälzer Wald

Charakteristisch: die 40 Kilometer breite Rheinebene

Die charakteristischen Großlandschaften der Rhein-Neckar Region sind die 40 Kilometer breite Rheinebene und die westlich und östlich angrenzenden Mittelgebirgslandschaften des Pfälzer Waldes und des Odenwaldes. Durch die milden Klimaverhältnisse bestehen für die Einwohner und Gäste der 15 Stadt- und Landkreise besondere Chancen bei der Nutzung ihres Raumes, z. B. in den Bereichen des Land-, Wein- und Gartenbaus.

Durch den gut ausgebauten Öffentlichen Personennahverkehr werden die seit Generationen gewachsenen Verbindungen innerhalb der Region weiter vertieft. Auffallend ist, dass es über die Ländergrenzen hinweg in alle Richtungen erhebliche Pendlerströme gibt. Dabei hat der Kernraum erwartungsgemäß die Oberzentren Mannheim,

Ludwigshafen und Heidelberg den größten Überschuss an Einpendlern, die sich vorwiegend aus dem direkten Umfeld rekrutieren.

Zahlreiche Clusterinitiativen aus der Region

Während Ludwigshafen mit seinem Flaggschiff BASF, die Industrie der Metropolregion anführt, entwickelt sich Mannheim von der Arbeiterstadt immer weiter zur Stadt der Dienstleistungen und des Handels. Heidelberg steht mit seiner Ruprecht-Karls-Universität für die Wissenschaft. Die Mittelzentren und die Kommunen der ländlichen Räume sind eigenständige wirtschaftliche Aktivposten, die mit der Gesamtregion hervorragend interagieren. Diese Mischung machte zahlreiche Clusterinitiativen aus der Region Rhein-Neckar in den letzten Jahren so unglaublich erfolgreich.

Die Metropolregion Rhein-Neckar ist durch ihre zentrale Lage in Europa und eine hervorragende Infrastruktur bestens erreichbar. Acht Autobahnen durchqueren die Region. Der Mannheimer Hauptbahnhof bietet als zweitgrößter ICE-Knotenpunkt Deutschlands optimalen Anschluss an das nationale und europäische Fernverkehrsnetz, z. B. in 31 Minuten an den Flughafen Frankfurt.

Zentrale Schaltstellen im Europäischen Güterverkehr sind der Mannheimer Rangierbahnhof, zweitgrößter seiner Art in Deutschland, und das Hafenzentrum Mannheim/Ludwigshafen als zweitgrößter Binnenhafen Europas. Die touristischen Ziele wie z. B. die Pfalz, das romantische Neckartal, der Odenwald, das Nibelungenland oder, allen voran, die Stadt Heidelberg sind bestens etabliert und runden den Wohlfühlcharakter der Region ab.

Innovationsstarke Wirtschaft

Eine Reihe international führender Großkonzerne wie BASF, SAP oder Heidelberger Druckmaschinen, zahlreiche „Hidden Champions“ und ein breiter Mittelstand mit namhaften Unternehmen wie Lamy, Freudenberg oder Vögele und innovative Neugründungen wie Cytonet oder BRAIN AG

machen die Region zu einem der bedeutendsten Wirtschaftsstandorte der Bundesrepublik. Insgesamt zählt die Region über 134.000 Unternehmen und 790.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Die Bruttowertschöpfung lag 2008 bei 67,2 Mrd. Euro. Knapp 57% der in der Region produzierten Güter gehen in den Export – ein Beweis für die internationale Ausrichtung und Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft.

Brillante Wissenschaft

Der wirtschaftliche Erfolg ist eng mit einer weiteren Stärke der Region verbunden: Wissenschaft und Forschung von Weltklasse. In kaum einer anderen Region hat das Streben nach wissenschaftlicher Erkenntnis eine so lange Tradition wie hier. 1386 wurde in Heidelberg die erste Universität Deutschlands gegründet – heute sind an den 21

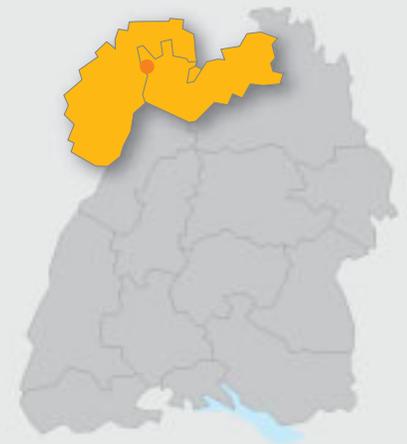
Hochschulen der Region knapp 83.000 Studierende eingeschrieben. Nationale und internationale Ranglisten belegen immer wieder aufs Neue die Exzellenz der akademischen Einrichtungen.

Eine Vielzahl international renommierter Forschungseinrichtungen wie beispielsweise das Europäische Laboratorium für Molekularbiologie, das Deutsche Krebsforschungszentrum oder das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung sind fruchtbares Umfeld für Innovation und Fortschritt. In der Metropolregion Rhein-Neckar sind mehr als doppelt so viele Menschen in der Forschung beschäftigt als im Bundesdurchschnitt. Die Region hat insgesamt 15 Nobelpreisträger hervorgebracht

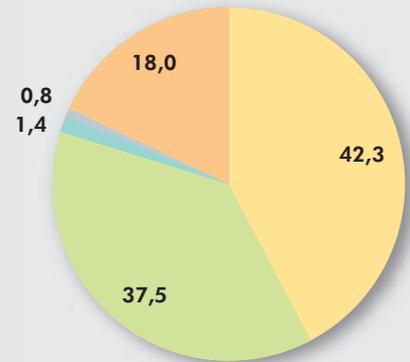
Höchste Lebensqualität

Die Region bietet Bewohnern und Besuchern alles, was das Leben abwechslungsreich und lebenswert macht. Drei Weltkulturerbestätten (Kloster Lorsch, Limes, Dom zu Speyer) über 200 Burgen, Dome und Schlösser sind Zeugen einer bewegten Vergangenheit. Naturliebhaber kommen z. B. im Biosphärenreservat Pfälzerwald, im Naturpark Neckartal-Odenwald und im Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald, die zusammen 5.100 km² Fläche umfassen, auf ihre Kosten. Eine vielfältige regionale Küche, Spitzengastronomie und preisgekrönte Tropfen aus vier Weinanbaubereichen (Baden, Hessische Bergstraße, Pfalz, Rheinhessen) lassen die Herzen von Feinschmeckern höher schlagen.

Für kulturelle Höhepunkte sorgen 15 Top-Festivals, 81 Theater, Kleinkunst- und andere Bühnen sowie über 200 Museen. Sportliche Highlights wie die Spiele des deutschen Eishockey-Rekordmeisters Adler Mannheim, des Handball-Bundesligisten Rhein-Neckar Löwen oder des Fußball-Erstligisten 1899 Hoffenheim sowie Motorsport auf dem Hockenheimring locken Zuschauer aus nah und fern.



Flächennutzung in %



- Siedlung und Verkehr
- Wald
- Landwirtschaft
- Wasser
- Sonstige

Regionsfläche (qkm)	5.637
Gesamtzahl der Städte und Gemeinden	290
Einwohnerzahl	2.359.500
Einwohner/qkm	413
Anteil unter 18 Jahre	16,6%
Anteil 65 Jahre und älter	20,0%
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	789.921
Anteil am BIP des Landes	18,7%

Europäische Metropolregionen

Was ist eine Europäische Metropolregion?

Europäische Metropolregionen verstehen sich als Funktionsräume, die sich gemessen an ökonomischen Kriterien wie Wertschöpfung, Wirtschaftskraft und Einkommen besonders dynamisch entwickeln, international eingebunden sind und mehr als eine Million Einwohner haben. Sie sind Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung. Sie haben das Ziel, den europäischen Integrationsprozess zu beschleunigen.

Wie wird eine Region zur Europäischen Metropolregion?

Europäische Metropolregionen werden in Deutschland von der Ministerkonferenz für Raumordnung ernannt. Das informelle Gremium tagt in regelmäßigen Abständen. Die ersten Metropolregionen, die auch angrenzende Verflechtungsräume einbeziehen, wurden in Deutschland im Jahr 1995 definiert: damals zählten dazu beispielsweise Frankfurt, München und Stuttgart. Seit 2005 ist auch der Rhein-Neckar-Raum eine Metropolregion.



Verband Region Rhein-Neckar
 Körperschaft des öffentlichen Rechts
 P 7, 20–21
 68161 Mannheim
 Telefon: 06 21 / 1 07 08-0
 Telefax: 06 21 / 1 07 08-34
 www.vrrn.de oder:
 http://www.m-r-n.com
 info@vrrn.de

Drei Länder, ein Plan, eine Modellregion

Vision ist Realität geworden – Rhein-Neckar-Dreieck als vorbildliche Metropolregion

Die einstige Kurpfalz versteht sich bis heute als Region. Im größer werdenden Europa strebte man um die Jahrtausendwende nach zukunftsfähigen Strukturen. Ansporn gaben Neugliederungen in Hannover und Stuttgart.

Die Wurzeln der Metropolregion Rhein-Neckar liegen in der von 1085 bis Ende des 18. Jahrhunderts bestehenden alten Kurpfalz. Ihr Gebiet umfasste weite Bereiche der heute zu Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz gehörenden regionalen Teilräume. Diese emotionale Klammer ist letztlich der Motor einer bis in die 1950er-Jahre zurückreichenden länderübergreifenden Raumordnung in der Region Rhein-Neckar, die sich auf dieser Basis zu einer Modellregion des kooperativen Föderalismus gemausert hat.

Bereits 1951 wurde die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar gegründet, deren Zweck die gemeinsame Planung beispielsweise des Verkehrs, der Versorgung mit Gas, Wasser und Strom, von Industrie- und Wohnsiedlungen oder der Kultur war. Der Unterzeichnung des ersten Staatsvertrages zwischen Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung im Rhein-Neckar-Gebiet im Jahr 1969 folgte 1970 die Gründung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar.

Die zusammenrückende Region ist ihrer Zeit voraus

Im Jahre 1987 förderte eine Studie unter Studenten außerhalb des Rhein-Neckar-Raumes eine gravierende Unkenntnis über die Region zutage. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und dem sich abzeichnenden Wettbewerb der Unternehmen bei der Anwerbung von Fach- und Führungskräften war dies ein alarmierendes Zeichen.



Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft

Etwa ab der Jahrtausendwende verstärkte sich in der Region die Dynamik der Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Der Raumordnungsverband ging hierbei in Person seines Vorsitzenden Wolfgang Pföhler und seines Verbandsdirektors, des heutigen Mannheimer Bürgermeisters, Christian Specht, vorneweg. Sehr zupass kam den Akteuren, dass die BASF mittlerweile ihr Engagement im Bereich des Standortmarketings deutlich verstärkt hatte.

Die drei Industrie- und Handelskammern der Region hatten sich im so genannten „Wirtschaftsforum“ zusammengeschlossen. Schließlich fand auf Initiative des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar, des Rhein-Neckar-Dreieck e.V., des IHK Wirtschaftsforums Rhein-Neckar und der Regionalmarketing GmbH im Jahr 2000 das erste „Regionalgespräch Rhein-Neckar“ statt. Gastgeber war die BASF. Beim dritten Regionalgespräch im Jahr 2003 wurde die „Vision 2015“ beschlossen, die mittlerweile zur Vision 2025 wurde. Ziel ist, als eine der attraktivsten und wettbewerbsfähigsten Regionen Europas bekannt und anerkannt zu sein.

Daher wurde im Jahre 1989 der Verein „Rhein-Neckar Dreieck“ gegründet, der fortan Standortwerbung betrieb. Aufgrund der politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen im Europa der 1990er-Jahre, der zunehmenden Globalisierung und des technologischen Fortschritts zeigte sich die Notwendigkeit, auch die bestehenden Strukturen weiterzuentwickeln. Ansporn waren auch die weitreichenden Neuorganisationen in den Regionen Stuttgart und Hannover.

In der Region Rhein-Neckar gelang diese Positionierung nach einhelliger Meinung zunächst nur unzureichend mit einer Satzungsänderung des Raumordnungsverbandes. Allerdings sah die Satzungsänderung 1998 zumindest eine Stärkung der Koordinations- und Moderationsfunktionen des Verbandes vor und war somit der erste Schritt zur Etablierung einer Regional Governance Struktur. „Regional Governance“ bezeichnet die Politische Steuerung, die neben den regierenden auch öffentliche Akteure beispielsweise aus der Wirtschaft und der Wissenschaft einschließt.

Eng bebaute Stadt- und Industrielandschaft wie im Agglomerat bei Mannheim/Ludwigshafen ist eine Herausforderung für Regionalplaner



Eggert Voscherau, damals stellvertretender Vorstandsvorsitzender der BASF, begründete im Anschluss die Initiative „Zukunft Rhein-Neckar Dreieck“, unter deren Dach zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft eine Themenpatenschaft übernahmen.

Unter diesen Vorzeichen konnten die verantwortlichen Politiker in den Bundesländern sukzessive von der Notwendigkeit einer deutlichen Stärkung der Organisationsstrukturen im Bereich der Regionalplanung und -entwicklung überzeugt werden. Am 26. Juli 2005 schufen die Ministerpräsidenten mit der Unterzeichnung des neuen Staatsvertrags dazu die rechtlichen Voraussetzungen, also die Gründung eines neuen, die ganze Region umfassenden Verbandes mit deutlich erweiterten Kompetenzen.

Eine hochmoderne Regional Governance Struktur

Parallel dazu lief unter Federführung des Raumordnungsverbandes ein Antrag zur Ernennung des Rhein-Neckar Raumes zur Metropolregion, der von der Wirtschaft ebenfalls massiv unterstützt wurde. Damit hatten die Verantwortlichen bereits am 28. April 2005 Erfolg. In der Folge fusionierten der Rhein-Neckar Dreieck e.V und die Zukunftsinitiative zum Verein Zukunft Metro-

polregion Rhein-Neckar. Außerdem wurde eine GmbH als gemeinsame operative Plattform gegründet, deren Gesellschafter der Verband, der Verein, die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern sind. Die hoch moderne Regional-Governance-Struktur zur Umsetzung der „Gemeinschaftlichen Regionalentwicklung“ war etabliert.

Laut Staatsvertrag stehen dem Verband Region Rhein-Neckar weitreichende Kompetenzen im Bereich der Regionalplanung und der Regionalentwicklung zu. Kernaufgabe ist die Aufstellung und Fortschreibung eines einheitlichen Regionalplans. Daneben wurden dem Verband Region Rhein-Neckar Aufgaben in den Bereichen Wirtschaftsförderung/Standortmarketing, Landschaftspark/Erholungseinrichtungen, Verkehrsplanung und -management, Energie, Kongresse, Messen, Kultur- und Sport sowie Tourismusmarketing übertragen.



Im Jahr 2005 wurde der neue Staatsvertrag unterzeichnet: von den damaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg (Günter H.Oettinger, li.), Hessen (Roland Koch, Mitte) und Rheinland-Pfalz (Kurt Beck, re.)

Der Einheitliche Regionalplan – ein „Masterplan“ für die Metropolregion

Eine wichtige Voraussetzung für eine enge Verzahnung der Ziele der gemeinschaftlichen Regionalentwicklung in der Metropolregion und den Inhalten des Einheitlichen Regionalplanes Rhein-Neckar ist die räumliche Deckungsgleichheit zwischen der Metropolregion Rhein-Neckar und dem Verband Region Rhein-Neckar als Regional-

planungsträger. Diese Deckungsgleichheit zwischen Metropolregion und Verbandsgebiet ermöglicht, dass sich die politischen Gremien des Verbandes zu Recht auch als Sprachrohr und politische Vertreter der Metropolregion sehen. Seit 2007 arbeitet die Verbandsverwaltung am Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar.

Wesentlich in diesem Zusammenhang ist die nach Artikel 13 des Staatsvertrages konstituierte Raumordnungskommission, die sich aus Vertretern der obersten Landesplanungsbehörden der Länder zusammensetzt. Die Mitglieder dieser gemeinsamen Raumordnungskommission aus den drei betroffenen Bundesländern einigten

Metropolregion Rhein-Neckar: die einzelnen „Bausteine“ gemeinschaftlicher Regionalentwicklung in graphischer Übersicht

Organigramm der gemeinschaftlichen Regionalentwicklung MRN



2010 wurde gemeinsam mit dem Bund und den drei Ländern das Modellvorhaben „E-Government“ in föderalen Strukturen gestartet; hier die Verantwortlichen bei der Vertragsunterzeichnung.

sich am 6. November 2009 auf die „Form und Inhalte des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar 2020“, eine Art „Lex Rhein-Neckar“ die einen weiteren Meilenstein auf dem Weg zum „Planen ohne Grenzen“ darstellt.

Wie fließen nun die strategischen Ziele der gemeinschaftlichen Regionalentwicklung in den Einheitlichen Regionalplan ein? Vorgesehen ist, den rechtsverbindlichen Plansätzen ein „Leitbild der regionalen Entwicklung in der Metropolregion Rhein-Neckar“ mit wesentlichen strategischen Aussagen voranzustellen. Dieses Leitbild soll als Präambel im Sinne einer offiziellen Absichtserklärung verstanden werden.

Gemeinschaftliche Regionalentwicklung – Modelle für die Zukunft

In einigen Bereichen, zu denen im Einheitlichen Regionalplan Aussagen getroffen werden, entfaltet der Verband Region Rhein-Neckar eigene Aktivitäten bezüglich der konkreten Umsetzung. Dies betrifft zuerst die alltäglichen Abstimmungsprozesse und Beteiligungsverfahren etwa im Bereich der Siedlungsplanung, im Einzelhandel oder bei Infrastrukturplanungen Dritter. Daneben laufen sowohl in Verband als auch in der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH zahlreiche Projekte zur Regionalentwicklung.



Besonderen Wert legen die Verantwortlichen dabei auf die Vereinfachung von Verwaltungsprozessen und auf innovative Elemente, z. B. bei der Erhebung und Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen gemeinsam mit den Kommunen, durch ein Übergangsmanagement von der Schule in das Berufsleben, durch den Regionalpark Rhein-Neckar oder durch die Umsetzung der so genannten „Regionalstrategie Demografischer Wandel“.

Ein Prototyp des innovativen und modellhaften kooperativen Föderalismus ist das am 10. Dezember 2010 gemeinsam mit dem Bund und den drei Ländern gestartete Modellvorhaben „E-Government in föderalen Strukturen“. Ziel ist es, durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien in der Region Rhein-Neckar die Dauer der Verwaltungsprozesse und die Bürokratiekosten um 25% zu senken.

Kooperativer Föderalismus – Theorie und Praxis

Der kooperative Föderalismus ist eine Ausprägung des Föderalismus, bei dem die einzelnen regionalen Einheiten – in der Regel in einem Bundesstaat – möglichst zusammenarbeiten. Das Gegenteil ist der Wettbewerbsföderalismus. Das Grundgesetz (GG) hat den kooperativen Föderalismus in Deutschland verankert, indem es von der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ spricht. Praktische Auswirkungen entfaltet er beispielsweise durch den Länderfinanzausgleich oder die gegenseitige Anerkennung von Schulabschlüssen. Die Zusammenarbeit von kommunalen bzw. regionalen Behörden und Organisationen über Ländergrenzen hinweg, bleibt eher die Ausnahme – und damit leider häufig „graue Theorie“. Die Metropolregion Rhein-Neckar ist allerdings auf dem besten Weg dies zu ändern und dabei in Deutschland zu einem Vorbild geworden

Als Region mobil, dynamisch und lebenswert

Kernregion und Motor des Landes – mit „eigenem Parlament“ und vielfältigen Aufgaben

Die 200.000 Neugierigen, die am Eröffnungswochenende Ende 2007 über die neue Stuttgarter Messe schlenderten, schauten sich genau um. Die meisten hatten die jahrelange Diskussion um den Bau der Messe mitverfolgt. Ihre Begeisterung über die architektonisch eindrucksvolle Messe mit den charakteristisch geschwungenen Dächern war groß.

Messeplaza, Ausstellungshallen mit Messepark und das Parkhaus über der Autobahn – alles fand Anklang. Bei allen? Einige Jahre hatten Bürger, Landwirte und die Stadt Leinfelden-Echterdingen gegen die Messe mobil gemacht. Jetzt war die Messe da und überzeugte auch die „Messe- und Flughafenstadt Leinfelden-Echterdingen“.

Dem Verband Region Stuttgart war 1994 mit seiner Gründung durch ein Gesetz des Landes Baden-Württemberg die Realisierung einer neuen Messe quasi in die Wiege gelegt worden. Großräumig bedeutsame Einrichtungen, wie Güterverkehrszentren oder ein Messegelände erforder-

ten gerade in Ballungsräumen „eine wesentlich stärkere Berücksichtigung regionaler Gesichtspunkte und Erfordernisse“, heißt es im Begründungstext. Deshalb habe der Verband Region Stuttgart das Recht, diese Infrastruktur exakt im Regionalplan auszuweisen.



Gute Mobilität ist eine zentrale Herausforderung der Region Stuttgart.



Verkehrsdrehscheibe Filder mit Flughafen, Autobahn und dem künftigen ICE-Bahnhof

Bedarfsgerecht entwickeln, konzentrieren und schützen

Nach einem aufwändigen Suchlauf legte die Region den Standort für die Messe Stuttgart verbindlich fest. Das war eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Messe auf den Fildern, direkt neben dem Flughafen, der Autobahn und dem künftigen ICE-Bahnhof gebaut werden konnte. Die Planungshoheit der Stadt Leinfelden-Echterdingen sei durch die Vorgaben des Regionalplans nicht unverhältnismäßig eingeschränkt worden, befand das Bundesverwaltungsgericht. Die Richter räumten den überörtlichen Interessen des Wirtschaftsstandorts Region Stuttgart in diesem Fall mehr Gewicht ein als den städtischen Planungen.

Bedarfsgerecht entwickeln, konzentrieren und schützen. Auf diesen Nenner lässt sich die Arbeit des Verbands Region Stuttgart am besten bringen. Konflikte zu Entwicklungszielen und Nutzungsvorstellungen sind programmiert – nicht nur zwischen Region und Kommunen. Das Ringen um die für die Region Stuttgart als Ganzes beste Lösung kennzeichnet die Arbeit der ehrenamtlichen Regionalrätinnen und -räte.

Das regionale „Parlament“ verleiht besonderes Gewicht

Alle fünf Jahre wählen die Bürgerinnen und Bürger die Regionalversammlung, das Hauptorgan des Verbands Region Stuttgart. Dieses regionale „Parlament“ ist eine Besonderheit im Vergleich zu anderen Regionen und einmalig in Baden-Württemberg. Die direkte demokratische Legitimation, die öffentliche Beratung und Entscheidung schaffen Transparenz und Verbindlichkeit. Sie verleihen der Arbeit des Verbands Region Stuttgart ein besonderes Gewicht.

Regionalplanung, Teile des Nahverkehrs, Regionalverkehrsplanung, Landschaftsplanung, Wirtschafts- und Tourismusförderung und Teile der Abfallwirtschaft zählen zu den gesetzlich übertragenen Pflichtaufgaben. Freiwillig kann sich die Region unter anderem beim Sport und in der Kultur engagieren.

Die Lebensbedingungen der rund 2,7 Millionen Einwohner werden vorausschauend, sorgsam und verantwortungsbewusst gestaltet. Der Verband Region Stuttgart arbeitet an einer wirtschaftlich erfolgreichen und nachhaltigen Entwicklung der Region Stuttgart. Dafür erhielt er Aufgaben, die über die Kompetenzen des klassischen Regionalverbands hinausgehen.

Investitionen für Infrastruktur

Denn der Verband Region Stuttgart kann nicht nur planen, sondern auch finanzieren. Über die Mitfinanzierung der Messe Stuttgart und des Projekts Stuttgart 21 beteiligt er sich an der Umsetzung von Infrastruktur. Und als Träger der S-Bahn sorgt der Verband Region Stuttgart unter anderem dafür, dass die Messe gut zu erreichen ist. Mit der Schnellfahrstrecke Wendlingen – Ulm und Stuttgart 21 wird in direkter Nachbarschaft ein Verkehrskreuz entstehen, das der Region im Standortwettbewerb weitere Pluspunkte sichert.

Als wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Zentrum des Landes Baden-Württemberg kommt der Region Stuttgart eine besondere Verantwortung zu. Etwa jeder vierte Baden-Württemberger lebt in der dicht besiedelten Region Stuttgart, die zehn Prozent der Landesfläche umfasst. Hier werden ein Drittel der Wertschöpfung des Landes erzielt. Über die Hälfte der produzierten Güter werden ins Ausland geliefert.

Unter den 179 Städten und Gemeinden findet sich die Großstadt Stuttgart ebenso wie traditionsbewusste Mittelstädte oder attraktiv gelegene Dörfer am Rande der Zentren. Charakteristisch für diese polyzentrische Region Stuttgart ist ihre vielfältige Landschaft und Topografie. Nicht nur entlang des Neckars wechseln sich industriell geprägte Gebiete mit idyllischen Landschaften ab.

Der Siedlungsdruck ist nach wie vor groß

Waldreiche Gegenden im Nord-Osten und Weinberge können nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Siedlungsdruck nach wie vor groß ist, wie ein Blick auf die Siedlungsentwicklung der letzten fünfzig Jahre zeigt (vgl. Abbildung S. 14). Ganz entscheidend für die Lebensqualität in Zeiten der Klimaerwärmung ist es daher, Freiflächen vor Bebauung zu schützen.

Um Naherholung vor der Haustür zu fördern, hat der Verband Region Stuttgart ein Programm zur Co-Finanzierung von Projekten des Landschaftsparks Region Stuttgart aufgelegt. Jährlich fließen so beachtliche Summen in die Aufwertung und bessere Erlebbarkeit der Landschaft.

Mobilität ist eine zentrale Herausforderung für den Standort Region Stuttgart, der Wiege des Automobilbaus. Zum einen geht es darum, den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen und Unternehmen zu entsprechen. Deshalb stärkt der Verband Region Stuttgart die S-Bahn durch mehr Komfort, bessere Takte und Netzerweiterungen. Er ist auch Projektpartner von Stuttgart 21. Zum anderen muss sich die Region Stuttgart als traditioneller Automobilstandort neu erfinden.

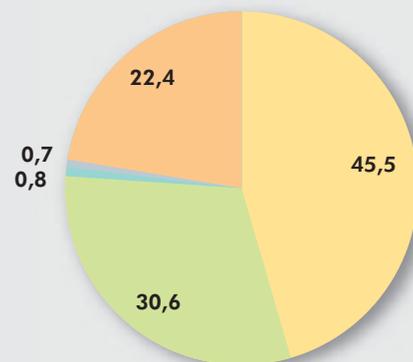
Wirtschaftsförderung Region Stuttgart erschließt neue Themenfelder

Die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS), eine Tochter des Verbands Region Stuttgart, hilft, die klassischen Stärken weiterzuentwickeln und neue, innovative Themenfelder zu erschließen. Der Schlüssel zum Erfolg: Vernetzung und Clusterbildung – in der Region, innerhalb der Europäischen Metropolregion Stuttgart und darüber hinaus. Denn die Region Stuttgart unterhält ein Europabüro in Brüssel. Sie ist dadurch frühzeitig über EU-Förderprogramme informiert.

Auch dieses Engagement trägt dazu bei, den eigentlichen Auftrag des Verbands Region Stuttgart zu erfüllen, nämlich: „die Stärkung der Region Stuttgart im europäischen und internationalen Wettbewerb“.



Flächennutzung in %



- Siedlung und Verkehr
- Landwirtschaft
- Wald
- Wasser
- Sonstige

Regionsfläche (qkm)	3.654
Gesamtzahl der Städte und Gemeinden	179
Einwohnerzahl	
Stand 01/2010	2.673.463
Einwohner/qkm	732
Anteil unter 18 Jahre	17,4%
Anteil 65 Jahre und älter	19,6%
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	
Stand 06/2010	1.041.917
Anteil am BIP des Landes	28,0%



**Verband Region
Stuttgart**

Verband Region Stuttgart
Kronenstraße 25
70174 Stuttgart
Telefon: 07 11 / 2 27 59-0
Telefax: 07 11 / 2 27 59-70
www.region-stuttgart.org
info@region-stuttgart.org

Erholen und wohlfühlen vor der Haustür

Neue Wege der Freiraumentwicklung mit dem Landschaftspark Region Stuttgart

Der Neckar fließt 90 Kilometer durch die Region Stuttgart. In der Landesmitte arbeitet man daran, die Kulturlandschaft stärker ins Bewusstsein zu rücken. Natur schützen und erlebbarer machen, lautet die Devise.

Wer den Neckar entlang radelt, lernt die vielen Gesichter des Flusses kennen: Nahezu unberührte Abschnitte im Süden der Region Stuttgart wechseln sich mit verbauten und kanalisierten Bereichen ab. Steile Weinlagen im Norden machen Lust auf „ein Viertel“ und bieten herrliche Ausblicke auf das Neckartal. Und wem der Sinn nach Kultur steht, wird nicht nur auf der Marbacher Schillerhöhe oder im Mercedes-Benz-Museum in Sichtweite des Flusses fündig.

Rückbesinnung auf die besondere Qualität von Naherholung

Der Neckar fließt 90 Kilometer durch die Region Stuttgart, ab Plochingen ist er schiffbar. Manch‘ ein Ort ist nach dem Fluss benannt, doch im öffentlichen Bewusstsein fristete der Neckar lange Zeit ein Schattendasein. Die Bedürfnisse der Schifffahrt, die Nutzung der Wasserkraft und der Hochwasserschutz haben dem Neckar ebenso ihren Stempel aufgedrückt wie die Industrialisierung.

In den letzten Jahren findet gerade auch im Neckartal eine Rückbesinnung auf die besondere Qualität von Naherholung statt. Der Verband Region Stuttgart arbeitet mit dem Landschaftspark Region Stuttgart daran aktiv mit – nicht nur am Neckar.

Unter Landschaftspark ist keine Gartenidylle zu verstehen. Ziel ist eine vielfältig gestaltete und aufeinander abgestimmte Kulturlandschaft. Frei-

Zwei prägende Elemente der Region Stuttgart: der Neckar und die Weinberge



räume, Grünflächen, Wege, spezielle Attraktionen oder Bauwerke sollen so aufeinander abgestimmt und vernetzt werden, dass sich Einheimische und Gäste gerne draußen aufhalten. Ein hoher Freizeitwert steht für Lebensqualität. Diese verleiht der wirtschaftsstarke Region Stuttgart einen Wohlfühlfaktor, mit dem sie im Standortwettbewerb punktet.

Der Landschaftspark Region Stuttgart ist ein Generationenprojekt

Als einzige Region in Baden-Württemberg hat der Verband Region Stuttgart die Möglichkeit, Konzepte für den Landschaftspark nicht nur zu erarbeiten, sondern darüber hinaus auch die Realisierung von Projekten zu fördern. Die Region Stuttgart beschreitet damit einen neuen Weg der Freiraumentwicklung. Sie geht über die klassischen Instrumentarien der Regionalplanung hinaus und setzt Impulse für die Aufwertung des Lebens- und Wirtschaftsraums Region Stuttgart. Der Landschaftspark Region Stuttgart ist ein Generationenprojekt. Neben Geld braucht es einen langen Atem, den politischen Willen und viele Partner.

Die Landschaft in der Region Stuttgart ist so vielfältig wie in kaum einer anderen Region: Streuobstwiesen im Albvorland, Weinberge im dicht besiedelten Neckar- und Remstal oder Ackerland auf den Fildern prägen das charakteristische Landschaftsbild. Dieses in seiner Einmaligkeit zu erhalten und zu fördern ist der Kerngedanke des Landschaftsparks Region Stuttgart.

Der Landschaftspark Neckar erstreckt sich von Neckartailfingen im Süden bis nach Ludwigsburg und Hessigheim im Norden. 27 Städte haben dafür mit der Region einen Masterplan entwickelt



Masterpläne für die unterschiedlichen Landschaftsräume

Für die unterschiedlichen Landschaftsräume gibt es Masterpläne, die sich wie Puzzlestücke zum gemeinsamen Dach, dem Landschaftspark Region Stuttgart, zusammenfügen. Jedes Teilkonzept ist auf die charakteristischen Gegebenheiten abgestimmt. Steht beim Masterplan Neckar die Zugänglichkeit und Erlebbarkeit des Flusses im Vordergrund, so richtet sich beim Masterplan Limes das Augenmerk auf das kulturelle Erbe sowie dessen Erschließung. Hier gilt es, die verborgenen Seiten des Schwäbischen Waldes aus dem Dornröschenschlaf zu holen.

In dem Aktionsplan für das Remstal finden sich wiederum Vorschläge, wie Freiraum- und Naherholung auf der gesamten Länge des Flusslaufs gesteigert werden könnte. Weitere Masterpläne gibt es fürs industriell geprägte Filstal oder den touristisch interessanten Albtrauf.

Die Masterpläne sind das Ergebnis einer intensiven Zusammenarbeit von Praktikern. Vertreter von Städten und Gemeinden, Behörden, Institutionen, Verbänden, Vereinen oder Stiftungen – alle ziehen an einem Strang. Aufbauend auf Visionen und Ideen entsteht ein konkretes Handlungs- und Entwicklungskonzept. Kern des Ganzen: die Projektvorschläge.



Lohnende Entdeckung:
die verborgenen Winkel
mit römischem Erbe im
Schwäbischen Wald.

Radwege, Aussichtspunkte und Aufenthaltsbereiche

Neben langfristigen Projektideen wird großer Wert auch auf kurzfristig umsetzbare, so genannte „Starterprojekte“ gelegt. Das können Radwegverbindungen sein, Aussichtspunkte, Sitz- und Aufenthaltsbereiche am Fluss oder die Renaturierung von Bachläufen. Auch kulturelle Attraktionen, wie Skulpturen oder Landmarken tragen dazu bei, die Landschaft intensiver wahrzunehmen, ebenso wie neue Informationsmöglichkeiten. Die Fülle an Projektideen ist enorm.

Der wohl umfangreichste Masterplan Neckar listet an die 230 Möglichkeiten auf, den Neckar als zusammenhängenden Landschaftsraum zu gestalten. Unter der Federführung des Verbands Region Stuttgart waren 27 Städte und Gemeinden an der Erarbeitung dieser Projekte beteiligt.

Regionales Förderprogramm

Diesen Plänen sollen auch Taten folgen. Dank einer breiten politischen Unterstützung wirkt der Verband Region Stuttgart nicht nur planerisch mit, den Landschaftspark zu gestalten, er nimmt dafür auch Geld in die Hand. Seit 2005 finanziert er über ein Förderprogramm bis zu 50 Prozent der Projektkosten. Das übrige Geld bringen die Städte und Gemeinden sowie weitere Partner auf. So sind bereits in über 70 Projekte Gesamtinvestitionen von rund 15 Millionen Euro geflossen. Beachtliche Zahlen, die in den nächsten Jahren zunehmen werden. Denn jährlich ruft der Verband Region Stuttgart in einem Wettbewerbsverfahren Städte und Gemeinden auf, Projektideen einzureichen.

Die Bandbreite der geförderten Projekte ist groß: kleinere Verbesserungen, wie Beschilderungen, kommen ebenso zum Zug wie mehrjährige Großvorhaben, so zum Beispiel die Neugestaltung eines Uferbereichs bei Ludwigsburg. Da nicht für jede gute Idee Geld zur Verfügung

steht, entscheiden folgende Kriterien über den Zuschuss: Passgenauigkeit des Projekts ins Konzept des Landschaftsparks Region Stuttgart, regionale Ausstrahlung, Erlebbarkeit von Natur und Landschaft sowie die kurzfristige Umsetzung.

Auf der Suche nach weiteren Quellen für die Finanzierung von Landschaftspark-Projekten zahlt es sich aus, dass der Verband Region Stuttgart gut vernetzt ist – im Land, mit dem Bund und auf europäischer Ebene. Knapp zwei Millionen Euro sprudelten aus EU-Projekten in den Landschaftspark Region Stuttgart. Über das EU-Projekt „Artery“ beteiligte sich der Verband Region Stuttgart an der Wiederherstellung des Neckar-Altarms in Wernau und der Anbindung des Erblehensees an den Neckar. Hintergrund waren europaweite und regionale Initiativen zur Restrukturierung von Flusslandschaften in ehemals industriell geprägten Räumen. Bestandteil des Projekts war auch der Informations- und Erfahrungsaustausch mit acht anderen Regionen aus Nordwesteuropa.

Verbesserungen in der Landschaft machen Regionen attraktiver

Den ökonomischen Vorteilen, die sich aus dem Schutz und der Gestaltung von Freiräumen ergeben, widmet sich das EU-Projekt Value. Es verfolgt den Grundgedanken, durch Verbesserungen in der Landschaft, Regionen attraktiver und damit wettbewerbsfähiger zu machen. Value ermöglichte es, Radwege in Esslingen und Nürtingen zu fördern. Unter dem Dach der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung beteiligt sich der Verband Region Stuttgart mit zwei Städten aus der Region Stuttgart an Life+, einem weiteren EU-Projekt. Hier werden Verbesserungen am Neckarufer gefördert.

Zusammenarbeit ist ein Schlüssel zum Erfolg, gerade auch beim Landschaftspark Region Stuttgart. Die gute Kooperation zwischen Region und Städten bei der Erarbeitung des Masterplans Rems hat eine neue Idee hervorgebracht. Region und Remstal-Kommunen wollten weiterhin Hand in Hand arbeiten und haben sich deshalb beim Land Baden-Württemberg um eine regionale Landschafts-Ausstellung Rems beworben.

Diese erste dezentrale Gartenschau des Landes findet 2019 als „Grünprojekt“ entlang der Rems statt. Es geht dabei nicht um eine „Blumenschau“ im klassischen Sinn, sondern um die Aufwertung des Remstals. Einmalig ist dabei der interkommunale Ansatz. Mit diesem Ziel vor Augen können der Schwung beibehalten und weitere Landschaftspark-Projekte umgesetzt werden. Stück für Stück wächst der Landschaftspark Region Stuttgart somit weiter.

Hoheneck ist mit der Umgestaltung des Ufers wieder ein Stückchen näher an den Neckar gerückt.



Landschaftspark – ein Konzept, das auch am Bodensee und im Rhein-Neckar-Dreieck beflügelt

Ein Landschaftspark oder Landschaftsgarten bezeichnet heutzutage ganz allgemein eine verhältnismäßig große Fläche, eine Landschaft, die nach bestimmten Vorstellungen der Gartenkunst und Landschaftsarchitektur geplant und gestaltet wurde.

Bei Regionalplanern gehen die Überlegungen darüber hinaus. Nach dem Motto: „Landschaft vor der Haustür“ sollen Freiräume gesichert, zusätzliche „Verbindungen“ in der Region geschaffen werden. In jüngerer Zeit wird auch manchenorts zu Vergnügungszwecken rekultivierte Industriearchitektur oder postindustrielle Stadtlandschaft so benannt. Der Englische Landschaftsgarten (auch kurz: „Englischer Park“ oder „Englischer Garten“) ist nicht von vorneherein identisch mit diesem Typus Landschaftspark, dieser „Englische Park“ prägt einen besonderen Stil, der sich in England im 18. Jahrhundert entwickelte.

Neben dem Verband Region Stuttgart – der den Ansatz im Sinne eines regionalen Entwicklungsimpulses versteht – haben sich der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben (Sitz: Ravensburg) und die Metropolregion Rhein-Neckar (Mannheim) intensiv mit Landschaftsparks auseinandergesetzt. Am Bodensee wurde Ende der 1990er-Jahre entschieden, für den Verdichtungsraum Friedrichshafen-Ravensburg-Weingarten ein Landschaftsparkkonzept zu erarbeiten: zur Entwicklung des Freiraums sowie der Förderung seiner Wertigkeit und Wertschätzung.

Das Motto „Landschaft in Bewegung“ bringen, war im Rhein-Neckar-Dreieck Ausgangspunkt für den Masterplan, mit dem Landschaften und Freiräume weiter entwickelt und vernetzt werden sollten. Ein im Juni 2009 vorgelegtes Konzept der Metropolregion Rhein-Neckar soll Perspektiven aufzeigen.

Impressum

STADT, LAND IM FLUSS

planen – entwickeln – gestalten

Die Regionalverbände in Baden-Württemberg

Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände Baden-Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

1. Auflage, Stuttgart/Karlsruhe, April 2011

Redaktion: Stefan Jehle (Koordination und Lektorat), Dr. Volkmar Baumgärtner, Dorothee Lang, Karl-Ulrich Tempel
Mitautor: Prof. Dr. Hans-Georg Wehling

Für den Inhalt der Einzelbeiträge zu den Regionen und den Aktionsfeldern – mit Ausnahme der grau hinterlegten Text-Kästen – zeichnen die jeweiligen Regionalverbände verantwortlich. Die dazugehörigen Bilder wurden vom jeweiligen Regionalverband zur Verfügung gestellt.

Die in der Broschüre verwendeten statistischen Daten stammen überwiegend vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg. Alle Angaben ohne Gewähr.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg,
Direktor: Lothar Frick,
Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart

Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände Baden-Württemberg,
c/o Regionalverband Mittlerer Oberrhein,
Sprecher: Dr. Gerd Hager, Baumeisterstraße 2,
76137 Karlsruhe

Redaktionsschluss: März 2011

Gestaltung: B.M.Design, Gabi Koch,
70193 Stuttgart

Druck: Süddeutsche Verlagsgesellschaft Ulm,
89079 Ulm

Titelseite: Gabi Koch

© Diese Broschüre, und damit der Inhalt, ist gesetzlich geschützt. Nachdruck oder sonstige Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Herausgeber.

Bildverzeichnis:

Titelseite mit 12 Einzel-Fotos – jeweils identisch mit Fotos in den einzelnen Regionenporträts (Einzelnachweis, in der Reihenfolge der Abbildungen, von links nach rechts, auffindbar in den Porträts – mit Angabe zu den Bildautoren auf dort verzeichneten Seiten).

Einleitende Kapitel: S. 4, Graphik: Geobasisdaten © Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg; S. 7: Foto Frank Eppler; S. 9 (zwei Fotos, 1 Planauszug): Verband Region Stuttgart / Jürgen Baumüller, Ute Schmidt-Contag; S. 13: Regionalverband Mittlerer Oberrhein, Foto Rolf Donecker; S. 14, Graphik: Verband Region Stuttgart ; S. 16: Pixelio, Albrecht E. Arnold; S. 17 und S. 18, drei Fotos: Stefan Jehle; S. 19, Geobasisdaten © Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg (hier nicht einzeln aufgeführte Graphiken wurden von Gabi Koch, B.M.Design, erstellt)

Ab Seiten 20 f.: S. 20: Achim Mende, Überlingen; S. 21, oben: Harald Winkelhausen; S. 21, Mitte: Bertrand Schmidt; S. 22 und S. 23: Andreas Schwab, Weingarten; S. 24 und 25, Graphiken: Regionalverband Bodensee-Oberschwaben; S. 26, zwei Fotos; S. 28 und 29: Regionalverband Donau-Iller; S. 30 und 31, Graphiken: Regionalverband Donau-Iller; S. 32, drei Fotos: Regionalverband Heilbronn-Franken; S. 34: Pixelio, Rainer Sturm; S. 35 und S. 36, oben: Stefan Jehle; S. 36, unten: Frank Martin Dietrich / photocase.com; S. 37: Lichtstark / photocase.com; S. 38, zwei Luftbilder: Regionalverband Hochrhein-Bodensee; S. 40, Auszug Raumnutzungskarte mit Foto; sowie S. 41 und 42, zwei Fotos: Regionalverband Hochrhein-Bodensee; S. 43, Collage: Regionalverband Hochrhein-Bodensee;

Ab Seiten 44 f.: Seite 44, oben: Karlsruher Institut für Technologie, Foto: Hardy Müller; S. 44, Mitte: Regionalverband Mittlerer Oberrhein, Foto: Peter Sandbillier; S. 44, unten PAMINA-Rheinpark e.V., Foto: Alfred Schleicher; S. 46 Touristik-Gemeinschaft Baden-Elsass-Pfalz e.V.; S. 47, oben: Touristik-Gemeinschaft Baden-Elsass-Pfalz e.V. Foto: C. Leidner;

S. 47, unten: Foto Simon Deprez; S. 48, Graphik: SIGRS / GISOR 2007; S.49, rechts: Luftbild Stefan Jehle, S. 50, oben: Schwäbische Alb Tourismusverband e.V., Bad Urach/Foto Armin Dieter; S. 50 Mitte: Pixelio, Eike Freese, unten: Pixelio, Albrecht E. Arnold; S. 52, Luftbild: Zweckverband Gewerbepark Haid, Foto Manfred Grohe; S. 53, 54 und 55, Graphiken: Regionalverband Neckar-Alb; Seite 56, oben: Foto: www.kurz-belichtet.de / M. Rieth Werbegemeinschaft Schömberg; S. 56, Mitte: Foto: Landesmedienzentrum Baden-Württemberg; S. 56, unten: Regionalverband Nordschwarzwald; S. 59: Axel Seemann / Re2area GmbH; S. 60 und 61: Digitale Orthophotos (DOP) color, Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung (www.lgl-bw.de) Az.: 2851.9-1/19; S. 62, drei Fotos: Regionalverband Ostwürttemberg; S. 64 und S. 66: Regionalverband Ostwürttemberg.

Ab Seiten 68 f.: S. 68 und S. 69, drei Fotos; S. 70 und S. 73: Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg; S. 72, Graphik: Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg; S., 74: oben: Foto Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe GmbH & Co. KG / Karl-Heinz Raach, Mitte: Foto Stadt Kehl / Peter Heck, unten: Foto Regionalverband Südlicher Oberrhein/ Martin Schoner; S. 76, Foto Handwerkskammer Freiburg, sowie S. 75, 77, 78 und 79 (Graphiken): Regionalverband Südlicher Oberrhein; S. 78 Graphik unten: Tabelle Energieagentur Ortenau; S. 80, Luftbild links: BASF AG; S. 80, Mitte: agl.; S. 83, oben: Verband Region Rhein Neckar; S. 83, unten: Foto Manfred Rinderspacher; S. 82 und 84, Graphik(en): Verband Region Rhein Neckar; S. 85: Foto Tobias Schwerdt; S. 86, oben: Foto Manfred Grohe, Mitte: Foto Horst Rudel; S. 88 und 90: Foto Gottfried Stoppel; S. 89, Graphik, und S. 91, Foto: Verband Region Stuttgart.

Diese Broschüre wurde auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Handbuchreihe „Politik in Baden-Württemberg“

Siegfried Frech/Reinhold Weber (Hrsg.)



Die Handbuchreihe „Politik in Baden-Württemberg“ liefert Basis- und Fachwissen über die politischen Ebenen, auf denen das Land agiert.

- Kompakt und präzise analysiert das **Handbuch Kommunalpolitik** die zentralen Politikfelder auf kommunaler Ebene.
- Das **Handbuch Landespolitik** umreißt die zentralen Akteure und politischen Themen in Baden-Württemberg.
- Inwiefern die Europäische Union für das Land Baden-Württemberg von Bedeutung ist, skizziert das **Handbuch Europapolitik**.

Alle Bände sind mit Gesetzestexten und statistischem Teil praktische Nachschlagewerke.

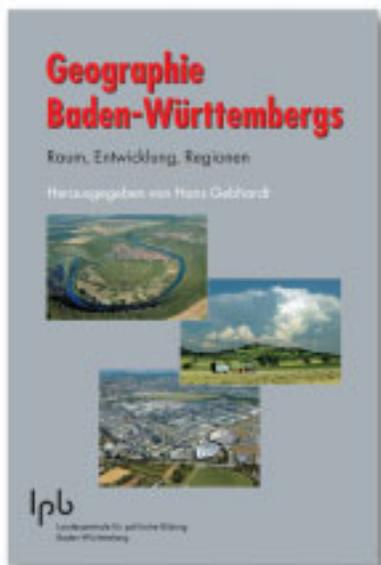


Bestellung einzeln oder zusammen: je 5.- Euro zzgl. Versand, Landeszentrale für politische Bildung, Fax 0711.164099 77, marketing@lpb.bwl.de, www.lpb-bw.de/shop

Hans Gebhardt (Hrsg.):

Geographie Baden-Württembergs. Raum, Entwicklung, Regionen.

Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 36, Stuttgart 2008



Baden-Württemberg ist ein wirtschaftlich erfolgreiches und geographisch vielfältiges Land. Das Buch behandelt auf 372 Seiten mit 74 Abbildungen und 27 Tabellen den deutschen Südwesten im Kontext europäischer und deutscher Wachstumsregionen sowie in seinen äußeren und inneren Grenzen.

Als Leitmotiv zur Darstellung regionaler Vielfalt dienen naturräumliche Kontraste ebenso wie die Gegensätze zwischen Industrieräumen und Fremdenverkehrsgebieten, Großstadregionen und ländlichem Raum.

Zudem werden die aktuellen kulturgeographischen Probleme der wichtigsten Kulturlandschaften und Wirtschaftsregionen in Baden-Württemberg behandelt.

6.50 EUR (zzgl. Versandkosten) per Fax 0711.16409977, über marketing@lpb.bwl.de oder Webshop: www.lpb-bw.de/shop



